



Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

67. Jahr Heft 7/8 Juli/August 2014



TITELTHEMA

Lernort Museum



Das HLZ-Titelbild

Das Titelbild zeigt einen um 1900 hergestellten „Arbeiter-Chronometer“ aus dem Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim. Auf der Taschenuhr wird die Forderung des internationalen Arbeiterkongresses von 1889 in Paris nach dem Achtstundentag wiedergegeben. Dort wurde der erste Mai zum Arbeiterfeiertag erklärt. Das Zifferblatt auf der Vorderseite wird gerahmt durch den Schriftzug „Wir wollen 8 Stunden zur Arbeit – 8 Stunden um uns auszubilden – 8 Stunden um uns auszuruhen“. Ein älterer Arbeiter in Holzschu-

hen und mit einer Schürze bekleidet, hinter ihm ein Amboss, daran gelehnt Hammer und Zange, reicht einem jüngeren Bergarbeiter die Hand. Dieser, bekleidet mit einer Hemdbluse, die Ärmel dynamisch aufgekrempt, stützt sich auf seine Spitzhacke. Eine gefüllte Lore hinter ihm verweist auf den Bergbau. Hinter dem Schmied ragen Fabriksschlote auf, zusammen mit Amboss, Hammer und Zange ein Hinweis auf die verarbeitende Industrie. Die bekrönte Frauenfigur stellt eine Allegorie der Vernunft (Dreieck) dar. In ihrem Zeichen schließen die Arbeiter ein Bündnis (Händedruck). Der Lorbeerzweig in ihrer rechten Hand deutet auf den künftigen Sieg der Bewegung hin. Zu ihren Füßen liegen zerschmettert Schwert und Ketten als Symbole für Krieg und Knechtschaft.

• *Mehr über das Stadt- und Industriemuseum in der Festung in Rüsselsheim (Hauptmann-Scheuermann-Weg 4) und sein museumspädagogisches Konzept finden Sie in dieser HLZ auf Seite 12. Öffnungszeiten sind von Dienstag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr und 14 bis 17 Uhr sowie am Samstag und Sonntag von 10 bis 17 Uhr (montags geschlossen).*

Sommerferien: Schließzeit der Geschäfts- und Rechtsstelle

Die Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen ist in der Mitte der hessischen Sommerferien vom 11. bis 22. August 2014 geschlossen. Informationen zu den Schließzeiten der Landesrechtsstelle finden Sie in dieser HLZ auf S. 35 oder unter www.gew-hessen.de. Wir bitten insbesondere die Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen diese Hinweise zu beachten.

Auf Seite 35 finden Sie ausführliche, aktuelle Rechtsinformationen zu den Fristverträgen, unter anderem zu den Fristen zur Anrufung des Arbeitsgerichtes. Die Frist zur Einreichung einer Feststellungsklage endet „drei Wochen nach dem vereinbarten Ende des befristeten Arbeitsvertrages“. Die Landesrechtsstelle ist deshalb frühzeitig vor der Schließzeit zu kontaktieren.



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühman (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert +

Titelthema: Dr. Franziska Conrad

Illustrationen:

Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos:

Museum Rüsselsheim (Titel, S. 12, 13), digitalstock.com (S. 32,33), Harald Freiling (S. 7, 8, 29), Elke Hoeft (S. 6), Johanna Kuby (S. 27), Xenos (S. 23)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 35 Recht: Befristete Verträge
- 36 Jubilare
- 37 Magazin

Titelthema: Lernort Museum

- 9 Museumspädagogik in Darmstadt
- 10 Freilichtmuseum Hessenpark
- 12 Industriemuseum Rüsselsheim
- 14 Museum Spiegelgasse Wiesbaden
- 16 NS-Gedenkstätten in Hessen
- 18 Gedenkstätte Breitenau
- 20 Gedenkstätte Hadamar
- 21 KZ-Außenlager Walldorf

Einzelbeiträge

- 22 Lehrkräftemangel an Berufsschulen
- 24 Was kommt nach SchuB und EIBE?
- 24 GEW-Fachgruppe Schulaufsicht: Auftrag der Bildungsverwaltung
- 25 Die GEW und die Inklusion: Eine Entgegnung
- 26 Weiterbildungsstudiengang „Inklusive Pädagogik“ in Bremen
- 28 Benno Hafenerger: Die Jugendorganisation der AfD
- 30 Europawahl 2014: Von Wählern und Nichtwählern
- 32 Eine Wanderung vom Erzgebirge nach Thüringen
- 34 Aktuelles aus dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Historische Bildung

Moritz Neumann wurde als Vorsitzender des Landesverbands der jüdischen Gemeinden in Hessen vor einigen Jahren gefragt, warum der Gedenktag zur Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 in den Schulen wenig Beachtung findet. Der Schulleiter eines Frankfurter Gymnasiums hatte dies unter anderem damit begründet, dass der Tag wegen Zeugnisvorbereitungen und Schulhalbjahreswechsel ungünstig liegt. Moritz Neumann kommentierte: „Wenn ich das nächste Mal mit der Roten Armee rede, werde ich ihr sagen, dass sie mit der Befreiung von Auschwitz besser noch ein paar Tage gewartet hätte.“

Erinnern und Gedenken in Schule und Unterricht zu praktizieren sowie Phänomene der Geschichtskultur zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen, sprengt die Routine des Schulalltages. Fahrten in Museen und Gedenkstätten erfordern erhebliche Vor- und Nachbereitung, der Unterricht der begleitenden Lehrkräfte muss vertreten werden, für Erinnern und Gedenken muss eine Schulöffentlichkeit geschaffen werden, die emotionale und kreative Annäherung zulässt, zum Beispiel an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und Vernichtung, und auch sensibel ist für gegenwärtige Probleme wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Dennoch stellen sich erfreulich viele Schulen dieser Aufgabe, unterschiedliche Orte und Formate der Präsentation von Geschichte zum Lerngegenstand zu machen. Die öffentliche Aufmerksamkeit für Gedenk- und Jahrestage fördert diese Aktivitäten. Derzeit sind es die Erinnerungen an den Beginn der beiden Weltkriege vor 100 und vor 75 Jahren. Schulklassen besuchen Ausstellungen über den Ersten Weltkrieg, um sich die Auswirkungen des Krieges auf Soldaten und das Alltagsleben der Menschen an der „Heimatfront“ vor Augen zu führen, aber auch, um darüber nachzudenken, welche Folgen dieser Krieg hatte und wie ein neuer Weltkrieg vermieden werden kann. Das Projekt „Hessische Landgemeinden im Ersten Weltkrieg 1914 - 1918. Ereignis - Erfahrung - Erinnerung“ in Nidderau-Heldenbergen ist eine solche gelungene Ausstellung. Bewusst richtet sie den Blick auf die Landgemeinden, speziell die Dörfer in der Main-Kinzig-Region, um die Kriegserfahrungen der ländlichen Bevölkerung, die einschneidenden Folgen der

Kriegsereignisse für die dörfliche Lebens- und Wirtschaftsweise sowie die Erinnerung an den Krieg darzustellen. Zahlreiche Schulklassen besuchten in diesem Jahr auch die gelungene Ausstellung über Georg Büchner anlässlich seines 200. Geburtstags und erlebten dort gleich am Eingang zur Ausstellung eine kritische Gegenposition zum spektakulären Völkerschlachtdiorama von Yadegar Asisi in Leipzig – eine Entmythologisierung von Schlacht und Krieg unter dem Blickwinkel der Opfer. Schülerinnen und Schüler erforschen bereits seit längerem die Geschichte ihrer Schule während des Nationalsozialismus und den Umgang damit nach 1945, verlegen Stolpersteine, erkunden die Gründe für Namensgebungen und Umbenennungen von Schulen, Straßen und Gebäuden.

All diesen Bemühungen ist gemeinsam, dass sie von der Bedeutung der Geschichte für die Gegenwart ausgehen. Kolleginnen und Kollegen, die sich auf Spurensuche mit ihren Schülerinnen und Schülern begeben, wenn diese aufgrund von öffentlicher Präsentation von Geschichte Fragen stellen oder wenn diese, ausgehend von eigenen Fragen, in Museen, Gedenkstätten und Archiven Antworten suchen, haben erkannt, dass historische Bildung darauf abzielt, den Lernenden Orientierung zu bieten, ihre Urteilsbildung und ihre Entscheidungsfähigkeit im Hinblick auf ein Leben auf der Grundlage von Menschenrechten, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu fördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie erleben bald Ihre wohlverdienten Ferien. Vielleicht kann die Vorstellung von Museen und Gedenkstätten in diesem Heft als Anregung für Ferianausflüge oder als Tipp für spannende Exkursionen nach den Ferien dienen. Mögen die Sommerferien Ihnen gute Erholung und interessante Bildungserlebnisse bescheren.

Franziska Conrad



Franziska Conrad
Referat
Aus- und Fortbildung
im GEW-Landesvorstand

Ein Event fürs Goldstück

Manche Kinder lassen sich mit einer Geburtstagsparty bei McDonalds abspesen – mit Pappkrone und einem Blick hinter die Kulissen. Andere Kinder müssen sich an ihrem Geburtstag mit Schnitzeljagd, Stockbrot und Lagerfeuer begnügen. Es gibt Eltern, die spielen sogar noch Topf schlagen und „Mensch ärgere dich nicht“ mit den kleinen Gästen. Ein Vater hat sich nicht entblödet und eigenhändig Kasperle-Theater aufgeführt. Peinlich. Manche Eltern machen es sich sehr einfach und gehen mit der fröhlichen Kinderschar ins Kino, in den Zoo oder ins Museum. Ohne einen Workshop gebucht zu haben! Statt Elefantenkunde und Laubhüttenbau gibt es Cola und Bockwurst. Und ein, zwei Eltern richten gar keine Feier aus. „Die wollen sich nicht blamieren...“

„Merle ist sehr anspruchsvoll, der müssen wir schon was bieten!“, sagt die Mama stolz. Sie hat dabei vor allem die anderen Eltern im Blick, denen man schon gar nicht billig und dilettantisch kommen kann. So ein Kin-

dergeburtstag ist ein entscheidendes Happening! Die elterliche Konkurrenz beginnt bereits, wenn für die Krabbelgruppe die ersten Clowns und Schlangenbeschwörer engagiert werden. Jede Party muss nun noch teurer, origineller und aufwendiger inszeniert werden als die vorige.

Was heißt Party? Ein Kindergeburtstag ist ein Event! Der kleine Solitär will schließlich gebührend gefeiert werden! Dafür gibt es jede Menge Locations und Agenturen, je nachdem, wie weit man das Portemonnaie öffnen kann. Das Outsourcen so einer Feier schont Tapeten, Möbel und Nerven! Die Basic-Version „Kindergeburtstag“ ist schon für 300 Euro zu haben. Zwei Animatüre bespaßen drei Stunden lang bis zu zehn Kinder. Jedes weitere Kind kostet 11,50 Euro.

Merle wird zehn und hat im Freundeskreis schon viele Events erlebt. Sie hat sogar die Billigversionen mit Begriffe-Raten, Pantomime und Nachtwanderung über sich ergehen lassen. Sie wurde mit Airbrush und Glitzer tätowiert, mit Naturfarben als Tiger, Affe und Nilpferd geschminkt.

Sie hat auf Geburtstagen jongliert, seilgetanzt und feuergeschluckt. Sie war im Lego-

land (langweilig), auf der Rollschuhbahn (gähnen) und in einer Schokoladen-Manufaktur (na ja).

Ihre Eltern wollen sich da mehr einfallen lassen. Nur was? Soll es eher pädagogisch orientiert sein? Oder kreativ? Vielleicht doch mehr in Richtung Abenteuer oder Forschen?

Merle ist nicht so sportlich, da fällt der Kletterwald schon mal weg. Fechten und Bogenschießen ist auch nix.

Die Mama blättert ratlos in den Prospekten. Am Geld soll's nicht liegen. Allerdings findet sie es etwas übertrieben, die Kinder mit einer Stretch-Limousine zum Flughafen zu karren, von wo aus sie einen Tag nach Disneyland in Paris fliegen.

Am einfachsten ist es noch mit den Geschenken. Im vorigen Jahr sind die Eltern mit Merle ins „Wonderland“ gegangen. Dort schritt das wählerische Kind die Regale ab und warf das ein oder andere Spielzeug in einen Korb, den ihr ein Verkäufer hinterhertrug. Den Gästen wurde in der Einladung mitgeteilt, in welchem Geschäft der Geschenkekorb auf Käufer wartet. Die Mama kontrollierte hinterher anhand einer Preisliste, wer wie viel investiert hat. In diesem Jahr wünscht sich Merle ein neues Smartphone und will die Gäste finanziell daran beteiligen.

Aber wie soll gefeiert werden? Alle Motto-Partys sind bereits abgearbeitet: Dschungel-Show, Hawaii-Party, Geisternacht, rosa Elfen, rosa Prinzessinnen und rosa Top-Models. Die verwöhnte Kleine will auch nicht ins extra angemietete Kindertheater. Vielleicht ein veganer Kochkurs in „Petras Zauberstudio“? Für nur 32 Euro pro Kind gibt es eine Kochmütze, ein Dreigänge-Menü und ein Kochdiplom. Merle reagiert mit Abscheu: „Nee, Kochen und Keksebacken ist voll assig!“ Zwei Versionen kommen schließlich in die engere Auswahl. Entweder buchen sie die Premium-Version im Tonstudio: drei Stunden lang dürfen die Kinder eine CD mit fünf Liedern aufnehmen. Natürlich mit allen technischen Raffinessen und Fotosession fürs Profi-Cover. „Das Cover wird rosa!“, bestimmt Merle. Oder die Gäste fahren mit einem rosa Heißluftballon über die Landschaft. Das wird eine schwierige Entscheidung, aber der Heißluftballon ist teurer, insofern sicher die bessere Wahl.

Ja, da haben es die Kinder an meiner Brennpunktschule leichter. Die verschweigen gern ihr Geburtsdatum, um den berühmten Geburtstagsprügeln zu entgehen. Ein interessanter Brauch, angeblich aus Neid entstanden, weil viele Kinder gar keine Feier bekommen. Das wäre doch eine tolle Idee für Kinder wie Merle: Geburtstagsprügel als hochpreisiges Eventmodul! Ich werde mir die Idee patentieren lassen!

Gabriele Frydrych



Vorbereitung für schwarz-grünen Bildungsgipfel

Ein „Bildungsgipfel“ soll nach dem Willen der schwarz-grünen Koalition, den Weg zum „Schulfrieden“ frei machen. Auch die GEW Hessen gehört zu den Empfängern eines Briefs von Kultusminister *Alexander Lorz*, der in der Planungsphase „thematische Impulse“ für den Gipfel erarbeiten sollen. Die GEW Hessen weist in ihrem Antwortschreiben darauf hin, „dass die Schulen für ihre tägliche Arbeit in erster Linie angemessene Arbeitsbedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie alle in Schulen Beschäftigten benötigen“. Der „Unfrieden“ in den hessischen Schulen sei auch darauf zurückzuführen, dass die bisherige Landesregierung „nicht bereit war, auf den Rat von Expertinnen und Experten zu hören und sich mit ihrer parlamentarischen Mehrheit immer wieder darüber hinweg gesetzt hat“. Als Beispiele aus den letzten Jahren nennt die GEW die „Unterrichtsgarantie plus“, G8, das Landesschulamt und „das Unwesen der vielen befristeten Arbeitsverträge in Schulen und Hochschulen“.

Auch von der Bereitschaft zum „Austausch mit Vereinen, Verbänden, Institutionen und Parteien“ sei bei der GEW „als größter unmittelbar im hessischen Bildungsbereich tätigen Organisation“ noch nichts angekommen. Bereits vereinbarte Gespräche mit der GEW wurden von Kultusminister Lorz kurzfristig abgesagt. Ein weiterer Termin ist jetzt für Ende Juli geplant.

Als inhaltliche Schwerpunkte für den „Bildungsgipfel“ schlägt die GEW Hessen die Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen in den Schulen und die Beendigung der Abwertung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers vor, die Entwicklung einer landesweiten Schulstruktur, „bei der nicht die soziale Herkunft der Kinder für den Bildungsabschluss entscheidend ist“, das Thema „Demokratie in der Schule“, den Ausbau echter gebundener Ganztagschulen, eine konkrete Planung für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen, die Strukturierung der Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen und die Erweiterung des Rechts auf Schulbesuch für zugewanderte junge Menschen.

Betr.: HLZ 6/2014 100 Tage Schwarz-Grün

Wohnen und Arbeiten

In seiner Bilanz „100 Tage Schwarz-Grün“ schreibt der stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende *Sandro Witt* ganz richtig, dass der soziale Wohnungsbau in Hessen seit langem darniederliegt und zumindest bislang keine Änderung in Sicht scheint. Jetzt sieht es auch noch so aus, als ob die Politik das Projekt Philosophicum auf dem inzwischen aufgegebenen Campus der Goethe-Universität in Frankfurt-Bockenheim nicht nur nicht fördert oder ignoriert, sondern sogar torpediert. Dort will eine Gruppe von 150 engagierten Menschen sozial verträgliches Wohnen und Arbeiten verwirklichen. Informieren kann man sich unter <http://philosophicum.org>.

Karin-Ch. Stiehl, Kassel

Betr.: HLZ 5/2014 Inklusion in Hessen

Verbesserungen durchsetzen

„Keinesfalls dürfen ungünstige Bedingungen dazu führen, dass ein Kind ausgeschlossen wird“, schrieb *Susanne Hoeth* in der HLZ 5/2014 in einem Artikel zur Inklusion. Kollegin Hoeth beschreibt, was eine Lehrkraft im inklusiven Schulsystem leisten muss, nämlich „das Kind in den Mittelpunkt stellen, die Bedürfnisse des Kindes wahrnehmen, wertschätzen, was es beiträgt“. Dem wird jede Lehrkraft begeistert zustimmen. Nur – was ist mit den bis zu 29 anderen Kindern in der Klasse? Plötzlich geht es nicht mehr nur um das Kind im Mittelpunkt, sondern auch um die Kinder, die am Rand darum herum stehen, um im Bild der Kollegin Hoeth zu bleiben. Im Mittelpunkt stehen können sie nicht alle, denn dazu ist ein Punkt zu klein. Plötzlich geht es wirklich um die Fragen, wie ich den Kindern gerecht werden, was ich leisten kann und was nicht mehr. Plötzlich sind die Bedingungen für eine verantwortungsbewusste Klassenlehrerin oder einen verantwortungsbewussten Klassenlehrer ganz und gar nicht mehr egal!

Nicht alle arbeiten unter Bedingungen, wie sie Susanne Hoeth für sich beschrieb: „Ich habe Glück. Meine Klasse ist nicht groß. Ich unterrichte Deutsch als Zweitsprache, dazu hole ich die Kinder aus dem regulären Unterricht. Wir arbeiten dann intensiv in kleinen Gruppen zusammen.“ (FR, 16. 11. 2009)

Meiner Meinung nach muss die GEW der Politik der schwarz-grünen Koalition, die Regelschulen mit der Inklusion allein zu lassen und ihnen sogar noch Lehrerstellen zu entziehen, deutlich entgegenzutreten, wenn sie verantwortungsbewusst im Sinne der Schülerinnen und Schüler handeln will. Dann käme sie auch ihrer Hauptaufgabe als Gewerkschaft nach, nämlich Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen abzuwehren oder sogar Verbesserungen zu erreichen. Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich bei *Johannes Batton*, der mir in seinem Artikel in derselben Ausgabe der HLZ aus dem Herzen spricht, wenn er schreibt: „Lauter noch als bisher müssen wir eine grundlegende Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung fordern, die nicht hinter die Standards des GU zurückfällt und die Voraussetzungen für die sonderpädagogische Grundausstattung der Regelschulen schafft.“

Heinz Bayer, Hanau

Inklusion = Kindesmissbrauch?

In einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands *Josef Kraus* zeigt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband „erschüttert“ über dessen Aussagen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 25. Mai 2014:

„Indem Sie Inklusion in die Nähe von Kindesmissbrauch rücken, diffamieren Sie einerseits Eltern, die sich für eine gleichberechtigte Teilhabe ihrer Kinder einsetzen. Andererseits ist Ihre Wortwahl beleidigend für Menschen, die Opfer von Kindesmissbrauch wurden, da Sie solche Taten bagatellisieren.“

Betr.: HLZ 6/2014 Renten und Pensionen

Von Gerd Bosbach lernen

Das Interview des Kollegen *Harald Freiling* mit *Professor Bosbach* hat mir wegen der behutsamen Infragestellung von Bosbachs Thesen imponiert. Auf jeden Fall kann man von Gerd Bosbach lernen, kritisch zu sein, wenn demografische Informationen verbreitet werden. Das gilt aber auch für seine eigenen Ausführungen, etwa wenn er behauptet, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer locker damit klar kämen, wenn wegen der Alterung die Sozialabgaben auf 30 Prozent oder sogar 40 Prozent steigen würden.

Gert Hullen, Bad Nauheim



Andrang beim Fachforum „Zugewandert in Hessen“

Großer Andrang herrschte am 26. Mai im Frankfurter Römer bei dem federführend von der GEW organisierten Fachforum „Zugewandert in Hessen“. Kolleginnen und Kollegen aus Schulverwaltung, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Migrantenorganisationen diskutierten über die Situation von Flüchtlingskindern und jugendlichen Migrantinnen und Migranten in den Schulen, die durch Kriegserlebnisse und Flucht traumatisiert und enturzelt sind und in vielen Fällen noch nie eine Schule besucht haben. Bir-

git Koch, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, eröffnete das Fachforum. *Nevroz Duman* (Jugendliche ohne Grenzen), *Marita Hecker* (Jugendmigrationsdienst des Evangelischen Vereins für Jugendsozialarbeit), *Rainer Götzelmann* (Aufnahme- und Beratungszentrum für Seiteneinsteiger Frankfurt) und *Jochen Steinacker* (Wilhelm-Merton-Schule Frankfurt) schilderten mit zum Teil bewegenden Worten ihre Erfahrungen mit jungen Flüchtlingen und Seiteneinsteigern. *Michael Stenger* stellte die private SchlaU-Schule in München vor, die „schulanalogen Unterricht für junge Flüchtlinge“ mit der Möglichkeit zu einer externen Hauptschulprüfung anbietet. Die Forderung der Veranstalter, das Recht auf Schulbesuch für zugewanderte junge Menschen auch über die Schulpflicht hinaus auszudehnen und für Jugendliche, die in ihrem Herkunftsland weniger als acht Schulbesuchsjahre absolviert haben, auf das 25. oder 27. Lebensjahr auszuweiten, fand große Zustimmung.

• Die HLZ wird in ihrer September-Ausgabe das Thema als Titelthema aufgreifen und die Fachtagung und einzelne Beiträge ausführlich präsentieren.

DGB Hessen-Thüringen nominiert neue Vorsitzende

Der Bezirksvorstand des DGB Hessen-Thüringen nominierte am 11. Juni 2014 Kollegin *Gabriele Kailing* als Nachfolgerin für *Stefan Körzell* im Amt des Vorsitzenden, der am 12. Mai in den DGB-Bundesvorstand gewählt wurde (HLZ 6/2014). Die 50-jährige Frankfurterin war bisher Abteilungsleiterin im Vorstand der IG BAU (Bauen, Agrar, Umwelt). Im Fall ihrer Wahl am 19. Juli auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz in Bad Hersfeld steht erstmals eine Frau an der Spitze des DGB Hessen-Thüringen.

Gabriele Frydrych live

Bei der traditionellen Mai-Veranstaltung des GEW-Kreisverbands Gießen-Land konnte man HLZ-Kolumnistin *Gabriele Frydrych* am 30. April in Fernwald-Steinbach live erleben. Sie umrahmte die Mitgliederehrung mit ihren beliebten HLZ-Glossen, bevor die Lehrerbände „once a month“ zum Tanz aufspielte.

Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen 2014 in Wetzlar

Vom 20. bis 22. November 2014 findet die ordentliche Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen (LDV) in Wetzlar statt, auf der die Weichenstellung für die gewerkschaftlichen Schwerpunkte in den nächsten Jahren erfolgt. Nach der Satzung sind die vorläufige Tagesordnung und die zu besetzenden Wahlfunktionen in der HLZ anzukündigen.

Tagesordnung

- Begrüßung, Ehrung der Verstorbenen, Grußworte
- Konstituierung der Landesdelegiertenversammlung (Wahl des Präsidiums, Bestätigung der Mandatsprüfungskommission, des Wahlausschusses und der Antragskommission, Beschlussfassung zur Tagesordnung)
- Mündliche Ergänzungen zum Geschäftsbericht und Aussprache
- Kassenbericht, Bericht der Revisoren und Aussprache
- Entlastung des Vorstands
- Satzungsändernde Anträge
- Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2015-2017
- Antragsberatung
- Wahlen und Bestätigung der Vorstände der Fach- und Personengruppen

Wahl des geschäftsführenden Vorstands

Nach § 21 Abs. 1 der Satzung sind zu wählen:

- eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender
- zwei stellvertretende Vorsitzende
- Schatzmeister/in
- Redakteur/in der Zeitschrift des Landesverbandes (HLZ)
- Leiter/in Abteilung Rechtsschutz
- Leiter/innen der Referate Schule und Bildung, Hochschule und Forschung, Sozialpädagogik, Weiterbildung und Bildungsmarkt, Tarif, Besoldung und Beamtenrecht, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Bildungsarbeit sowie Aus- und Fortbildung

Weitere Wahlfunktionen

- drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Landesschiedskommission (§ 6 der Wahlordnung der GEW Hessen)
- fünf Mitglieder für das Präsidium der LDV (§ 2 der Geschäftsordnung)
- fünf Mitglieder für den Wahlausschuss (§ 2 Abs. 1 der Wahlordnung)

Wahl nach Satzungsänderung

Der GEW-Landesvorstand hat am 12. Juni 2014 beschlossen, der LDV folgenden Antrag zur Änderung des § 26 der Satzung vorzulegen:

§ 26

(1) Kollektive Mandatsausübung (Team)/ Mandatsausübung durch ein Tandem ist im Landesverband möglich. Dies gilt beim Team für alle in den §§ 21 und 24 aufgeführten ehrenamtlichen Wahlfunktionen. Dies gilt beim Tandem für alle Wahlfunktionen in den §§ 21 und 24 mit Ausnahme der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden (§ 21 (1) b)). Teamleitung und Tandemleitung schließen sich gegenseitig aus.

(2) Bis zu drei gleichberechtigte Personen können als Team, zwei gleichberechtigte Personen als Tandem gewerkschaftliche Mandate ausüben. Dabei ist der jeweilige Anteil von Frauen einzuhalten.

(3) Werden die in §§ 21 und 24 genannten gewerkschaftlichen Mandate als Team ausgeübt, entfallen jeweils die Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden.

Sofern dieser Antrag auf der LDV die erforderliche Mehrheit findet, können sich für die in § 21 und § 24 aufgeführten ehrenamtlichen Wahlfunktionen Teams, Tandems und Einzelkandidatinnen und -kandidaten zur Wahl stellen. Für die oder den Vorsitzenden können sich Tandems oder Einzelkandidatinnen und -kandidaten bewerben, für die stellvertretenden Vorsitzenden ausschließlich Einzelkandidatinnen und -kandidaten.

GEW diskutiert schwarz-grünes Besoldungsdiktat

Im Mittelpunkt der Landesvorstandssitzung der GEW am 13. Juni stand einmal mehr die Tarif- und Besoldungspolitik der neuen schwarz-grünen Koalition in Hessen. Neben den Vorbereitungen für die Tarifrunde 2015 im Bereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L) und des Tarifvertrags Hessen (TV-H) ging es um die angekündigte 18-monatige Nullrunde für Beamtinnen und Beamte bis Mitte 2016. Danach soll die Einkommenssteigerung unabhängig von den Tarifverhandlungen auf jährlich ein Prozent festgelegt werden. Damit würden die Realeinkommen der Beamteneinkommen um mehr als 5 Prozent sinken. Wie der Protest der Beamtinnen und Beamten und ihr Interesse an einem guten Tarifabschluss wirkungsvoll in die Tarifrunde eingebunden werden kann und wie die GEW auf diese schwarz-grüne Kampfansage reagiert, wird die Gremien der GEW in den Kreisverbänden und bei der Landesvorstandsklausur im September weiter beschäftigen.

Erstmals führt die GEW dazu auch eine Online-Befragung ihrer Mitglieder durch. Die HLZ ruft auch auf diesem Weg dazu auf, sich an dem „Stimmungsbarometer“ zu beteiligen.

Römerstadtschule bei Schulpreis erfolgreich

Alle lernen zusammen und jeder wird gezielt gefördert - dieses Konzept setzt die Römerstadtschule in Frankfurt seit einigen Jahren um. Dafür wurde sie am 6. Juni mit dem zweiten Preis des Deutschen Schulpreises ausgezeichnet. Die Schülerinnen und Schüler werden in altersgemischten Gruppen unterrichtet. Schulleiterin *Heike Schley* kritisiert in ihrem Beitrag für den neuen „Elternratgeber Inklusion“ der Gruppe Inklusionsbeobachtung (GIB) die „Verkürzung des Themas auf eine Strategie zur Abschaffung der Förderschulen“ und setzt vielmehr auf eine konsequente individuelle Förderung, die dann auch das Gerede über „Inklusionskinder“ und letztlich den Begriff „Inklusion“ selbst „in Zukunft überflüssig machen könnte“. Den vollständigen Beitrag von Heike Schley über Konzeption und Praxis der Römerstadtschule findet man im Internet: www.gib-hessen.de > Aktuelles > Ratgeber für Eltern (S.42 ff.)

„Inklusion & Diversity“ trotz dem Dauerregen

„Das Wetter war übel, aber die Stimmung gut!“ So resümierten die Veranstalter des Netzwerks Inklusion den Aktionstag „Inklusion & Diversity“ am 10. Mai an der Frankfurter Hauptwache. Mit dabei waren die Kolleginnen und Kollegen des GEW-Bezirksverbands Frankfurt und der Gruppe Inklusionsbeobachtung (GIB).

Den Abschluss eines vielfältigen Bühnenprogramms, bei dem unter anderen der Rollstuhl-Sport-Club Frankfurt die im Dauerregen ausharrenden Zuschauer begeisterte (Foto), bildete die Entzündung einer Inklusionsfackel durch *Sebastian Dietz*, den Goldmedaillengewinner der Paralympics in



London 2012 und Weltmeister im Diskuswerfen 2013. Die Fackel wanderte am 17. Mai nach Wiesbaden zum Tag der Sportvereine und soll 2015 durch ganz Deutschland von Landeshauptstadt zu Landeshauptstadt getragen werden.

Mitglieder fragen am 24.9.: „Wie tickt die GEW?“

Am Mittwoch, dem 24. September 2014, stellt sich die GEW Hessen von 15 bis 18 Uhr nicht nur ihren neuen Mitgliedern vor. Sie fragt, wie die GEW „tickt“, wo sich ein Einstieg anbietet, wer die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind und welche aktuellen Themen und Diskussionen es bei der GEW gibt. Für leckere Snacks und Getränke in lockerer Atmosphäre ist gesorgt. Die Veranstaltung ist kostenfrei.

- *Anmeldung: info@gew-hessen.de*

Salafistische Jugendliche

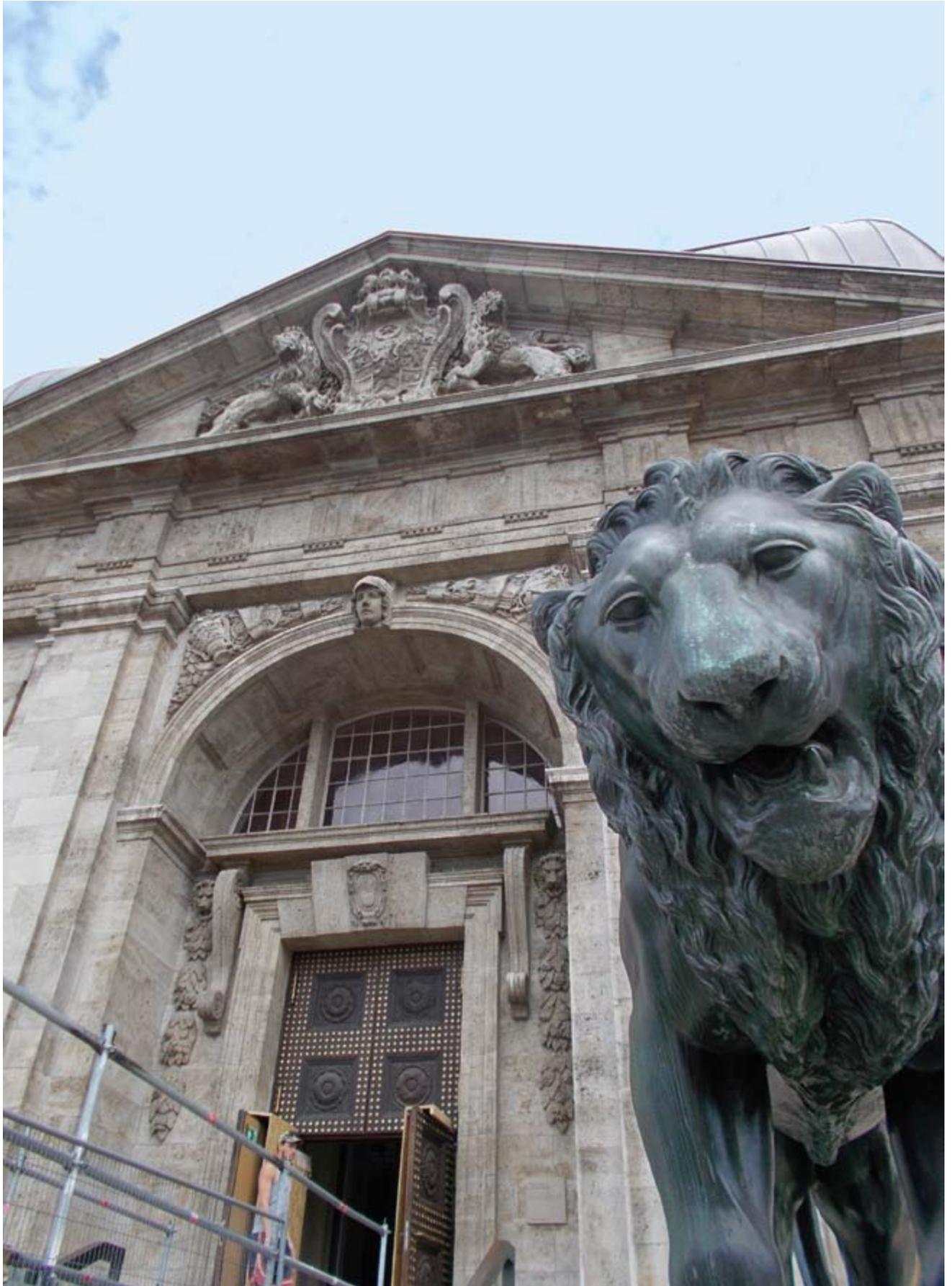
Die Schließung eines Jugendclubs in Frankfurt brachte das Thema Salafismus zurück in die Schlagzeilen (HLZ 3/2014). Jugendliche Salafisten hatten eine Mitarbeiterin auf Grund ihrer Kleidung attackiert. Innenminister *Peter Beuth* (CDU) kündigte an, ein „Präventionsnetzwerk“ einzurichten und das Thema bei der Innenministerkonferenz anzusprechen. Der Vorsitzende des Landesausländerbeirates *Enis Gülegen* forderte „ein pädagogisches Sofortprogramm für auffällige Jugendliche und mehr Maßnahmen gegen Rassismus“. Radikalisierung könne man nicht nur mit Netzwerken bekämpfen. Zu den eigentlichen Ursachen gehörten alltägliche Erfahrungen gerade junger muslimischer Menschen mit Ausschluss und Diskriminierung.

Bad Sooden-Allendorf: Inklusion braucht Qualität

Die Personalversammlung der Grundschule Am Brunnen vor dem Tore in Bad Sooden-Allendorf knüpft in einem offenen Brief an Kultusminister *Alexander Lorz* und die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen an den „Allendorfer Appell - Inklusion braucht Qualität“ an und lädt jetzt zu einer „Allendorfer Inklusionskonferenz“ ein.

Die Grundschule Bad Sooden-Allendorf gilt als Vorreiterschule integrativen Unterrichts, insbesondere seit sie 1988 gegen den damaligen Kultusminister *Christean Wagner* (CDU) die Aufnahme der behinderten Kinder Katharina und Tim erstritten hatte. Jetzt sucht die Schule erneut den Weg in die Öffentlichkeit, denn Inklusion sei, „so wie sie derzeit in Hessen umgesetzt wird, zum Scheitern verurteilt“.

Auch die Ankündigung im Koalitionsvertrag, Förderschullehrkräfte wieder an die Regelschulen anzubinden, werde ignoriert: „Eine Förderschullehrerin, die seit zwölf Jahren von ihrer Förderschule in vollem Stundenumfang an unsere Grundschule für den gemeinsamen Unterricht abgeordnet war, möchte sich zum nächsten Schuljahr an unsere Grundschule versetzen lassen. Sie hat einen Versetzungsantrag gestellt, doch der Schulleiter der Kollegin, der sie kaum kennt, weil sie von seiner Schule immer zu uns abgeordnet war, lehnt die Versetzung in seiner Stellungnahme ab.“



Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Foto: Harald Freiling)

Lebendige Geschichtskultur

Museumspädagogik ist mehr als Unterricht in Museen

Kulturelle Bildung im Museum zielt auf eine aktive und schöpferische Auseinandersetzung mit Geschichte, Kunst, Natur und Umwelt und ist damit ein idealer Ort für die Ausbildung von Kreativität, Phantasie und problemlösendem Denken. Und noch mehr: Die inhaltliche Dimension der durch den PISA-Schock ausgelösten neuen Begrifflichkeiten und Forderungen in der Bildungsdebatte im Übergang von den alten stofforientierten Lehrplänen zu kompetenzorientierten Bildungsstandards war unter zum Teil anderen Namen in der sich verstärkt seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelten Museumspädagogik bereits so stark vorhanden, dass es jetzt auch kaum Probleme bereitet, die Museen mit den – zum Teil von Lehrerinnen und Lehrern entwickelten – museumspädagogischen Angeboten als außerschulische Lernorte gezielt in das Konzept der Bildungsstandards zu integrieren.

Geschichte der Museumspädagogik

Die 80er Jahre waren gekennzeichnet durch einen gewaltigen Boom von Museumsneubauten, unterschiedlichen Museumstypen und Präsentationsformen – Ausdruck eines wiedererstarkten Interesses an der Auseinandersetzung mit unserer Kunst, Kultur und Geschichte. In dem Spannungsfeld zwischen inhaltlicher Anziehungskraft und faktischer Reserviertheit stand lange Zeit auch die Schule. Schon seit Mitte der 60er Jahre versuchte man, die Kluft zwischen den Museen und ihren erhofften Besucherschichten durch museumspädagogische Einrichtungen wettzumachen. Pädagogen sollten das bewirken, was den Museumswissenschaftlern nicht gelungen war, nämlich eine Beziehung zwischen dem museal Präsentierten und dem Besucher herzustellen. Die neue Museumspädagogik als „Kind der Museumskrise“ reichte von Public Relation über Unterhaltungsmanagement und Kreativitätstraining bis zu stringenten Kooperationsformen mit der Schule.

Museumspädagogische Arbeit ist nicht ohne weiteres mit Schulunterricht im Museum gleichzusetzen. Schule ist ein institutionalisierter Rahmen, in dem Erziehung in historisch gewachsenen Formen geschieht und vor allem an Struktur und Funktion von regelhaftem Unterricht mit relativ abstrakten

Lernprozessen ausgerichtet ist. Die schulische Organisationsstruktur schlägt so notwendigerweise auf alle Lernprozesse durch und drückt ihnen den „schulischen Stempel“ auf: Unterricht im Museum instrumentalisiert das Museum und seine Potenziale für schulische Zwecke. Das ist legitim aus der Perspektive der Schule, doch das Museum hat seine Chance gerade auch dort, wo es Lernsituationen und Lernformen ermöglicht, die die Schule eher ausblendet.

Diese Erkenntnis macht konstruktive Bezüge zwischen Schule und Museum erst realistisch. Museumspädagogik muss sich von der Lebenswelt und den unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Interessen ihrer Zielgruppen her definieren. Entscheidungen über Inhalte, Ziele, Methoden, Organisationsformen und Medien müssen hier ihre Basis haben. Für die Museumspädagogik bedeutet das, dass sie die Einstellungen, Haltungen und Vorerfahrungen der Zielgruppe zu den jeweiligen Museumsinhalten entsprechend ihrem soziokulturellen und lebensgeschichtlichen Bildungsweg zu berücksichtigen hat. Gemeinsam sind den museumspädagogischen Aktionen die Methodenvielfalt, die Fächerverbindung, die Handlungsorientierung sowie die Erfahrungsoffenheit.

Aktuell wird die schwierige „Gratwanderung“ zwischen zum Teil divergierenden Ansprüchen der Schule und des Museums durch die Neuorientierung an kompetenzorientierten Bildungsstandards deutlich verringert.

Das Hessische Landesmuseum in Darmstadt (HLMD) ist eines der letzten – wenn nicht sogar das letzte – Universalmuseum in Deutschland. Es geht aus Sammlungsbeständen der Landgrafen des 18. Jahrhunderts – besonders des *Großherzogs Ludwig I.* (1790-1830) – hervor, wurde 1896 bis 1906 unter *Großherzog Ernst Ludwig* vom Baumeister *Alfred Messel* erbaut und vereinigt unter einem Dach eine kunst- und kulturgeschichtliche, eine geologisch-paläontologische sowie eine zoologische Abteilung mit zwei Außenstellen für Druck in der Kirschenallee Darmstadt und für Volkskunde im Museumszentrum Lorsch. Das Haupthaus in Darmstadt (Foto: links) ist seit 2007 für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen geschlossen und soll im Sommer 2014 in einer völlig neuen Konzeption und mit einem umfangreichen museumspädagogischen Angebot wieder eröffnet werden.

Das HLMD blickt auf eine mehr als 30-jährige erfolgreiche museumspädagogische Arbeit zurück, die vor allem von teilabgeordneten Lehrkräften konzipiert und durchgeführt wurde. Es bietet fachbezogene Angebote für die Fächer Kunst, Geschichte, Deutsch, Biologie und viele interdisziplinäre Arbeitsmöglichkeiten aus der Vernetzung von Geschichte, Kunst und Naturwissenschaften. Mit der Wiedereröffnung werden die Anforderungen der neuen Bildungsstandards und der Kompetenzorientierung in besonderer Weise berücksichtigt.

Hans-Jakob Schmitz

Das Hessische Landesmuseum in Darmstadt

Das HLMD bietet Fortbildung für Lehrkräfte aller Schulstufen zu verschiedenen Fachgebieten, vermittelt Gesprächsführungen zur Neugestaltung der Räume und zu aktuellen Sonderausstellungen und bildet Schülerinnen und Schüler zu „Museums-Guides“ in der Kunsthalle und Schader-Stiftung Darmstadt aus. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Rahmen der Museumspädagogik sind

- für Geschichte und Deutsch: Margit Sachse (margit.sachse@luo-darmstadt.de)
- für Kunst: Dr. Simone Twiehaus (s.twiehaus@gmx.net)
- für Naturwissenschaften: Lars Harres (lars.harres@gmx.de)
- für das Schuldruckzentrum: Matthias Heinrichs (Matth.Heinrichs@web.de)

Der Autor ist Fachleiter für Geschichte am Studienseminar für Gymnasien Darmstadt, Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt und TU Darmstadt und war von 1981 bis 2011 teilabgeordneter Museumspädagoge am HLMD.



Freilichtmuseum Hessenpark

Lernen mit allen Sinnen schafft Zugänge zur Geschichte

Das Freilichtmuseum Hessenpark bietet mit seiner Darstellung der ländlichen Kultur vergangener Zeiten vielfältige thematische Anknüpfungspunkte für den Besuch von Schulklassen. Das reicht von den Tieren auf dem Bauernhof über ländliches Arbeiten und altes Handwerk, den Fachwerk- und Lehmhaus bis zu den Frauen auf dem Land. Ein Ausflug kann aber auch ohne spezielle Lehrplananbindung eine spannende Sache werden. Für Kinder gibt es viel Neues, nämlich Altes zu entdecken, was mittlerweile auch die Großeltern nicht mehr aus eigenem Erleben kennen. Kinder erhalten hier Antworten auf grundlegende Fragen: Wie wird Butter gemacht? Wo kommt das Stroh eigentlich her? Aus welchen Stoffen ist unsere Kleidung hergestellt?

Im Museum können wir fächerübergreifend und projektorientiert arbeiten, spezielle Themen vertiefen und verschiedene Methoden anwenden. Unsere Projekte ermöglichen den Schülerinnen und Schülern nicht nur eigene Erfahrungen mit Objekten, Materialien und Arbeitstechniken, sondern auch den Zugang zu früher verbreiteten Verhaltensweisen. Dieser Ansatz appelliert gleichzeitig an Kopf, Hand und Herz. Einerseits wird das Geschichtsbewusstsein gefördert, andererseits das soziale Lernen in Gruppenarbeit. Selbstverständlich wirkt der Besuch im Museum besonders nachhaltig, wenn sich die Gruppe inhaltlich vorbereitet und die gewonnenen Erfahrungen hinterher im Unterricht noch vertieft.

Museumspädagogik arbeitet zielgruppenorientiert und entwickelt für jede Altersgruppe passende Programme. Grundsätzlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, einen Museumsbesuch zu gestalten. Die Lehrkräfte können eine Führung buchen oder mit Schülerarbeitsbögen, die wir im Internet zur Verfügung stellen, den Museumsbesuch selbst anleiten. Die Erfahrungen wirken am nachhaltigsten, wenn die Schülerinnen und Schüler an einem Projekt teilnehmen und sich so handlungsorientiert intensiver mit einem Thema beschäftigen.

Zum Beispiel: Bauen mit Lehm

Das Projekt „Lehmhaus“ beginnt immer mit einem Rundgang. In diesem Fall sehen die Kinder verschiedene Fachwerkhäuser und erfahren, aus welchen Materialien sie gebaut wurden und wo diese Materialien herkamen. In der Regel verwendete man Baustoffe, die in der unmittelbaren Umgebung vorhanden waren. Wichtig ist auch, wer welche Arbeiten beim Hausbau verrichtete. Natürlich sollen die Schülerinnen und Schüler auch das Innere eines Bauernhauses kennen lernen. Der praktische Teil erfolgt in Gruppenarbeit. Hier sind Lehm, Sand, Stroh und Wasser im richtigen Verhältnis anzumischen, und zwar mit den Füßen. Das kostet manche Kinder einige Überwindung. Ganz Unerschrockene fragen auch schon mal nach dem Kuhmist, der eigentlich in die Mischung gehört. Schließlich erhöht er die Bindekraft und verhindert die Schimmelbildung. Eine zweite Gruppe hat die Aufgabe, die bereits mit Staken versehenen Gefache mit Weidenruten auszuflecheln. Wenn alle sich in den verschiedenen Arbeits-

gängen versucht haben und der Lehm gut genug vermischt ist, strebt das Projekt seinem Höhepunkt entgegen: Jeder darf eine Handvoll Lehm ins Gefach einschlagen (nicht werfen!), eindrücken und fast durchdrücken. Jetzt heißt es aufpassen, denn der Lehm ist von zwei Seiten von unten nach oben aufzubringen. Die Kinder haben oft so großen Spaß, dass der Lehm dann doch durch das Flechtwerk fliegt. Bevor das Projekt in blindem Aktionismus endet, wird es Zeit für die Abschlussrunde. Wir sprechen über die Vor- und Nachteile des Bauens mit Lehm, über Kosten, Energieverbrauch und die Wohnatmosphäre. Die Kinder machen die Erfahrung, dass für den Lehmhaus viele Hände nötig sind. Man war früher – nicht nur beim Hausbau – auf die Dorfnachbarn angewiesen. Der Lehmhaus vermittelt den Kindern außerdem viele andere erlebenswerte Erfahrungen: das Bauen mit eigenen Händen, die Formbarkeit des Lehms, den „Kontakt zur Erde“ und die Erkenntnis, dass der Lehm gar nicht so schwer zu verarbeiten ist, wenn man das Rezept kennt. Auch der individuellen Gestaltung mit Initialen oder Datum sind keine Grenzen gesetzt.

Abrufangebote und Projektwochen

Neben den Abrufangeboten soll Raum bleiben für Anfragen nach besonderen Themen, beispielsweise in Projektwochen. So hatten wir schon Schülergruppen, die sich mit der Problematik der Geschlechterverhältnisse auseinandergesetzt hatten und mit folgenden Fragen an das Museum herantraten: War die Kindererziehung Frauensache? Mussten die Frauen wegen der Kinder zu Hause bleiben? Haben Männer früher im Haushalt mitgeholfen? Waren die Frauen nur im Haushalt tätig? Wer war früher religiöser: Männer oder Frauen? Gab es früher bestimmte Arbeiten für Frauen? Wie kam es, dass der Mann arbeiten ging und die Frau zu Hause blieb? Zunächst scheint es schwierig zu sein, in einem Freilichtmuseum Antworten auf diese Fragen zu finden. Doch da ich mir ähnliche Fragen bereits gestellt und erforscht hatte (1), freute ich mich über die ungewöhnliche Anfrage. Der Rundgang für die interessierten Schüler thematisierte die Arbeit und Stellung von Frauen, das Geschlechterverhältnis sowie Lebensgeschichten ehemaliger Hausbewohnerinnen. Vertiefen kann man das Thema, indem die Schüler textile oder hauswirtschaftliche bzw. handwerkliche Arbeiten selbst ausprobieren.

Schauspielführungen und Grenzstein-Projekte

Neue Vermittlungsformen und Themen aufzugreifen, ist auch oder gerade für ein Museum notwendig, das sich überwiegend mit ländlicher Alltagskultur beschäftigt. Seit 2008 wird das museumspädagogische Team durch einen Theaterpädagogen verstärkt. Neben Schauspielführungen und Museumstheater tagen bieten wir inzwischen das Projekt *A.R.M.u.T.* – *Armut, Reichtum, Mensch und Tier* an. Es beginnt mit einer Schauspielführung, bei der die Schüler dem Amtmann *Ibell*, der Marktfrau *Elisabeth*, dem Schulmeister *Frickel* und anderen Bewohnerinnen und Bewohnern eines kleinen Dor-

fes 1781 im Taunus begegnen. Sie erleben Geschichten von Missernten, Freud und Leid und die Auswirkungen gesetzlicher Reformen Ende des 18. Jahrhunderts. Und alles dreht sich um das Essen, das auf den Tisch kommt... Danach geht es dann zusammen mit den Darstellern in die Ställe, auf die Felder und in die historischen Küchen, um mehr über die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion in vergangenen Epochen zu lernen. Danach wird die Klasse selbst aktiv und geht den Geschichten hinter den Geschichten auf spielerische Weise selbst einmal nach.

Neu ist auch das Projekt „Grenzsteine“. Grenzen mitten in Hessen? Wir leben doch in einem Europa ohne Grenzen! Die Grenzsteine im Freilichtmuseum laden Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 ein, sich mit folgenden Fragen zu beschäftigen: Wozu brauchen wir Grenzen? Wie wurden früher Grenzen festgelegt? Was bedeuten die Initialen auf den behauenen Steinen? Zunächst haben die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, ausgewählte Grenzsteine zu erforschen. In einem praktischen Teil steht ein GPS-gesteuertes Geländesuchspiel zu anderen steinernen Landschaftselementen wie Sühnekreuz und Bildstock auf dem Programm.

Der Hartig-Walderlebnispfad

Der Hartig-Walderlebnispfad bietet die Chance, die Wechselbeziehungen zwischen Wald und Mensch in anschaulichen Beispielen aufzuzeigen. In unserem Bewusstsein heute steht der Wald für artenreichen Lebensraum, vielfältige Erholungsmöglichkeiten und für den Rohstoff Holz. Unser Walderlebnispfad zeigt die historischen Waldnutzungen und Waldbewirtschaftungsformen und macht sie, soweit möglich, erlebbar. Kinder lernen dabei auf spielerische Art und Weise die verschiedenen Baum- und Holzarten sowie ihre Verwendungen kennen, aber auch die Tiere unserer einheimischen Wälder, wie Buntspecht, Rotmilan, Luchs, Wildschwein, Marder, Rebhuhn, Fasan und Haselhuhn. Sie erhalten Einblicke in die Schwere der Waldarbeit und in die heute nicht mehr geläufigen vielfältigen Waldnutzungen: Eichenrinde für die Lohgerberei, Laub als Einstreu für den Stall, Weidefläche für Schweine, Rinder, Schafe und Ziegen, Wurzelstöcke für die Pechgewinnung, Kräuter für heilkundliche Zwecke, Kienspäne als Beleuchtungsmittel.

Museumstheater über Heimat und Migration

Der Walderlebnispfad gibt Aufschluss, wie der Wald früher genutzt wurde und was zur Zerstörung vieler Waldgebiete geführt hatte. Schließlich zeigt er auf, warum wir heute in Hessen und ganz Deutschland trotzdem geschlossene Wälder vorfinden. Der Name *Georg Ludwig Hartig* (1764 - 1837) steht für das forstliche Prinzip der Nachhaltigkeit, dass nur so viel Holz aus dem Wald entnommen werden darf, wie dauerhaft nachwächst. Obwohl Nachhaltigkeit inzwischen ein weltweit anerkanntes Konzept ist, weiß wohl kaum ein Hesse, dass ein Forstmann aus Gladenbach diese Idee geprägt hat. Der Hartig-Walderlebnispfad berührt nicht nur historische Dimensionen, sondern spricht die Menschen mit aktuellen Themen an, um über Lösungen für die Zukunft nachzudenken.

Das Museumstheaterstück „Heimat – Migration – Integration“ erzählt, wie Menschen ihre Heimat, ihre Traditionen und ihre kulturelle Identität in einer fremden Umgebung erhalten, verändern und zu einem gemeinsamen Leben miteinander verschmelzen. Die dargestellten Wanderhandwerker,



Das Weben ist ein 7.000 Jahre altes Handwerk. In vielen Dörfern wurde bis in die 1920er Jahre auch zu Hause gewebt. (Foto: Freilichtmuseum Hessenpark)

Flüchtlinge oder Auswanderer vermitteln die Ängste, Sehnsüchte, Wünsche und Hoffnungen durch deren Lebensbeschreibungen. In dem anschließenden theaterpädagogischen Projekt stehen das Fremdsein, die Automatismen der Ausgrenzung, das Bedürfnis des Individuums nach Identifikation mit seiner eigenen Geschichte und die Kommunikation untereinander als Lösungsmodell im Fokus.

Bei unseren Projektangeboten legen wir Wert darauf, dass die Schülerinnen und Schüler das Museum mit allen Sinnen erfahren und – wo möglich – selbst aktiv werden können. Auch sollen immer wieder neue Zugänge zur Geschichte eröffnet werden.

Alle Informationen über Öffnungszeiten, Eintrittspreise und das gesamte Bildungsangebot findet man unter www.hessenpark.de.

Dr. Martina Spies-Gehrig

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Museumspädagogik & Museumstheater des Freilichtmuseums Hessenpark in Neu-Anspach im Taunus.

(1) Martina Spies, „...Und Seine Eliche haus frau“. Ein Beitrag zur Geschichte von Frauen auf dem Land, Neu-Anspach 2000 (kleine reihe Museumspädagogik Heft 7).



Arbeit und Wandel erfahren

Museumspädagogik im Industriemuseum Rüsselsheim

Wie wirkte sich die Industrialisierung ganz konkret im Leben der Menschen vor Ort aus? Im Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim wird diese Frage am Beispiel des sozialen, technischen und kulturellen Wandels in der Landgemeinde Rüsselsheim beleuchtet, die sich im 20. Jahrhundert zur Industriestadt mauserte. Dabei verknüpfen sich Industrie-, Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte zu einem vielfältigen Ganzen. Die mit dem Museumspreis des Euro-Parates ausgezeichnete Konzeption des Hauses hat ihr Alleinstellungsmerkmal – zum Glück, möchte man sagen – inzwischen verloren: Viele Industrie- und Technikmuseen haben sich in den letzten Jahrzehnten konzeptionell ähnlich ausgerichtet.

Dennoch bleibt das Stadt- und Industriemuseum das wichtigste Museum mit industriegeschichtlichem Schwerpunkt in der Südhälfte Hessens. Seiner Grundkonzeption ist es auch bei der Entwicklung der 2013 neu eröffneten Museumsabteilung („Vom Beginn der Industrialisierung bis zum Zweiten Weltkrieg“) treu geblieben. Mit der Hinwendung zum einzelnen Menschen und seiner Biographie hat die ganzheitliche konzeptionelle Ausrichtung zusätzlich Kontur gewonnen. Die großen Linien der Geschichte werden am Beispiel exemplarisch eingewobener Lebensläufe nachvollziehbar. Für Anschaulichkeit durch Unmittelbarkeit sorgt etwa das Beispiel der Schmiedtochter, das in die konkrete Lebenswelt des Dorfhandwerks führt. So sitzt die kleine *Anna* auf dem Großfoto der Schmiede mit am Arbeitsplatz des Vaters und weist auf die Einheit von Arbeits- und Wohnort hin. An einer Hörstation zieht sie später in Erinnerung an die längst abgerissene Dorfschmiede ein persönliches Resümee zu diesem Teil der Handwerksgeschichte.

Die Ausstellung bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte zu Unterrichtsinhalten der hessischen Lehrpläne (Industrielle Revolution und Soziale Frage, Erster Weltkrieg, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg) und zu Querschnittsthemen wie Geschlechtergeschichte, Globalisierung und Migration. Zu allen diesen Themen bietet die Ausstellung anschauliches Material in Biographien, Objekten und Bildquellen.

Sich auf die Ausstellungsgegenstände mit ihren spezifischen Objektgeschichten einzulassen, heißt das Auge schulen, genaues Hinschauen einüben und die Interpretationsfähigkeit trainieren. Die Schülerinnen und Schüler vergleichen das Vorgefundene mit dem eigenen Erfahrungshorizont und lernen mit der Unterstützung durch die didaktischen Elemente (Texte, Grafiken und Medienstationen) und der geschulten Besucherbetreuerinnen und -betreuer des Museums Objekte als historische Quelle zu entschlüsseln und zu deuten.

Geschichte zum Anfassen

Zwei Belegschaftsfotos der Firma Opel verdeutlichen den Wandel von Arbeit innerhalb einer Generation: Hier die von Handwerkerstolz erfüllten Produzenten hochmoderner Maschinen des Jahres 1876, dort die in fast militärischer Haltung fotografierten Arbeiter der Nähmaschinenabteilung des Jahres 1902. Wer sind die Menschen auf den Fotos, was haben sie gelernt oder verdient? Welche Produkte sind auf den Belegschaftsfotos zu sehen und wie entwickelten sich die Produktionszahlen?

Auch an anderen Stellen werden die Besucherinnen und Besucher ermutigt, aktiv zu werden, sich die Geschichte buchstäblich zu erarbeiten – und das darf durchaus auch Spaß machen. Während heute eine Drehung des Zündschlüssels ein Automobil startet, müssen an einer Spielstation am Opel-Oldtimer alle damals nötigen Schritte nachvollzogen werden. Zur Belohnung erklingt dann der „Originalsound“ des Motors. In der Wagnerei setzen Besucherinnen und Besucher per Handkurbel eine Drehbank auf der Darstellung einer Werkstatt um 1840 in Schwung: Der Antrieb per Muskelkraft wird so erfahrbar. En passant werden Informationen zum Arbeitsalltag der Gesellen sichtbar, und der digital animierte Meister kann seinen zum Fleiß mahnenden Zeigefinger heben. Und wenn *Johnny Depp* unvermutet als verrückter Hutmacher aus „Alice in Wonderland“ in der giftbelasteten Hasenhaarschneiderei aufleuchtet, werden kulturhistorische Adaptionen krank machender Arbeitsbedingungen augenfällig.

Lokalgeschichtliche Bezüge

Die großen Ereignisse und Entwicklungsstränge der Geschichte werden immer wieder auf die lokale Ebene zurückverfolgt: Der Militarismus des Kaiserreiches spiegelt sich in den Andenken hiesiger Wehrpflichtiger, das Grauen des industrialisierten Krieges in der Inszenierung eines Grabenkampfes, in Feldpostbriefen nach Rüsselsheim und der



Die Eingangsszenierung im Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim zeigt ein Schattentheater mit arbeitenden Schmiedern (Foto: Möllenberg, Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim)

Rüstungsproduktion bei Opel. Die Kirchenfenster aus einer Stiftung des gefallenen *Ludwig Opel* zeigen eine verbreitete Form des zeitgenössischen Umgangs mit der Urkatastrophe der Moderne.

Die 2004 eröffnete Abteilung „Rüsselsheim nach 1945“ beleuchtet den Wiederaufbau von Stadt und Werk, die Konsumwelten im Wirtschaftswunderland und die Einführung der Robotik bis zur global vernetzten „just-in-time“-Produktion. Die Abteilung zu Geschichte von Dorf und Festung im Mittelalter und der Frühen Neuzeit wird zurzeit überarbeitet und soll 2015 neu eröffnet werden.

Themenführungen, Studientage und Festungsrallye

Die Zusammenarbeit mit Lehrkräften und eine intensive Betreuung von Schulklassen sind dem Team im Museum und den Guides ein ernstes Anliegen. Die Guides gestalten den Besuch in der Regel im Sinne eines Gesprächs als dialogische Führung und holen die Schülerinnen und Schüler dort ab, wo sie stehen. Neben den Überblicksführungen für alle Jahrgangsstufen sind Führungen zu Querschnittfragen oder Einzelthemen wie „Frauenleben – Frauenarbeit“, „Total Global – unsere wunderbare internationale Warenwelt“ oder „Von Krieg zu Krieg“ möglich. Für 5. und 6. Klassen hat das Museum auf Anfrage eine interaktive Führung zum Thema „Sand im Getriebe? Kraft – Antrieb – Übertragung“ entwickelt, bei der das Prinzip der mechanischen Kraftübertragung unter anderem mit dem Bau eines Modellkrans praktisch erlebbar wird.

Die Kombination einer Museumsführung mit dem Besuch der laufenden Produktion bei Opel ist derzeit leider nicht möglich, da die Adam Opel AG die Werksbesichtigungen vorerst eingestellt hat. Deshalb bietet das Museum an, die Museumsführung mit einer Filmvorführung zur modernen Produktion im „Lean Field“ und einer Diskussion zu verbinden.

Will man den Besuch selbst organisieren, gibt es auf der Website des Hauses und in gedruckter Form an der Kasse einen Fragebogen mit unterschiedlich schwierigen Arbeitsaufgaben, der auch bei der Nachbereitung in der Schule Verwendung finden kann.

Museumspartnerschaft für Schulprojekte

Studientage in Form etwa vierstündiger Workshops ermöglichen eine intensivere Form des forschenden Lernens anhand von Ausstellungsobjekten, zusätzlichem Quellenmaterial oder auch aktuellen Zeitungsartikeln. Während einer Führung stellen die Schülerinnen und Schüler ihre in Gruppen erarbeiteten Arbeitsergebnisse vor. Studientage für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II gibt es zu den Themen Industrialisierung, Soziale Frage und Globalisierung. Ein Studientag zur Architektur und Geschichte der Rüsselsheimer Festung eröffnet den 7. und 8. Jahrgangsstufen die Möglichkeit, das Kulturdenkmal, in dem das Museum beheimatet ist, intensiv kennenzulernen. Für 3. und 4. Klassen gibt es die Festungsrallye „Ritter, Rätsel und Ruinen“. Außerdem gibt es seit 2012 jährlich eine Mitmachausstellung, bei der Kinder experimentieren, forschen und gestalten und sich das Museum in ein Science Center auf Zeit verwandelt.

Intensivere und nachhaltige Lernerfahrungen machen Kinder und Jugendliche bei mehrtägigen Projekten, wenn in Teamarbeit kleine Ausstellungen, Präsentationen oder auch Facharbeiten entstehen. Das Museum kann hier zusammen



Drucken, was das Zeug hergibt: Mitmachausstellung „Papier la Papp“, Sonderausstellung im Jahr 2014 (Foto: Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim)

mit dem angeschlossenen Stadtarchiv Schulprojekte zu lokal-, industrie- und technikgeschichtlichen Themen betreuen und hält Quellenmaterial, Recherchemöglichkeiten im Internet sowie eine gut ausgestattete Fachbibliothek und auch verschiedene Arbeitsräume vor. Gruppen, die Patenschaften für Stolpersteine für NS-Opfer übernehmen, erarbeiteten kleine Ausstellungen oder Dokumentationen.

Im Rahmen des Programms *MuseobilBOX* des Bundesverbandes für Museumspädagogik arbeiten Schülerinnen und Schüler einer benachbarten Haupt- und Realschule während der pädagogischen Mittagsbetreuung an einem Papptheater: Eine Geschichte wird gemeinsam entwickelt und in Dialoge gekleidet, in den Werkstätten der Ausstellung „Papier la Papp“ entstehen die Kulissen und die Pappdarsteller und schließlich soll das Theaterstück im Museum öffentlich aufgeführt werden. Zugleich machen sich die Schülerinnen und Schüler mit dem Medium Papier, seiner Produktion in Geschichte und Gegenwart und mit verschiedenen Drucktechniken bekannt.

So arbeits- und voraussetzungsreich solche Projekte sind, so nachhaltig ist auch ihre Wirkung. Kreative Techniken, Methodenkompetenz, Teamarbeit, die quellenkritische Einordnung historischer Zeugnisse, all diese Fähigkeiten werden dabei entwickelt und wirksam trainiert. Das Team in Museum und Stadtarchiv wünscht sich Lehrerinnen und Lehrer, die mit – durchaus unkonkreten – Projektanfragen auf das Haus zukommen: „Könnte man einmal?“ oder „Wäre ein Workshop zum Thema xy bei Ihnen möglich?“ Meistens lautet die Antwort „Ja!“ Gern denken wir mit den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen darüber nach, wie sich ein solches Arbeitsvorhaben sinnvoll in deren Unterrichtsplanung einbinden lässt. Das Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim kann Partner für vielfältige Schulprojekte sein.

Dr. Bärbel Maul

Die Autorin ist Leiterin des Stadt- und Industriemuseums (Hauptmann-Scheuermann-Weg 4, In der Festung, 65428 Rüsselsheim). Informationen über Öffnungszeiten, Eintrittspreise und Gruppenführungen findet man unter www.museum-ruesselsheim.de



Geschichte und ich

Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft

Seit nunmehr 25 Jahren sammelt, bewahrt und präsentiert das *Aktive Museum Spiegelgasse* in Wiesbaden die jüdische Geschichte Wiesbadens. In ehrenamtlichen Arbeitsgruppen werden Ausstellungen entwickelt, Stolpersteine verlegt, eine Fachbibliothek unterhalten und Zeitzeugengespräche geführt. Viele Schulen in der Umgebung sind in den letzten Jahren mit dem Aktiven Museum als prägnantem außerschulischem Lernort in Kontakt gekommen.

Das Museum Spiegelgasse in Wiesbaden

Erinnerung wird häufig von der Betroffenheit über vergangene Ereignisse ausgelöst. In pädagogischen Prozessen wird die Schwere und moralische Last der Betroffenheit oft auch auf die Schülerinnen und Schüler übertragen. Die eigene Betroffenheit führt aber nicht zwangsläufig zu der gewünschten Reaktion bei den Jüngeren. Häufig wird „das Thema“ als belastet und kompliziert, sehr traurig und politisch brisant erlebt. Vor fünf Jahren hat das Aktive Museum erkannt, dass es dieser Entwicklung etwas entgegensetzen muss. Die von uns getragene Erinnerungskultur darf nicht im Betroffenheitsritual verharren. Sie muss zukunftsfähig werden und das geht nur, indem man die Gegenwart ernst nimmt, das meint vor allem die Gegenwart der Lernenden. Im Jahr 2007 wurde *Spiegelbild*, die Jugendinitiative des Aktiven Museums, gegründet, um den veränderten Bedingungen der Erinnerungskultur und der Geschichtsbetrachtung nachzukommen und den notwendigen Paradigmenwechsel in unserer Bildungsarbeit zu schaffen. Sie soll sich an der *Jetztzeit* orientieren, das Betroffenheitsritual und die Beklemmungsatmosphäre hinter

sich lassen, die wegen der Fixierung auf die Opfer-Täter-Perspektive die jüngere Generation eher abstoßen. Solche Rituale und Atmosphären spalten, machen sprachlos, erzeugen Verweigerung, nicht selten Aggression.

Maxime Lebensweltorientierung

Spiegelbild arbeitet nach Prinzipien der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. In der Entwicklung unseres Konzeptes haben sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv mit aktuellen Erkenntnissen der Bildungsarbeit auseinandergesetzt und sich der zentralen Maxime der Lebensweltorientierung verschrieben. Nicht die Geschichte oder „die Opfer“ stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit, sondern der Schüler, die Schülerin. Durch die ständigen Angebote und durch größere Projekte bauen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Brücken zwischen der Lebenswelt der Jugendlichen und der Geschichte. Dabei erheben wir nicht den Zeigefinger und geben die Richtung vor, sondern bieten den Dialog an und begleiten Jugendliche und zunehmend auch Erwachsene in der kritischen Auseinandersetzung. Die langjährigen Erfahrungen des Aktiven Museums in der Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte sind natürlich in die Entwicklung des Konzeptes von *Spiegelbild* eingeflossen. War es zunächst das Ziel der Jugendinitiative, eine selbstbestimmte Auseinandersetzung mit deutsch-jüdischer Geschichte zu ermöglichen, hat sich das Themenspektrum aufgrund des konsequenten Konzeptes der Lebensweltorientierung erweitert. Die Vermittlung von jüdischer Kultur und deutsch-jüdischer Geschichte kann nur so weit unser Vorsatz sein, wie wir ihre Bedeutung für das heutige Zusammenleben verdeutlichen können. Aus der Geschichte lernen heißt für uns, Begegnung aktiv zu gestalten. Das gilt für die Begegnung von (jungen wie älteren) Menschen genauso wie für die Begegnung mit der (deutsch-jüdischen) Geschichte. Wir passen unsere Arbeit deshalb den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft an und arbeiten mit und an den Fragen, die junge Menschen heute politisch umtreiben.

Wir möchten durch unsere Angebote jungen Menschen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Räume und Begleitung anbieten, sich mit der Geschichte und deren Bedeutung für „mich im Heute“ auf eine neue Art und Weise auseinanderzusetzen. Unsere Projekte sind darauf ausgelegt, dass junge Menschen und auch erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine Haltung zu historischen und politischen Themen einnehmen können. Dabei steht das eigene Handeln in Betrachtung der historischen oder politischen Ereignisse im Mittelpunkt. Durch aktive und kreative Methoden erreichen wir, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den Themen, mit denen sie sich beschäftigen möchten, selbst in Bezug setzen und dabei eigene Möglichkeiten sehen, in komplexen Zusammenhängen Entscheidungen zu treffen. Auf diese Weise leisten wir einen Beitrag zur individuellen Weiterentwicklung unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer als mün-



Die Ausstellung des XENOS Projekts „Task Force Migration“ ist vom 7. bis 31. Juli 2014 im Aktiven Museum Spiegelgasse in Wiesbaden, Spiegelgasse 9, zu sehen (mittwochs 10-15 Uhr, donnerstags und freitags 10-18 Uhr, samstags 11-13 Uhr) (Foto: Museum Spiegelgasse)

dige Menschen und einen gesellschaftlichen Beitrag zur Entwicklung unserer Demokratie. Zu unseren ständigen Angeboten zählen

- interaktive Methoden zu den Erinnerungsorten der Landeshauptstadt Wiesbaden,
- Workshops zu den Themen Judentum, Nationalsozialismus, Rassismus, Neo-Nazis, Vorurteile, Migration, Fußball und Geschichte,
- Begleitung bei selbstgesteuerten Arbeiten zu unseren Themen, bei Referaten, Gruppenarbeiten, Projektwochen oder Projektprüfungen,
- Projekte von und mit Jugendgruppen, die eigene Ideen zu Themen von Spiegelbild umsetzen möchten, sowie
- Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Task Force Migration

Zwei Beispiele unserer Arbeit, die den zuvor beschriebenen Paradigmenwechsel verdeutlichen, sind das Projekt „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ und unser aktuelles Xenos-Projekt „Task Force Migration“. Das Anne-Frank-Projekt im Jahr 2009 hat mit einer Ausstellung, durch die 6.000 Menschen von Jugendlichen begleitet wurden, und 60 Begleitveranstaltungen, die insgesamt 4.000 Menschen besuchten, nachhaltig dazu beigetragen, den Blick auf deutsch-jüdische Geschichte zu verändern. 30 Organisationen haben sich eigene Veranstaltungen, Projekte und Workshops einfallen lassen, die die Bedeutung der Geschichte für unser heutiges Zusammenleben veranschaulichen konnten. Die „Task Force Migration“ startet in diesem Herbst und wird aus einer Gruppe von Jugendlichen bestehen, die verschiedene Schulen Wiesbadens besuchen und gemeinsam zum Thema Migration arbeiten. Sie forschen, untersuchen die Einwanderungsgeschichte Wiesbadens und hinterfragen den Komplex „Integration“ kritisch. Ihre Ergebnisse werden im nächsten Sommer vorgestellt.

Anerkennung von Vielfalt

Durch die Arbeit an aktuellen Fragen, die in Beziehung zur eigenen Person und zur Geschichte stehen, haben wir festgestellt, dass auch Lehrkräfte zum Teil verunsichert sind und sich Begleitung zu den Themen von *Spiegelbild* wünschen. Seit 2009 bieten wir daher Fortbildungen an. Unter anderem haben wir mit Unterstützung des Hessischen Kultusmi-

Antisemitismus und Rassismus

Die Tagung „Antisemitismus und Rassismus – Verflechtungen?“ findet vom 22. bis 23. September 2014 in Jena-Lobeda statt. Ob und wie Antisemitismus und Rassismus als verflochten, unterschiedlich oder zusammen gedacht werden, ist „folgenreich für die pädagogische Praxis einer Migrationsgesellschaft, in der verschiedene Erfahrungen von Ungleichheit aufeinander treffen“. Die fünfte „Blickwinkel-Tagung“ bietet Gelegenheit, hierzu Positionen, Forschungskonzepte, Geschichtsbilder und Interpretationsmuster auszuloten.

- *Programmflyer und Anmeldungen:* www.stiftung-evz.de, Bildungsstätte Anne Frank, Ricarda Wawra, Tel.069-56000-235, E-Mail: rwawra@bs-anne-frank.de



Die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden wurde am 27. Januar 2011 am Michelsberg an die Bürgerinnen und Bürger übergeben. Sie ist ein fester Bestandteil der Projekte zur Spurensuche vor Ort der Jugendinitiative Spiegelbild. (Foto: Museum Spiegelgasse)

nisteriums die Reihe „Herausforderung Vielfalt – Bildung im Wandel“ entwickelt. Aus dem Netzwerk des Anne Frank-Projektes hat sich der Trägerkreis „WIR in Wiesbaden“ entwickelt, der seit nunmehr drei Jahren Projekte, Ausstellungen, Kulturveranstaltungen und Workshops anbietet. Jedes Jahr im Herbst stellen 30 Organisationen aus Wiesbaden ein Programm zusammen, das dem Ziel der Anerkennung von Vielfalt dient. Das Kulturreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden fördert *Spiegelbild* seit fünf Jahren mit der Finanzierung eines Jugendbildungsreferenten. Durch das Xenos-Förderprogramm können wir befristet eine Dreiviertelstelle einer Bildungsreferentin schaffen. Praktikantinnen und Praktikanten sowie Programmmittel für unsere alltägliche Arbeit finanzieren wir durch Spenden, Drittmittelakquise und Honorare.

Der starke Zuspruch für unsere Arbeit bestätigt uns darin, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Die Vielzahl an Anfragen zeigt, wie wichtig diese Form der Bildungsarbeit als Ergänzung zum Schulangebot ist. Zukünftig müssen wir uns über die Verstärkung unseres Angebots Gedanken machen, was auch die dauerhafte Finanzierung einer zweiten Mitarbeiterin einschließt.

Aktuelle Angebote und Dokumentationen unserer Arbeit finden Sie unter www.spiegelbild.de.

Hendrik Harteman

Hendrik Harteman ist Jugendbildungsreferent von *Spiegelbild* Wiesbaden.



Erinnern in Hessen

Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur NS-Zeit

Wer an die NS-Zeit denkt, hat unweigerlich die großen Orte des Geschehens im Blick, die Orte, an denen politische Gegner, sozial und rassistisch Ausgegrenzte verfolgt, misshandelt und ermordet wurden. Auschwitz, Buchenwald oder Dachau sind die Chiffren der Verfolgung. Man denkt vielleicht auch an die großen Städte, in denen sich wichtige Teile der NS-Geschichte manifestierten: Berlin als Reichshauptstadt, München als „Stadt der Bewegung“, Nürnberg als „Stadt der Reichsparteitage“ oder auch Frankfurt. Neben Darmstadt und Kassel gehörte die Stadt am Main ab Oktober 1941 zu den zentralen Deportationsorten Hessens. 1935 mussten die Nazis die liberale und jüdisch geprägte Handelsstadt mühevoll zur „Stadt des deutschen Handwerks“ umdeklariieren.

Hessische Orte der NS-Verbrechen

Die Verbrechen des Nationalsozialismus geschahen aber nicht nur an diesen Orten. Es gab eine komplexe Vielfalt der Lagerformen und Repressionsinstanzen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, bis aufs „flache Land“. Dies gilt für das „Deutsche Reich“ im Allgemeinen, aber auch für das Gebiet, das das heutige Bundesland Hessen bildet. Auch im Taunus, dem Westerwald oder im Odenwald finden sich zahllose Lager für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, KZ-Außenlager oder Orte, die mit den Todesmärschen von KZ-Häftlingen oder anderen Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges in Verbindung stehen. Deutlich wird dabei, dass die Opfer der nationalsozialistischen Politik keineswegs nur Jüdinnen und Juden oder politische Gegner des Regimes waren. Auch Sinti und Roma, Behinderte, Menschen, die als „asozial“ stigmatisiert wurden, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und viele andere wurden Opfer der NS-Verfolgung. Die „Heimatgeschichtlichen Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, die der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 in zwei Bänden für Hessen Mitte der 1990er Jahre herausgegeben hat, illustrierten dies auf eindringliche Weise. Die lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungen der letzten 20 Jahre würden dieses Bild noch umfangreicher und detaillierter werden lassen. Man denke nur an die im Rahmen von Recherchen für Stolpersteine erarbeiteten Biografien von Verfolgten des NS-Regimes.

Zuschüsse zu den Gedenkstättenfahrten

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) fördert schulische Veranstaltungen mit Zeitzeugen und Fahrten zu Gedenkstätten auch durch finanzielle Zuschüsse. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel können Schulen, Jugendgruppen oder andere öffentliche Einrichtungen einen Zuschuss beantragen. Antragsformulare findet man auf der Homepage der HLZ.

- www.hlz.hessen.de > Referate > Referat 2/III Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus > Zuwendungen

Spurensuche vor Ort

Die Vielfalt der Lagerformen, Repressionsinstanzen und Verfolgtengruppen spiegelt sich in den zahlreichen lokalen und regionalen Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen, die in Hessen (aber auch in anderen Bundesländern) aktiv sind. Die meisten dieser Initiativen und Einrichtungen entstanden in den 1980er und 1990er Jahren „von unten“, meist in Form einer Initiative von Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit einer verdrängten oder verklärten Vergangenheit auseinandersetzen wollten. Sie gingen auf die Suche nach den Verfolgungs- und Leidensgeschichten anderer, oft „vergessener“ Bewohner ihrer Orte. Sie fragten nach der Geschichte der Menschen, die ihre Toten auf dem jüdischen Friedhof beerdigt hatten und nun nicht mehr Teil des Dorfes und des öffentlichen Gesprächs waren. Sie fragten nach „ausländischen Erntehelfern“ oder nach der Geschichte der Gemeinde vor 1945 und problematisierten den lokalen Blick auf die Vergangenheit.

In langjährigen und mühseligen Prozessen und mit viel Gegenwind gelang es Aktiven der Erinnerungsarbeit seit den 1980er Jahren der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik ein lokales und regionales Gedenken abzurufen. Sie hatten und haben wesentlichen Anteil daran, dass der Nationalsozialismus in seiner Breite und Tiefe, aber auch in seinen lokalen und regionalen Erscheinungsformen und Ereignissen – bei allen noch bestehenden Lücken – gut ausgeleuchtet ist. Es ist ihnen gelungen, den Nationalsozialismus in das Lebensumfeld der Gegenwart zu rücken, in das Lebensumfeld des Einzelnen. Sie haben mit Gesprächsveranstaltungen mit Überlebenden, mit Ausstellungen, Konzerten, Publikationen und historischen Stadtrundgängen in die lokale und regionale Kulturarbeit hineingetragen und so die Erinnerung an die NS-Zeit zu einem Bestandteil der politischen Kultur werden lassen. Die überraschte Frage „Was, hier bei uns ist so etwas passiert?“ ist ein idealer Ausgangspunkt für die weitere und tiefere Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Inzwischen haben sich über 30 Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in der 1999 gegründeten *Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen* (kurz LAG Hessen) zusammengeschlossen. Nur wenige Einrichtungen wie die Gedenkstätten Breitenau, Hadamar, Stadtallendorf und Trutzhain werden vom Land institutionell gefördert. Einige bekommen städtische oder kommunale finanzielle Unterstützung. Ein Großteil der Gedenkarbeit ist und bleibt aber auf das Engagement Einzelner, auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen.

Viele der in der LAG zusammengeschlossenen Initiativen widmen sich dem jüdischen Leben vor Ort. In restaurierten ehemaligen Synagogen wie in Pfungstadt oder Vöhl, in der ehemaligen Mikwe in Rotenburg an der Fulda und an zahlreichen anderen Orten wird an das jüdische (Land-)Leben in Hessen gedacht. Die noch existierenden baulichen Zeugen des jüdischen Lebens vor Ort bieten nicht nur Raum für kulturelle Veranstaltungen. Sie können als Gedenkstätten und

Lernorte genutzt werden, die einen Blick in das jüdische Leben in Hessen vor 1933 ermöglichen, aber auch die Geschichte der antisemitischen Verfolgung und oft genug der über Jahrzehnte verdrängten Erinnerung erzählen.

Eine Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern der Nazis leisten die Gedenkstätten an den Orten der frühen Konzentrationslager Breitenau in Nordhessen oder Osthofen im heutigen Rheinland-Pfalz. Mit einem Dokumentationsarchiv und Ausstellungen widmet sich darüber hinaus der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 in Frankfurt am Main der Erforschung und Vermittlung des Widerstandes. Hier sind auch Recherchen zur NS-Zeit in Hessen (und darüber hinaus) möglich. Wanderausstellungen zum Widerstand von jungen Menschen können hier entliehen werden und eignen sich gerade auch für den schulischen Kontext.

Die bereits erwähnte Gedenkstätte Breitenau (HLZ S.18) war aber nicht nur ein frühes KZ, sondern diente auch als eines von sechs in Hessen bekannten Arbeitserziehungslagern (AEL). Durch harte Bestrafung wurden hier insbesondere ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen unter KZ-Bedingungen diszipliniert und zum erneuten, bedingungslosen Arbeitseinsatz gefügig gemacht. Auch das Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf widmet sich dem Thema Zwangsarbeit und der Rüstungsindustrie während der NS-Zeit. Im Schwalm-Eder-Kreis befindet sich am Ort des größten Kriegsgefangenenlagers auf dem Gebiet Hessens die Gedenkstätte Trutzhain. Neben einer Dauerausstellung bildet der historische Ortskern mit der ehemaligen Lagerstraße und den erhaltenen und nach 1945 weitergenutzten ehemaligen Baracken des Kriegsgefangenenlagers sowie zwei Friedhöfen einen besonderen historischen Lernort. Er dokumentiert die völkerrechtswidrige Behandlung der Kriegsgefangenen aus ganz Europa, ihre Leiden, das Sterben und ihren Missbrauch zur Zwangsarbeit.

Erinnerungsinitiativen vor Ort

Vielen ist darüber hinaus die Gedenkstätte in Hadamar im Lahn-Dill-Kreis ein Begriff (HLZ S. 20). Hier wurde Ende 1940 die Landesheilanstalt Hadamar in eine Tötungsanstalt umgebaut. Man ermordete hier insgesamt etwa 15.000 Menschen in einer als Duschaum getarnten Gaskammer, mit überdosierten Medikamenten oder durch Hungerkost.

Aber nicht nur die hier genannten Gedenkstätten und Einrichtungen bieten Ansatzpunkte für historisch-politisches Lernen. In lokalen Geschichtswerkstätten wie in Marburg oder Offenbach, in den kleineren Erinnerungsinitiativen und Geschichtsvereinen finden sich zahlreiche Expertinnen und Experten, deren Wissen um lokale Geschehnisse, um lokale und regionale Quellen zur Geschichte der NS-Zeit einen besonderen Materialschatz für die Projektarbeit mit Schülerinnen und Schülern bilden kann. Oft waren sie es, die Zeitzeugen gekannt und interviewt haben oder Kontakte zu den Familien von Verfolgten haben.

Erinnerungsinitiativen und kleinere und mittlere Gedenkstätten bilden eine oft unbekannt, aber produktive Ressource für die historisch-politische Bildung in Hessen. Exkursionen innerhalb des Bundeslands vermeiden verglichen mit Exkursionen nach Dachau oder Buchenwald längere und teurere Anreisewege. Damit vergrößert sich das mögliche Zeitfenster zur Arbeit am historischen Ort. Dass sich in Hessen kein großes Konzentrationslager befand, ermöglicht aber da-



In der Kirche und den Räumen des ehemaligen Klosters Breitenau in Guxhagen wurden 1933 ein frühes KZ und 1940 ein Arbeitserziehungslager der Gestapo eingerichtet (HLZ S.18) (Foto: Gedenkstätte Breitenau)

rüber hinaus auch einen anderen Zugang zur NS-Geschichte. Gerade solche Themen, die oft vernachlässigt sind, können hier bearbeitet werden. Zu nennen wären hier z.B. Zwangsarbeit, Widerstand, Euthanasie, Kriegsgefangenschaft, das System der KZ-Außenlager oder die lange Geschichte jüdischen Lebens in Hessen.

Ein Besuch bzw. die Zusammenarbeit mit hessischen Gedenkstätten oder Erinnerungsinitiativen bietet aber noch einen weiteren Vorteil. Oftmals können direkte Bezüge zum Schulort oder zu den Heimatorten der Jugendlichen hergestellt und auf diese Weise Brücken in die Vergangenheit geschlagen werden. Geschichte spielt sich dann nicht nur an fernen Orten ab, sondern direkt vor der eigenen Haustür.

Thomas Altmeyer

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen (LAG Hessen) wurde 1999 in Marburg gegründet. Der Sprecherrat besteht aus *Thomas Altmeyer* (Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e. V.), *Fritz Brinkmann-Frisch* (Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf), *Renate Dreesen* (Arbeitskreis ehemalige Synagoge Pfungstadt und Denkzeichen Güterbahnhof Darmstadt), *Hans Gerstmann* (Gedenkstätte und Museum Trutzhain und Arbeitskreis Spurensuche im DGB) und *Dr. Gunnar Richter* (Gedenkstätte Breitenau). Einen Einblick in die hessische Gedenkstättenlandschaft bieten die Homepage der LAG www.erinnern-in-hessen.de und eine im Sommer 2014 erscheinende Informationsbroschüre. Eine Ausstellung über das „Erinnern an die NS-Zeit in Hessen“ ist in Arbeit.

Weitere Informationen zur Gedenkarbeit in Hessen bietet das Referat 2/III (Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Zeitgeschichte, Rechtsextremismus) der *Hessischen Landeszentrale für politische Bildung*. Dort können auch finanzielle Mittel für Gedenkstättenfahrten oder Zuwendungen für Projekte beantragt werden. Die Reihe „Hessische GeschichteN“ stellt seit 2012 darüber hinaus Menschen und Orte vor, die die Jahre 1933 bis 1945 näher beleuchten (www.hlz.hessen.de > Publikationen > Verzeichnis > Hessische GeschichteN).



Gedenkstätte Breitenau

Kloster, Arbeitshaus, KZ und Arbeitserziehungslager

Die Gedenkstätte Breitenau befindet sich rund 15 km südlich von Kassel in Guxhagen auf dem Gelände des ehemaligen Benediktinerklosters und späteren Arbeitshauses Breitenau. In der Gedenkstätte wird an die Opfer und Verfolgten des ehemaligen frühen Konzentrationslagers (1933/34) und des Arbeitserziehungslagers (1940-1945) der Geheimen Staatspolizei Kassel erinnert, die während der NS-Zeit parallel zum damaligen Arbeitshaus bestanden haben.

Geschichte Breitenaus während der NS-Zeit

Die Gedenkstätte ging aus einem Forschungsprojekt an der Gesamthochschule (Universität) Kassel hervor und wurde 1984 von der Gesamthochschule mit Unterstützung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in einem ehemaligen Klostergebäude in Breitenau eingerichtet. Seit 1986 wird die Gedenkstätte von einem Förderverein getragen und vom Land Hessen über die Hessische Landeszentrale für politische Bildung gefördert und auch vom Hessischen Kultusministerium (HKM) unterstützt. Darüber hinaus gibt es noch weitere Förderer und Unterstützer. In den übrigen Gebäuden auf dem Gelände befinden sich heute ein Wohnheim und eine Rehabilitationseinrichtung für seelisch kranke Menschen der Vitos Kurhessen.

Sowohl das frühe Konzentrationslager als auch das Arbeitserziehungslager während des Zweiten Weltkrieges waren

zentrale Haftstätten der Geheimen Staatspolizei für Gefangene aus dem gesamten Regierungsbezirk Kassel, der damals ganz Nord- und Osthessen (bis nach Hanau) umfasste. In dem frühen KZ, das neun Monate bestand, waren 470 überwiegend politische Gegner (Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter) aus etwa 140 hessischen Orten inhaftiert. Unter den Gefangenen befanden sich aber auch einzelne jüdische Männer, die aus rassistischen Gründen verfolgt worden sind. Während des Zweiten Weltkrieges waren etwa 7.000 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die sich dem Arbeitseinsatz widersetzt oder gegen NS-Verordnungen verstoßen hatten, in einem Arbeitserziehungslager inhaftiert. Sie sollten durch Misshandlungen, Terror und Schikanen für den bedingungslosen Arbeitseinsatz gefügig gemacht werden. Außerdem waren in dem Lager auch etwa 1.300 deutsche Gefangene inhaftiert, darunter politische Gegner, evangelische und katholische Geistliche, Menschen, die gegen NS-Normen verstoßen hatten, sowie Juden und Jüdinnen, die aus rassistischen Gründen verfolgt worden sind. Von diesen über 8.000 Gefangenen wurden etwa 1.800 in Konzentrationslager deportiert, so nach Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau, in das Frauen-KZ Ravensbrück und auch nach Auschwitz. Unter den nach Auschwitz Deportierten und Ermordeten befand sich *Lilli Jahn*, die Mutter des späteren Bundesjustizministers *Gerhard Jahn*. Unmittelbar vor Kriegsende ermordeten Gestapo und SS 28 Gefangene.

Außerschulischer Lern- und Bildungsort

In der Gedenkstätte befindet sich eine Ausstellung, die der Kasseler Künstler *Stephan von Borstel* gestaltet hat. An einem Modell kann man sich den Aufbau des damaligen Lagers verdeutlichen. Außerdem verfügt die Gedenkstätte über einen Medienraum und eine umfangreiche Bibliothek. Im Archiv befinden sich unter anderem die Aufnahmebücher der beiden Lager und fast 3.000 Originalakten von Gestapo-Gefangenen aus der Kriegszeit. Im Mittelschiff der ehemaligen Klosterkirche, das im 19. Jahrhundert für das Arbeitshaus zum Haftgebäude für Männer umgebaut wurde, sind wichtige Räumlichkeiten aus der NS-Zeit erhalten: Straf- und Isolierzellen, ein Dusch- und ein Waschraum, ein ehemaliger Aufenthalts- und Schlafsaal und der historische Dachboden der Kirche, auf dem am Kriegsende auch Gefangene untergebracht waren. Während das Mittelschiff der Kirche zur Inhaftierung von Gefangenen des frühen KZ und des späteren Arbeitserziehungslagers genutzt wurde, diente der Ostteil der Kirche, den man im 19. Jahrhundert durch eine Mauer abgetrennt hatte, bis Ende 1942 weiterhin als Gotteshaus für die evangelische Kirchengemeinde von Guxhagen.

Die Gedenkstätte bietet nach Voranmeldung Führungen und Studienbesuche für Schulklassen an. Zur pädagogischen Betreuung stehen neben dem hauptamtlichen Leiter und der pädagogischen Mitarbeiterin noch drei Lehrkräfte zur Verfügung, die vom HKM mit jeweils einem Schultag freigestellt wurden. Veröffentlichungen zur Vorbereitung eines Gedenk-



Die Dauerausstellung wurde in den 90er Jahren von dem Künstler *Stephan von Borstel* geschaffen (Foto: Gedenkstätte Breitenau)

stättenbesuches können auf der Homepage der Gedenkstätte heruntergeladen werden. Dort werden auch die Veranstaltungen der Gedenkstätte angekündigt.

Für den Besuch der Gedenkstätte mit einer Schulklasse sollten möglichst drei Stunden eingeplant werden. Es besteht auch die Möglichkeit, einen ganzen Studientag dort zu verbringen und projektorientiert zu arbeiten. Der Verlauf eines Gedenkstättenbesuchs kann individuell abgesprochen werden. Bewährt hat sich die Einführung mit dem Einführungsfilm gefolgt von einem Rundgang durch das ehemalige Lagergelände, einer eigenständigen Akten- und Materialarbeit und einem gemeinsamen Besuch der Dauerausstellung.

Der Einführungsfilm mit einem Überblick über die Geschichte Breitenaus vom Kloster bis in die Gegenwart dauert 25 Minuten. Zu sehen sind dabei auch sieben kurze Interviews mit zwei deutschen und fünf ausländischen ehemaligen Gefangenen. Am Ende wirft der Film auch die Frage des Umgangs mit dem Geschehen während der NS-Zeit nach 1945 auf. Der Rundgang umfasst sowohl den Kirchenteil, der auch heute als Gemeindekirche dient, als auch das Mittelschiff mit den genannten Räumen. Gegenstand des Rundgangs sind auch die Texte von Gefangenen und Berichte über die Gespräche mit ehemaligen Gefangenen über ihre Haftbedingungen.

Entdeckend-forschendes Lernen

Im Anschluss an den Rundgang haben die Schülerinnen und Schüler Zeit, sich im Sinne des entdeckend-forschenden Lernens eigenständig mit Einzelschicksalen von Gefangenen, mit verschiedenen Aspekten der Lagergeschichte und mit regionalen Bezügen zu ihrer Heimatregion auseinanderzusetzen. Die umfangreiche Dokumentensammlung besteht aus Regionalordnern zu allen nord- und osthessischen Kreisen, aus denen in der NS-Zeit Gefangene nach Breitenau kamen, und aus Kopien von Gefangenenakten, die die vielfältigen Haftgründe und Verfolgengruppen anhand von Einzelschicksalen darstellen. Darüber hinaus gibt es 60 Informationsordner zu einzelnen deutschen und ausländischen Gefangenen mit Interviews, Beiträgen und Berichten über deren Schicksal sowie eine Zusammenstellung von Akten ehemaliger Gefangener aus mehr als 30 hessischen Städten, Gemeinden und Regionen. So können sich beispielsweise Schülerinnen und Schüler aus Kassel, Marburg, Fulda, Hanau und vielen anderen Orten des damaligen Regierungsbezirkes mit zusätzlichen Einzelschicksalen von Gefangenen aus ihren Heimatorten befassen. Darüber hinaus gibt es auch mehrere Informationsmappen zu Tätern und Mittätern, insbesondere zu Angehörigen der ehemaligen Geheimen Staatspolizei Kassel. Die Gedenkstätte verfügt zudem über eine umfangreiche Bibliothek mit vielen regionalgeschichtlichen Veröffentlichungen zur NS-Zeit aus ganz Hessen. Inzwischen sind viele eindrucksvolle Beispiele von kleineren Ausstellungen entstanden, in denen Schülerinnen und Schüler Einzelschicksale von Gefangenen dargestellt haben oder auch der Frage nachgegangen sind, wie sich die NS-Zeit in ihrem Heimatort ausgewirkt hat und welche Gefangenen von dort im frühen KZ oder im Arbeitserziehungslager Breitenau inhaftiert waren. Der Gedenkstättenbesuch eignet sich auch für die Fächer Religion, Ethik, Deutsch und Kunst. Auch bei Hausarbeiten oder Präsentationen zur Geschichte Breitenaus sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte gerne bereit, beratend und unterstützend mitzuwirken.



Schülerinnen und Schüler der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Kassel erarbeiten an einem Studientag in Breitenau eine Ausstellung. (Foto: Gedenkstätte Breitenau)

Dauerausstellung verbindet Kunst und Geschichte

Die Dauerausstellung der Gedenkstätte Breitenau wurde in den 90er Jahren von dem Künstler *Stephan von Borstel* geschaffen und stellt eine außergewöhnliche Verbindung von Kunst und Geschichte dar. Sie möchte zudem dazu anregen, über die Beschäftigung mit der Geschichte Breitenaus hinaus auch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und für Menschenwürde, Gleichberechtigung und Toleranz einzutreten.

Dr. phil. Gunnar Richter

Der Autor ist Lehrer für Gesellschaftslehre und Kunst sowie Leiter und Mitbegründer der Gedenkstätte Breitenau. Er hat über die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Breitenau (1940-45) promoviert und ist Mitglied der bundesweiten Arbeitsgruppe Gedenkstättenpädagogik und des Sprecherrates der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen (HLZ S.16).

- **Kontakt:** Gedenkstätte Breitenau, Brückenstr. 12, 34302 Guxhagen, Tel. 05665-3533, Fax: 05665-1727, E-Mail: gedenkstaette-breitenau@t-online.de
- **Öffnungszeiten und Anmeldung:** Montag bis Freitag von 9 bis 13 und 14 bis 16 Uhr, Sonntag von 13 bis 17 Uhr. Um 14.30 Uhr findet sonntags eine kostenlose Führung für Einzelbesucher statt. An Feiertagen bleibt die Gedenkstätte geschlossen. Gruppen müssen sich telefonisch anmelden. Eintritt und Führungen sind kostenlos.
- Weitere Informationen, Literaturhinweise und das Leseheft von Gunnar Richter über die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen bei Kassel (Verlag Winfried Jenior Kassel 2002) findet man auf der Homepage www.gedenkstaette-breitenau.de.

Opfer der Euthanasie-Verbrechen

Gedenkstätte Hadamar erinnert an 15.000 ermordete Menschen

Die Gedenkstätte Hadamar erinnert seit nunmehr 30 Jahren an die NS-Euthanasie-Morde in der Landesheilanstalt Hadamar in der Zeit von 1941 bis 1945. In jener Zeit sind dort etwa 15.000 Männer, Frauen und Kinder ermordet worden. Hintergrund war die damals weit verbreitete Einstellung, psychisch Kranke und geistig behinderte Menschen hätten weniger oder keinen Anspruch auf das Leben. Im Oktober 1939 hatte Adolf Hitler den Befehl zum Mord an diesen Menschen gegeben. Im Rahmen der NS-Euthanasie-Verbrechen wurden insgesamt etwa 200.000 Menschen getötet, die als sogenannten „lebensunwertes“ Leben galten.

In der „ersten Mordphase“ vom Januar bis August 1941 wurden über 10.000 Menschen in der Tötungsanstalt Hadamar vergast und anschließend im Krematoriumsraum eingäschert. Nach Abbruch der Gasmorde begann 1942 die „zweite Mordphase“. Dieser Phase, die bis Kriegsende andauerte, fielen etwa 4.500 Menschen zum Opfer. Die Patientinnen und Patienten starben durch Überdosierungen von Medikamenten, Hungerkost oder unterlassene Hilfeleistung. Unter den Opfern der „zweiten Mordphase“ befanden sich auch tuberkulöse Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, „halbjüdische“ Kinder, durch den Bombenkrieg traumatisierte Menschen sowie psychisch kranke Wehrmacht- und SS-Angehörige. Die Leichen wurden in Massengräbern auf dem Anstaltsfriedhof verscharrt. Um die Verbrechen zu verschleiern, wurden die Massengräber als Einzelgräber getarnt. Am 26. März 1945 befreiten Soldaten der US-Streitkräfte die Mordanstalt.

Nachdem das Gebäude der Tötungsanstalt zunächst wieder als Teil der psychiatrischen Klinik Hadamar genutzt worden war, wurde in einem Gebäudetrakt 1983 die Gedenkstätte Hadamar als erste „Euthanasie“-Gedenkstätte eröffnet. Sie

befindet sich in der Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Neben den historischen Kellerräumen mit der ehemaligen Gaskammer sowie dem Krematoriumsraum ist die frühere Busgarage erhalten und begehbar. Darüber hinaus informiert eine Ausstellung über die Geschichte und den historischen Ort. Auch der ehemalige Anstaltsfriedhof, der 1964 zu einer Gedenklandschaft umgestaltet wurde, kann besichtigt werden.

Das pädagogische Angebot der Gedenkstätte

Das pädagogische Angebot der Gedenkstätte Hadamar spiegelt das Selbstverständnis als Ort der historisch-politischen Bildungsarbeit wider. Seit 1989 werden regelmäßig begleitete Rundgänge über einen Zeitraum von drei Stunden sowie Studientage, die zwischen fünf und sechs Stunden dauern, angeboten. Mehrtägige Projektstage, kulturelle und fachwissenschaftliche Veranstaltungen oder Sonderausstellungen gehören ebenfalls zum Angebot der Gedenkstätte.

Eine besondere Zielgruppe sind Kinder ab neun oder zehn Jahren, für die ein eigenes Konzept entwickelt wurde. Theaterpädagogische Zugänge und kreative Arbeitsweisen bilden den Mittelpunkt der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Thema NS-Euthanasie-Verbrechen.

Neben der Vermittlung von historischen Fakten steht im Zentrum immer auch das Bemühen, sich der Opfergruppe geistig behinderter oder psychisch kranker Menschen empathisch anzunähern, ohne die Besucherinnen und Besucher emotional zu überwältigen. Der Gegenwartsbezug fehlt in keinem der Angebote. Die Gruppen werden schwerpunktmäßig von ausgewählten freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut. Diese werden intensiv auf die Arbeit mit Gruppen vorbereitet. Das bedeutet, dass sie nicht nur inhaltlich angeleitet werden, sondern auch methodisch-didaktisch, um entsprechend die Rundgänge zu gestalten. Gruppenbesuche müssen unter allen Umständen angemeldet werden.

Regina Gabriel und Claudia Schaaß

Hinweis auf Literatur:

Uta George, Georg Lilienthal, Volker Roelcke, Peter Sandner und Christina Vanja (Hg.): Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum. Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien Band 12. Marburg 2006.

Regine Gabriel: Theaterpädagogisches und gestalterisches Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen in der Gedenkstätte Hadamar. In: Handbuch Nationalsozialismus und Holocaust. Historisch-politisches Lernen in der Schule, außerschulischer Bildung und Lehrerbildung. Schwalbach/Ts. 2013, S. 399-410.

Die Gedenkstätte Hadamar (Mönchberg 8, 65589 Hadamar) ist dienstags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr und freitags von 9 bis 13 Uhr geöffnet. An jedem 1. und 3. Sonntag des Monats findet um 14.30 Uhr eine öffentliche Führung statt. Weitere Informationen: Tel. 06433-917-172, Fax: -175, E-Mail: gedenkstaette-hadamar@lww-hessen.de, Internet: www.gedenkstaette-hadamar.de



Theaterperformance im Rahmen der gedenkstättenpädagogischen Arbeit in Hadamar (Foto: Gedenkstätte Hadamar)

Lehrpfad in die Geschichte

Jüdische Zwangsarbeiterinnen bauten „die Rollbahn“

In Walldorf gibt es einen Lehrpfad, der von einer jährlich wechselnden Abiturklasse der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf betreut wird. Er erzählt die Geschichte des KZ-Außenlagers Walldorf, die Jahrzehnte lang verleugnet wurde, eine Geschichte, die nicht zuletzt von einer Schulklasse dieser Gesamtschule wieder lebendig gemacht wurde.

Wer weiß schon, wenn er von Frankfurt aus in Urlaub fliegt, dass die Fundamente der ersten Rollbahn des Flughafens ab August 1944 unter Beteiligung von 1.700 aus dem KZ Auschwitz angeforderten jüdischen Mädchen und Frauen gelegt wurden? Wer weiß schon, dass die 1.700 Frauen für die Firma Züblin arbeiteten, einen Baukonzern, der in Frankfurt gerade für voraussichtlich 1,3 Milliarden Euro mit Hilfe polnischer und bulgarischer Subunternehmen die Europäische Zentralbank errichtet? Wer weiß schon, dass zur Unterbringung der Frauen in Walldorf direkt am Flughafen ein KZ eingerichtet wurde, das der SS unterstellt war? An die SS als damaligen Subunternehmer zahlte Züblin damals vier Mark pro Tag für jede Frau. Der Konzern fühlt sich bis heute nicht dafür verantwortlich, dass die „Arbeitskleidung“ mancher Frauen im Winter 1944 aus Sommerkleidchen bestand. Sie trugen sie im August 1944, als sie in Viehwaggons herangekarrt wurden. Auch dass sie sich gegen die Kälte mit dem Papier von Zementsäcken schützten, interessierte nicht. Ob sie Schuhe hatten, auch nicht. Hunger war der tägliche Begleiter. Prügelstrafen erwarteten die, die eine Kartoffel aus der Küche entwendeten. Einige Frauen wurden zu Tode gequält. Bis heute hört man von Züblin auch nicht ein einziges Wort des Bedauerns. Als die Alliierten näher rückten, wurden die Frauen ins Vernichtungslager Ravensbrück transportiert. Nur 200 überlebten.

Cornelia Rühlig, die Stadthistorikerin, und eine Schulklasse machten sich in den 1990er Jahren auf die Suche nach Überlebenden. Eine Klassenfahrt führt nach Ungarn, wo noch einige der Frauen leben. Die Schulklasse bittet Züblin um ein Zeichen der Wiedergutmachung. Sie erhält keine Antwort. Im November 2000 treffen 19 der ehemaligen KZ-Häftlinge in Walldorf ein. Sie kamen auf Einladung der Stadt aus Ungarn, Schweden, Israel und den USA. Sie erzählten, was sie erlebt hatten. Die Frauen wurden in Auschwitz für den Arbeitseinsatz selektiert. Sie durften nicht zu jung sein und nicht zu schwach. Die 13-jährige Vera Dotan entkam dem Gas nur, weil ihre Mutter sie für älter ausgab. 2008 besuchte sie mit ihrer Enkeltochter die Stätte ihres Leidens und den Geschichtslehrpfad in Walldorf (siehe Foto). Die Schülerinnen und Schüler lernen die Geschichte Deutschlands auf eine erschütternde Art kennen und sie leiden mit.

All das haben Malte Rauch, Berhard Türcke und Eva Voosen in einem bewegenden Film dokumentiert. Auch die Worte von Dr. Petersen, des Abgesandten der Firma Züblin, der angesichts der schrecklichen Schilderungen und der bohrenden Fragen freundlich versicherte, dass er nicht mehr tun könne als zuhören. Firmen hätten eben ihre eige-



Die ungarische Jüdin Vera Dotan besuchte 2008 mit ihrer Enkelin (2. von links) und Schülern der Gesamtschule die Stätte des KZ-Außenlagers und den Geschichtslehrpfad. (Foto: Bertha-von-Suttner-Schule)

nen Regeln. „Wir setzen Maßstäbe“, heißt es auf der Website des Konzerns. Wenn die Geschichte der ersten Rollbahn nicht durch die Medien gegangen wäre, wäre Herr Petersen gar nicht erst erschienen.

Magda Hollander-Lafon war eine der Frauen des KZ-Außenlagers Walldorf. Sie lebt in Frankreich. Als sie vom Ausspruch eines französischen Faschisten erfährt, dass in Auschwitz nur Läuse vergast worden seien, entschließt sie sich, ihre Erinnerungen in einem Buch niederzulegen. In Frankreich wurde sie für dieses Buch ausgezeichnet. Es erreichte eine hohe Auflage und wurde in mehrere Sprachen übersetzt, darunter im September 2013 ins Deutsche. In Deutschland dagegen ist es ziemlich still. Magda Hollander-Lafon kommt im September 2014 auch in die Rhein-Main-Region, um ihr Buch vorzustellen. Aus diesem Anlass soll auch der Film „Die Rollbahn“ gezeigt werden. Schülerinnen und Schüler der Bertha-von-Suttner-Schule Mörfelden-Walldorf haben ihre Teilnahme zugesagt. Genaue Angaben folgen in der nächsten HLZ.

Der 90-minütige Film eignet sich hervorragend für Schulklassen, die sich auf lebendige und eindrucksvolle Art mit einer Geschichte befassen wollen, die noch nicht vergangen ist. Er kann als DVD über malte.rauch@gmx.de für 20 Euro bestellt werden. Mehr über den Film erfährt man unter www.basisfilm.de/rollbahn/11_pm_rollb.pdf.

Rainer Roth

Magda Hollander-Lafon: Vier Stückchen Brot. Eine Hymne an das Leben. Verlag adeo 2013, 144 Seiten, 12,99 Euro



Lehrkräftemangel in Hessen

Zugespitzte Situation an den beruflichen Schulen

Aus einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom Sommer 2009 geht hervor, dass in Deutschland zwischen 2010 und 2020 jährlich 25.000 bis 30.000 Lehrkräfte in Pension gehen, der größte Teil davon in den alten Bundesländern. Eine Arbeitsgruppe des Hessischen Kultusministeriums (HKM) kam zu dem Ergebnis, dass in Hessen „akut 624 Berufsschullehrkräfte“ fehlen (FR vom 8. 9. 2010). Die Kultusministerkonferenz (KMK) erstellte eine „Modellrechnung Lehrereinstellungsbedarf“ für die Jahre 2010 bis 2020:

„Insbesondere bei den Lehrämtern für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen ist bei durchschnittlich 2.600 kalkulierten Neubewerbern im Verhältnis zum Einstellungsbedarf von jährlich etwa 3.400 Lehrkräften in den Jahren 2010 bis 2020 eine beträchtliche Unterdeckung zu erwarten. Der Einstellungsbedarf kann demnach im Durchschnitt nur zu 79% gedeckt werden. Die Lücke zwischen Nachfrage und

Angebot beträgt jährlich etwas über 700 Lehrkräfte. (...) Eine schwierige Situation zeichnet sich hinsichtlich der Bedarfsdeckung im Bereich der Fachlehrer und Lehrer für Fachpraxis ab. (...) Der kumulierte Deckungsgrad für den gesamten Zeitraum beträgt damit 78%.“ (1)

Mehr Lehrkräfte ohne Lehramt

Dieter Staudt und Ralf Becker haben die Entwicklung der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte für die Schuljahre 1999/2000 bis 2012/13 an den beruflichen Schulen in Hessen auf der Grundlage der Daten des Statistischen Landesamtes nach Lehramt bzw. Lehrbefähigung zusammengestellt. In diesem Zeitraum stieg die Gesamtzahl der Lehrkräfte um rund 20% von 7.899 auf 9.486. Der Anteil der Lehrkräfte mit Lehramt an beruflichen Schulen stieg von 5.053 auf 5.095 und war somit nahezu konstant. Damit verringerte sich ihr Anteil in den Kollegien innerhalb von 13 Jahren von 64% auf 54%!

Die Zahl der Fachlehrerinnen und Fachlehrer ging um 15% von 1.425 auf 1.208 zurück. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Lehrkräfte mit allgemeinbildenden Fächern von 874 auf 1.425, also um 63%. Den stärksten Anstieg verzeichnete die Zahl der Lehrpersonen ohne eine qualifizierte pädagogische Ausbildung: Sie stieg von 547 auf 1.758, hat sich somit mehr als verdreifacht! Es gibt keine andere Schulform mit einer vergleichbaren massiven Verschiebung des Lehrkräftepersonals!

Die HLZ 4/2014 berichtete über die Entwicklung der Schülerzahlen in Hessen und den „demografischen Wandel“. Tatsächlich ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen Hessens seit dem Schuljahr 2007/08 nur geringfügig von 185.866 auf 182.689 im Schuljahr 2012/13 zurück. Rückläufig war die Zahl der Jugendlichen in der Teilzeitberufsschule mit zehn bis zwölf Wochenstunden (-7.700), während die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Beruflichen Gymnasium, deren Stundentafel 34 bis 36 Unterrichtsstunden umfasst, um ca. 4.000 zunahm. Bei 25 Schülerin-

nen und Schülern pro Klasse werden so 100 zusätzliche Lehrerstellen benötigt.

Der Schülerrückgang in den Teilzeitschulformen und die Zunahme in den Vollzeitschulformen haben einen erhöhten Personalbedarf zur Folge, der nur durch fachlich und pädagogisch qualifiziert ausgebildete Lehrkräfte gedeckt werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen (AGD) und die GEW Hessen weisen seit Jahren auf diese Missstände hin und fordern, gegenzusteuern und diese Misere umgehend zu beseitigen.

Kürzungen an Studienseminaren

Seit 2011 finden massive Sparmaßnahmen im Lehrerbildungsbereich statt: 68 Millionen Euro im Bereich des HKM, davon 30 Millionen Euro im Bereich der Lehrerbildung, die nur zwei bis drei Prozent des HKM-Etats ausmacht. Gespart wurde vor allem bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Von 2009 bis 2012 waren im halbjährlichen Einstellungsverfahren für den pädagogischen Vorbereitungsdienst 12 bis 14% aller Ausbildungsplätze für berufliche Schulen vorgesehen. Bei 106 beruflichen Schulen entsprach dies einer oder zwei Stellen pro Schule. In dieser Zeitspanne gab es jeweils 110 bis 160 Bewerber, so dass mindestens 7, höchstens 64 Stellen unbesetzt blieben.

Beim Einstellungstermin am 1. 11. 2011 gab es 156 Bewerber. Zu Beginn des Hauptverfahrens erhielten nicht alle Bewerber der beruflichen Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung ein Einstellungsangebot. Dies führte auch in anderen Fachrichtungen zur Verunsicherung, so dass insgesamt nur 100 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) und 26 Quereinsteiger eingestellt werden konnten.

Beim Einstellungstermin am 1. 11. 2013 waren (ohne Begründung) nur 9% aller Ausbildungsplätze für berufliche Schulen vorgesehen. Von jetzt 115 Haushaltsstellen wurden 100 besetzt, 15 Plätze blieben unbesetzt. Bei einer Quote von 12% wie in der Vergangenheit wären 50 Plätze unbesetzt. Und auch

GEW-Fachgruppe fordert „Offensive Lehrkräftenachwuchs“

Bedingt durch den eklatanten Mangel an qualifizierten Nachwuchslehrkräften an den beruflichen Schulen Hessens und die Untätigkeit bzw. Verschleierung der Missstände durch das Hessische Kultusministerium ist die Landesregierung dringend aufgefordert, eine Bildungsinitiative „Lehrkräftenachwuchs an beruflichen Schulen Hessens“ zu starten. Dazu müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. In der Öffentlichkeit muss die Landesregierung für die berufliche Perspektive eines Lehramts an beruflichen Schulen werben. Ebenso muss auf die derzeitigen hervorragenden Einstellungsbedingungen hingewiesen werden, um auch kurzfristig Bewerber für die LiV-Ausbildung zu gewinnen. Die GEW-Landesfachgruppe Berufliche Schulen plant für das Frühjahr 2015 die Durchführung einer Fachtagung mit dem Schwerpunkt Nachwuchssicherung und Weiterqualifizierung von Lehrkräften an den beruflichen Schulen Hessens.

(aus dem Beschluss der Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen vom 28. und 29. 3. 2014)

diese Quote läge noch weit unter dem Anteil der Lehrkräfte an beruflichen Schulen an der Gesamtzahl der Lehrkräfte von 16%. Durch diese Zahlentricks kann man den eklatanten Mangel an Nachwuchslehrkräften kaschieren und einen eklatanten Mangel gar als Überbesetzung verkaufen.

Zum 1.5. 2014 wurde die Zahl der LiV-Stellen erneut reduziert, für den Lehrkräftenachwuchs an beruflichen Schulen waren nur 100 Ausbildungsstellen reserviert, also weniger als eine Stelle pro berufliche Schule. 70 Bewerbungen im Hauptverfahren und 40 Bewerbungen im Nachrückverfahren führten zu einer rechnerischen „Überbesetzung“ von 10%.

Die LiV an den Studienseminaren für die beruflichen Schulen Hessens sind zum Einstellungstermin durchschnittlich 37 Jahre alt. Somit geht alle zehn Jahre ein Drittel aller Lehrkräfte an beruflichen Schulen in Pension. Der sich dadurch ergebende enorme kontinuierliche Personalbedarf bedarf einer langfristigen Planung und die entsprechenden Ressourcen müssen zur Verfügung gestellt werden!

Forderungen

Der an den beruflichen Schulen Hessens herrschende Mangel an qualifiziert ausgebildeten Lehrkräften muss dringend beseitigt werden. Der kontinuierlichen Abqualifizierung des Lehrpersonals ist gegenzusteuern und die derzeitige Misere muss schnellstmöglich beendet werden:

- Wir brauchen Maßnahmen zur Nachqualifizierung des fachlich und pädagogisch nicht oder nur unzureichend ausgebildeten Personals.
- Das Lehramt an beruflichen Schulen muss für Quereinsteiger interessanter werden. Quereinsteiger müssen bei angemessener Freistellung vom Unterricht und bei angemessener Bezahlung während der Ausbildung fundiert und zukunftsweisend ausgebildet werden.
- Werbemaßnahmen müssen in den Abgangsklassen der Sekundarstufe II beginnen und an den Hochschulen und Universitäten fortgesetzt werden.
- Am 1. März 2014 trat das neue Hessische Beamtenbesoldungsgesetz in Kraft, das bei einem höheren Einstellungsalter zu gravierenden Verlusten bei der Einstiegsbesoldung führt. Nach §29 können „weitere Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit, die nicht Voraussetzung für den Erwerb der Laufbahnbe-



Eine Woche lang setzten sich Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschule Am Dohlberg in Büdingen praktisch und theoretisch mit Schweißtechniken auseinander. In der Schweißwerkstatt der Beruflichen Schule in Nidda war höchste Konzentration gefragt, wenn die Schweißnähte eine gute Qualität haben sollten. Das Praktikum ist Teil des Programms „XENOS – Integration und Vielfalt“. Es soll Demokratiebewusstsein und Toleranz stärken und Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abbauen. Dabei geht es vor allem um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. (www.xenos-hessen.de). (Foto: XENOS)

fähigung sind, (...) ganz oder teilweise anerkannt werden, soweit diese für die Verwendung förderlich sind.“ Die GEW und Personalversammlungen von Studienseminaren für berufliche Schulen fordern eine einheitliche und verbindliche Handhabung dieser Regelung.

- Kurzfristig müssen besondere Maßnahmen ergriffen werden, um den besonders hohen Bedarf an Lehrkräften in den Berufsfeldern Metall, Elektro, Informatik und in mehreren Mangelfächern abzudecken.

Bedingt durch maßlose Sparmaßnahmen an den Studienseminaren haben sich die Quantität und die Qualität der Ausbildung massiv verschlech-

tert. Sie führten zu einer Halbierung der Ausbildungsressourcen und zu einer hochgradigen Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen der LiV und der Arbeitsbedingungen der Ausbilderinnen und Ausbilder. Anstatt den Mangel zu kaschieren, muss eine Ausbildungs-offensive gestartet werden!

Es geht um nichts Geringeres als die Zukunftssicherung der beruflichen Schulen Hessens!

Jürgen Stockhardt

Fachleiter am Studienseminar für berufliche Schulen in Darmstadt

(1) KMK-Dokumentation 201, S.16 ff., www.kmk.org > Statistik > Schule >

Schulsozialarbeit im Fokus

Vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen informiert ein neues Dossier des Deutschen Bildungsservers über Jugendsozialarbeit an Schulen. Es verlinkt auf zahlreiche Publikationen und Expertisen von Ministerien, Forschungseinrichtungen und Interessensverbänden zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Allgemeinen. Zugleich wirft die Informa-

tionssammlung einen genauen Blick auf die Situation der Schulsozialarbeit in den Bundesländern, zum Beispiel auf die jeweiligen rechtlichen Regelungen und die maßgeblichen Akteure. Nicht zuletzt beleuchtet das Dossier das Berufsbild der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und bietet Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen zu recherchieren.

- www.bildungsserver.de/Schulsozialarbeit-10817.html

Was kommt nach SchuB und EIBE?

Mit Ende des Schuljahrs 2014/15 werden sowohl die SchuB-Maßnahmen (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb) als auch das EIBE-Programm (Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt) beendet. Da sie aber als erfolgreich gelten und CDU und Grüne nach dem Wortlaut der Koalitionsvereinbarung sogar eine Ausweitung von SchuB auf alle Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule wollen, strickt man im Hessischen Kultusministerium (HKM) derzeit an einer Fortsetzung unter Einbeziehung von Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds, die allerdings um rund 10 Prozent gekürzt werden. SchuB und EIBE sollen – mit dem Schwerpunkt der Prävention in der Sekundarstufe I – zu einem Projekt zusammengefasst werden, das sich in zwei Phasen gliedert:

Phase A in der Sekundarstufe I

Zielgruppe sind Jugendliche, deren Hauptschulabschluss gefährdet ist. Sie sollen den Abschluss und die „Ausbildungsreife“ erreichen. Die SchuB-Klasse soll die Jahrgänge 8 und 9 mit bis

zu 18 Schülerinnen und Schülern umfassen; eine Mindestgrößen ist bisher nicht festgelegt. An drei Tagen erfolgt der Unterricht in der Schule und an zwei Tagen das Praktikum im Betrieb oder in einer berufsbildenden Schule. Pro Gruppe sollen 35 Lehrerstunden zugewiesen werden. Für die Betreuung durch eine sozialpädagogische Fachkraft soll jede Schule eine halbe Stelle erhalten, insgesamt sind 42 Stellen vorgesehen. Damit könnten die Maßnahme in etwa im Umfang der bisherigen SchuB-Klassen fortgeführt werden. Ob die integrierten SchuB-Maßnahmen an Gesamtschulen fortgeführt werden können, ist noch unklar.

Phase B in der Beruflichen Schule

Zielgruppe für die Phase B sind Abgänger aus Phase A ohne Hauptschulabschluss und andere Jugendliche ohne Abschluss. An vier Tagen erfolgt der Unterricht in der Schule, an einem Tag im Betrieb. Die Zuweisung von 31,3 Lehrerstunden pro Gruppe entspricht der von EIBE I. Geplant sind 84 Gruppen mit je einer Viertelstelle für eine

sozialpädagogische Fachkraft. Die Jugendlichen sollen ein Jahr in der Maßnahme verbleiben, mit nur einer möglichen Wiederholung maximal zwei Jahre. EIBE II oder ähnliches für Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss soll es nicht mehr geben. Sie sollen in die erste Stufe der (bisher nur als Modell existierenden) gestuften Berufsfachschule gehen können.

Finanzierung und Zeitplan

Um den bürokratischen Aufwand für die Schulen zu verringern, plant das Kultusministerium, die sozialpädagogische Betreuung aus ESF-Mitteln und die Lehrerstunden aus Landesmitteln zu finanzieren. Gelder für Sachmittel werden reduziert zur Verfügung stehen, aber aus Landesmitteln ohne die bürokratischen Vorgaben des ESF. Bis Frühjahr 2014 soll die Endabstimmung im HKM und danach mit dem Sozialministerium abgeschlossen sein. Nach der Vorstellung in den Schulämtern und der Ausschreibung im Amtsblatt im ersten Quartal 2015 könnten die Maßnahmen im Schuljahr 2015/16 beginnen.

Das Handeln der Bildungsverwaltung

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Bundesfachgruppe machten sich auch die Mitglieder der hessischen GEW-Landesfachgruppe Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung auf den Weg, ihre Vorstellungen für das „Handeln der Bildungsverwaltung“ zu beschreiben. Die HLZ dokumentiert ihren Beschluss vom 22. Mai 2014 in leicht gekürzter Form:

Die Grundlagen für das Handeln der Bildungsverwaltung sind durch die Wertvorstellungen im Grundgesetz und in der Landesverfassung bestimmt. Der Grundgesetzauftrag, gleiche Chancen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern, steht im Mittelpunkt der Tätigkeit der Bildungsverwaltung. Da die Sicherstellung von Qualität und Vergleichbarkeit der Arbeit in den Schulen verfassungsrechtlichen Rang hat, ist Ziel des Handelns der Bildungsverwaltung, für alle Schülerinnen und Schü-

ler vergleichbare Bildungschancen zu garantieren und verantwortlich dazu beizutragen, die Qualität von Erziehung und Unterricht in den Schulen zu gewährleisten und zu fördern. Dabei werden die Ergebnisse der internen und externen Evaluation genutzt.

Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Schulen und der Bildungsverwaltung müssen klar definiert und gesichert werden. Die Bildungsverwaltung umfasst im Zuge der Entwicklung zu mehr Eigenverantwortlichkeit im Rahmen der Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht Beratung und Unterstützung sowie Intervention als Ultima Ratio. Entscheidungen der Schulen können nur aufgehoben oder geändert werden, wenn sie gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder pädagogische bzw. fachliche Grundsätze verstoßen.

Die untere Ebene der Bildungsverwaltung versteht sich als die nächste

und direkte Ansprechpartnerin für die Schulen, in besonderem Maße für die Schulleiterinnen und Schulleiter. Sie ist zugleich Berichterstatte über gravierende Veränderungen, die einer generellen Lösung bedürfen.

Die untere Ebene der Bildungsverwaltung ist mitverantwortlich für die Vernetzung von Bildungs-, Unterstützungs- und Fördereinrichtungen vor Ort. Deshalb muss sie regionalisiert sein und eigenverantwortlich handeln können. Die Bildungsverwaltung unterliegt einem beschleunigten Wandel zu einem Dienstleister der Schulen und ihrer größer werdenden Verantwortlichkeit. Deshalb ist eine erweiterte Qualifizierung und Professionalisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig.

Da die Bildungsverwaltung gute Arbeit leisten muss und will, ist angesichts vieler Arbeitsbereiche eine angemessene Personalausstattung notwendig.

GEW und Inklusion: Eine Entgegnung

HLZ-Leser Peter Puschner, Förderschullehrer an der Seebergschule in Bensheim und GEW-Mitglied, nimmt „viele Kommentare der GEW zum Thema Inklusion als sehr oberflächlich und extrem einseitig“ wahr, unter anderem auch die Auswahl der Beiträge in der HLZ-Schwerpunktausgabe 5/2014. Die HLZ veröffentlicht seinen Brief im Wortlaut.

Wenn ich in letzter Zeit Stellungnahmen der GEW lese, muss ich mich offenbar schämen zuzugeben, dass ich als Förderschullehrer an einer Schule (Seebergschule Bensheim und Mörlenbach) mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung arbeite. Dennoch stehe ich dazu, dass ich diese Schulform für unverzichtbar halte.

So fragt beispielsweise Christoph Baumann in seinem Kommentar „Schwarz-grüner Schulfrieden“ (HLZ 3/2014): „Wo sind die Eltern, die ihre Kinder auf eine Förderschule schicken wollen?“ Diese Aussage ist eine absolute Herabsetzung der Arbeit, die an vielen Förderschulen geleistet wird. Aber nicht nur die Förderschulen werden durch solche Aussagen getroffen. Wir erleben vermehrt, dass Eltern sich ganz bewusst für die Beschulung ihrer Kinder in einer Förderschule entscheiden und sich dafür immer häufiger rechtfertigen müssen. Teilweise geraten sie geradezu unter Druck, weil sie hierfür fast schon angefeindet werden. Ich könnte eine ganze Liste von Eltern vorlegen, die sich bewusst gegen die inklusive Beschulung entscheiden und froh sind, dass es die Möglichkeit der Förderung in einer Förderschule gibt. Daher frage ich mich, auf welche Studie oder welche Informationen sich diese oben zitierte Frage bezieht. In den Weinheimer Nachrichten erschienen im vergangenen Jahr zwei Leserbriefe von Eltern, die ihre Kinder bewusst auf eine Förderschule schicken möchten. Dort heißt es unter anderem:

„Die pauschale negative Bewertung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen erschreckt mich. Sie zeigt mir, dass die positiven Veränderungen, die solche Einrichtungen in den letzten Jahren vollzogen haben, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Unser Kind würde in unserem ‚traditionellen‘ Schulsystem vollkommen untergehen. Schon allein die große Klassenstärke wäre eine

totale Überforderung. Gut, dass es da das Schulkonzept zum Beispiel der Seebergschule gibt. (...) Inklusion ist wichtig, aber nicht um jeden Preis und an den Bedürfnissen des ‚Einzelnen‘ vorbei.“ (Heike Grün, Birkenau)

„Unsere Tochter war bis zu ihrem Tod vor 19 Jahren in der Seebergschule in Bensheim und hat dort alle nur möglichen Förderungen erhalten. (...) Dieses auf die speziellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abgestimmte Schulsystem strebt ein möglichst unabhängiges, selbstbestimmtes Leben an und ermöglicht hierdurch eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.“ (Michael Kilian, Fürth)

Niemand von uns möchte die inklusive Beschulung verhindern, wenn diese gewünscht wird. Auch die Seebergschule hat eine Außenklasse und richtet zum nächsten Schuljahr eine weitere ein. Zusätzlich betreuen und unterstützen wir auch gerne Kinder, die inklusiv beschult werden. Es gibt aber auch Kinder, die den Schonraum einer Förderschule benötigen und das Recht auf diesen nutzen möchten. Nicht jeder sieht Schonraum als etwas Schlechtes an. Schonraum kann auch etwas sehr Positives sein. Auch das Vorurteil, dass an Förderschulen nur betreut und nicht wirklich unterrichtet wird, ist unerträglich. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Schülerinnen und Schüler in unserer Einrichtung z.B. das Lesen erlernt haben, nachdem sie dies in Jahren der Inklusion nicht erreicht haben.

Auch in der Märzausgabe der E&W ist zu lesen, dass „Kinder mit Beeinträchtigungen in der Inklusion einen viel größeren Lernzuwachs haben als an der Förderschule“. Zwar ist das nur die Meinung einer Lehrerin, dennoch

wird dies sogar mit roter Überschrift so dargestellt, als sei dies ein endgültiger Fakt. So wird suggeriert, dass es immer so sei und die inklusive Beschulung immer einen größeren Lernzuwachs bringen würde als die Beschulung in einer Förderschule. Niemand streitet ab, dass dies bei vielen Kindern der Fall sein kann, wir haben aber auch schon häufig die umgekehrte Erfahrung gemacht.

Natürlich ist Inklusion ein gewisses Reizthema und wird es mit Sicherheit auch bleiben. Es gibt hierzu verschiedene Sichtweisen, die sich auch aus der individuellen Situation der Betroffenen ergeben. Es ist auch gut, dass die GEW die Rechte der Eltern und Kinder unterstützt, die eine inklusive Beschulung wünschen. Für mich nicht akzeptabel ist allerdings die pauschale Verurteilung von Förderschulen und Eltern, die sich bewusst für diese Schulform entscheiden.

Gerade von einer Gewerkschaft muss ich erwarten, dass sie nicht nur dem Zeitgeist entspricht, sondern sich mit einem Thema so intensiv beschäftigt, dass dieses von mehreren Seiten beleuchtet wird. Zurzeit fühle ich mich trotz langjähriger Mitgliedschaft der GEW nicht mehr wirklich zugehörig, weil sie ein wichtiges Thema, das meine Arbeit tagtäglich beeinflusst, so pauschal betrachtet, dass es für mich nur schwer zu akzeptieren ist.

Ich würde mich freuen, wenn mein Schreiben dazu führen würde, dass im Landesverband der GEW die Diskussion über inklusive Beschulung differenzierter stattfinden würde.

Peter Puschner, Rimbach



Foto: Peter Puschner (Mitte)



Schritte zur Inklusion

Studiengang „Inklusive Pädagogik“ an der Universität Bremen

„Inklusive Schulen brauchen inklusive Kollegien!“ Dies zeigt unter anderem die kritische Begleitung des Themas „Inklusion in Hessen“. Unter den gegenwärtigen landesspezifischen Bedingungen erscheint die Sicherstellung notwendiger Ressourcen sowie die Rückversetzung zwangsversetzter Förderschullehrkräfte an die allgemeine Schule als ein unumgänglicher „erster Schritt“ (1). Dies unterstreichen insbesondere die positiven Erfahrungen integrativer Regelschulen, in denen eine sonderpädagogische Grundausstattung zu verlässlichen Unterstützungssystemen führte. Offen bleibt dabei jedoch, ob der Kompetenztransfer zwischen Förder- und Regelschullehrkräften in multiprofessionellen Teams ausreichen kann, um die benötigte inklusive Qualität an Schulen zu gewährleisten, und welche weitere Schritte in Betracht zu ziehen sind.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet zu einem diskriminierungsfreien Zugang zu Bildungseinrichtungen. Folglich sind sowohl die Wirkungsweisen des segregierenden deutschen Schulsystems als auch die negativen Effekte sonderpädagogischer Unterstützungssysteme kritisch zu betrachten. Die Forderung nach inklusiven Kollegien beinhaltet daher einen umfassenden Auftrag sowohl für Regel- als auch für Förderschullehrkräfte. Auch eine aktuelle Studie legt unmissverständlich klar, dass alle Lehrkräfte gleichermaßen über inklusionspädagogische Kompetenzen verfügen müssen (2). Inklusion ist damit

als Querschnittsaufgabe aller Lehrkräfte zu verstehen.

Daraus resultieren zentrale Herausforderungen für die Qualifizierung von Lehrkräften. Aufgrund des erhöhten Handlungsdrucks zur Umsetzung der UN-Konvention sind derzeit insbesondere Weiterbildungsangebote für die Sekundarstufe notwendig. Als ein Beispiel, den Verpflichtungen der UN-BRK gerecht zu werden, wird nachfolgend der Weiterbildungsstudiengang Inklusive Pädagogik der Universität Bremen vorgestellt, der zugleich auf weitere notwendige Schritte in Richtung Inklusion verweisen kann.

Voraussetzungen in Bremen

Das Bundesland Bremen reagierte bereits im Jahr 2009 durch ein neues Schulgesetz auf die UN-Konvention, das vorsieht, die Förderzentren bis zum Jahr 2017 aufzulösen. An allen Grund- und Oberschulen wurden daher Zentren für Unterstützende Pädagogik (ZUP) eingerichtet. Zudem wurden regionale Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) geschaffen. Ebenfalls 2009 wurde an der Sekundarstufe die Schulform „Oberschule“ eingeführt, die mit hessischen Gesamtschulen vergleichbar ist (3). Da auch in Bremen an der Sekundarstufe nicht in gleicher Weise wie an Grundschulen auf integrative Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte, bestand hier ein besonderer Qualifizierungsbedarf für Förder- und Regelschullehrkräfte.

Dies aufgreifend wurde an der Universität Bremen der Weiterbildungsstudiengang „Inklusive Pädagogik“ konzipiert (4). Die inhaltliche Konzeption geht zurück auf das Team um Simone Seitz, Professorin für Erziehungs- und Bildungswissenschaften und Inklusive Pädagogik. Praktisch umgesetzt wurde der Studiengang in Kooperation mit der Akademie für Weiterbildung der Universität Bremen und in Abstimmung mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen, durch welche der Studiengang finanziert wird.

Der erste von insgesamt drei Durchgängen des Studiengangs startete im August 2013 mit 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Im September 2014 folgt der zweite, ein Jahr später der dritte Durchgang. Der Weiterbildungsstudiengang richtet sich an Lehrkräfte der Sekundarstufe I der Bremer Oberschulen, die bereits in inklusiven Klassen arbeiten. Durch den Master-Abschluss erwerben die Lehrkräfte nach zwei Jahren zusätzlich zu ihrer fachlichen Qualifikation die Lehrbefähigung für das Lehramt Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik. Sie sollen dann an inklusiven (Ober-)Schulen eingesetzt werden und erhalten eine Vergütung nach der höheren Tarifgruppe A13.

Der Studiengang wird berufsbegleitend studiert, wobei die Lehrkräfte eine Freistellung von zehn Unterrichtsstunden in der Woche erhalten. Die einzelnen Lehrveranstaltungen finden in der Regel am Donnerstagnachmittag und freitags statt. Um einer zu hohen Arbeitsbelastung während der Semesterzeiten zu begegnen, werden einzelne Seminare als Blockveranstaltungen in der vorlesungsfreien Zeit der Universität, aber während der Schulzeit angeboten.

Durch eine Vermittlung zwischen theoretischen Grundlagen und konkreten Gegebenheiten vor Ort – in der Regel sind dies inklusive Oberschulen – wird eine enge Theorie-Praxis-Verzahnung angestrebt. Diese soll unter anderem durch Phasen des forschenden Lernens im eigenen Praxisfeld gewährleistet werden, zum Beispiel durch Portfolio- oder Fallarbeiten sowie em-

Aufbau des berufsbegleitenden Masterstudiengangs „Inklusive Pädagogik“		
Module	Qualifizierungssäule	Inhaltliche Schwerpunkte
1, 2	Inklusive Kulturen (Grundlagen & Orientierung)	Inklusion, Exklusion und Schule Intersektionalität und Behinderung
3, 4	Inklusive Strukturen (Entwicklung, Kooperation, Beratung)	Kooperation und Team Beratung und Innovation
5-9	Inklusive Praktiken (Umsetzung)	Inklusive Didaktik Individuelle Entwicklungsplanung Diagnostik und Unterricht Förderschwerpunkte Spezifische Diagnostik und Fallarbeit
10	Abschluss	Master-Abschluss

Quelle: Simone Seitz und Benjamin Haas: *Inklusion kann gelernt werden! Weiterbildung von Lehrkräften für die Inklusive Schule*. In: VHN 4/2014 (in Druck)

pirische Erkundungen. Die Studierenden haben die Möglichkeit aus Wahlpflicht-Angeboten auszuwählen und können damit individuelle Schwerpunktsetzungen vornehmen. Sie können aus den vier Förderschwerpunkten Sprache, Lernen, EsE und Wahrnehmung und Entwicklung (geistige Entwicklung in Hessen) zwei auswählen, wobei Emotionale und soziale Entwicklung oder Lernen verpflichtend zu belegen sind.

Die Konzeption des Studiengangs wurde entlang des Indexes für Inklusion strukturiert (5). So gilt es die Bedeutung von inklusiven Kulturen, Praktiken und Strukturen gleichermaßen zu beachten. Es wird dabei davon ausgegangen, dass pädagogisches und didaktisches Handeln stets in eine spezifische Organisationsentwicklung eingebettet ist (4). Im ersten Semester findet in den Modulen 1 und 2 eine Auseinandersetzung mit inklusiven Kulturen statt. Themen sind zum einen die gesellschaftliche Wirkung von Inklusion und Exklusion, die Bedeutung menschenrechtlicher Fragestellungen sowie die Geschichte von Sonder- bzw. Integrationspädagogik und inklusiver Pädagogik. Zum anderen werden Zusammenhänge zwischen verschiedenen Differenzkategorien und Diskriminierungsmechanismen sowie die Konstruktionsweisen von Behinderung und Nicht-Behinderung thematisiert. Die kritische Analyse verschiedener Aspekte von Ungleichheit bei gleichzeitiger Fokussierung auf Potenziale und Ressourcen soll so den Ausbau inklusiver Schulkulturen begünstigen.

Inklusive Kulturen und Strukturen

Da der Ausbau inklusiver Schulkulturen mit konkreten inklusiven Strukturen an der jeweiligen Schule einhergeht, findet in den Modulen 3 und 4 eine vertiefende Befassung mit Aufgaben einer inklusiven Schulentwicklung statt. Dies erfolgt entlang der inhaltlichen Schwerpunkte „Kooperation/Team“ sowie „Beratung/Innovation“ und erstreckt sich über die ersten drei Semester des Studiengangs. Um die gemeinsame Verantwortungsübernahme für alle Schülerinnen und Schüler vorzubereiten und zu stärken, geht es hier um Themen wie multiprofessionelle Kooperation, konkrete Handlungskompetenzen und Methoden, verschiedene Beratungskonzepte und Instrumente der Qualitätssicherung.



Schulkinderbetreuung in der Diesterwegschule Wiesbaden (Foto: Johnny Kuby)

Im Anschluss an die Auseinandersetzung mit inklusiven Kulturen und Strukturen liegt ab dem zweiten Semester der Fokus deutlicher auf inklusiven Praktiken. In den Modulen 5 bis 9 werden dann Fragen einer inklusiven Didaktik und Diagnostik sowie förderschwerpunktbezogene Themen behandelt.

Ausgehend von der Annahme, dass die Studierenden während ihres Studiums mit Anforderungen konfrontiert sein können, die im Kontrast zu ihrem bisherigen professionellen Selbstverständnis stehen, aber für die Umsetzung inklusiver Praxis bedeutsam sind, findet während der gesamten vier Semester das Modul 11 „Reflektierte Praxis“ statt. Dieses wird selbstständig und eigenverantwortlich organisiert. In Lern tandems soll die eigene Praxis vor dem Hintergrund theoretischer Ansprüche, rechtlicher Vorgaben und eigener Handlungspraktiken umfassend reflektiert und begleitet werden.

Die Ausführungen sollen deutlich machen, dass die eingangs formulierte Forderung „Inklusive Schulen brauchen inklusive Kollegien“ keinen Zirkelschluss darstellt, sondern vielmehr die Tragweite inklusiver Verpflichtungen benennt. Notwendig erscheinen daher weitergehende Qualifizierungsmaßnahmen

für alle Lehrkräfte. Der Weiterbildungsstudiengang „Inklusive Pädagogik“ der Universität Bremen stellt in diesem Zusammenhang einen Versuch dar, derzeitigen Anforderungen gerecht zu werden, verweist aber auch darauf, wie sich bundeslandspezifische Ausgangsbedingungen nachhaltig auf inklusive Entwicklungen auswirken können.

Benjamin Haas

Benjamin Haas war Förderschullehrer an der Anne-Frank-Schule in Raunheim. Seit August 2013 betreut er als Lektor für den Bereich Inklusion im Jugendalter den Weiterbildungsstudiengang Inklusive Pädagogik an der Universität Bremen.

- (1) Johannes Batton: Schöne neue Inklusionswelt. In: HLZ 5/2014, 8-9
- (2) Deutsches Institut für Menschenrechte: Inklusive Bildung – Schulgesetze auf dem Prüfstand. 2014. Vorabfassung der Studie unter www.institut-fuer-menschenrechte.de > Newsletter > Archiv > März 2014
- (3) www.bildung.bremen.de > Suche: Schulentwicklungsplan; www.bildung.bremen.de > Suche: Bremer Schulgesetze 2009
- (4) S. Seitz und B. Haas: Inklusion kann gelernt werden! Weiterbildung von Lehrkräften für die Inklusive Schule. In: VHN 4/2014 (in Druck)
- (5) T. Booth und M. Ainscow: Index for Inclusion. Developing Learning and Participation in Schools. Bristol: Centre for Studies on Inclusive Education. 2011



Neues vom rechten Rand

AfD-Jugendorganisation „Die junge Alternative für Deutschland“

Hin und wieder durch „kleine Skandale“ wie mit dem Plakat der „fünf nackten Hintern“ von Frauen aufgefallen, aber bisher kaum öffentlich wahrgenommen, hat sich eine neue rechtskonservativ-populistische bzw. nationalliberale Jugendorganisation gegründet: die „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) als Parteijugend der Alternative für Deutschland (AfD). Sie hat sich bereits kurz nach der Gründung der AfD am 6.2.2013 als Jugendverband konstituiert. Am Gründungstreffen am 15.6.2013 in Darmstadt nahmen etwa 60 Personen teil. Am 1. und 2. Februar 2014 gab es in Fulda einen Bundeskongress zur Einstimmung auf die Kommunalwahlen und die Europawahl. Die JA hat mittlerweile acht Landesverbände, zahlreiche Bezirks- und Kreisverbände und derzeit etwa 350 Mitglieder; in Freiburg gibt es die erste Hochschulgruppe. Die weitere Entwicklung – Ausdehnung, Mitgliederwerbung, programmatische Ausrichtung – und ein engeres, formelleres Zusammengehen mit der AfD werden derzeit vorangetrieben. Im Internet ist die JA mit ihren bisherigen programmatischen Forderungen, den agierenden Personen (Vorstand) und ihren nächsten Entwicklungsschritten präsent, unter anderem dem Aufbau einer Jugendakademie, die der politischen Bildung dienen soll.

Damit ist ein neuer – noch kleiner – partei- und jugendpolitischer Akteur „auf dem Markt“, der ideologisch-programmatisch im rechtskonservativen, nationalliberalen bzw. rechtspopulistischen Lager angesiedelt ist. Solche Versuche hat es in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder gegeben, im ideologischen Bereich bzw. der Grauzone zwischen „konservativ“ und

„rechtsextrem“ Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen, zu gewinnen und zu organisieren. Das hatten unter anderem die rechtsextreme NPD mit den Jungen Nationaldemokraten (JN) und die Republikaner mit den Jungen Republikanern auch schon vergeblich versucht. Die JA ist nun ein neuer mit der AfD verbundener Versuch. Dass sich die AfD und mit ihr auch die JA trotz aller internen Auseinandersetzungen um die Fünfprozenthürde oder darüber etablieren kann, wurde durch die Europawahl, bei der die AfD bundesweit 7,0%, in Hessen sogar 9,1% der abgegebenen Stimmen erhielt, bestätigt. Die Stimmen stammen vor allem aus den konservativen, nationalliberalen und rechtsextremen Milieus.

Nicht der erste Versuch

Die JA blickt dabei auf das Wählerpotenzial und die Orientierungen in der jungen Generation, wie sie sich bei der Bundestagswahl 2013 gezeigt haben; hier wählten 6% der 18- bis 29-Jährigen und 5% der 30- bis 40-Jährigen die AfD. Bei der Europawahl war die AfD in allen Altersgruppen erfolgreich und erzielte bei den 18- bis 30-Jährigen 7%, bei den 30- bis 40-Jährigen 8%, bei den 45- bis 59-Jährigen 7% und bei den über 60-Jährigen 6%.

Darüber hinaus zeigen zahlreiche Studien – so die „Deutschen Zustände“ von *Wilhelm Heitmeyer* oder die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung – in den letzten Jahren, welches Ausmaß von fremdenfeindlichen, nationalistischen und wohlfahrtschauvinistischen Orientierungen in der deutschen Bevölkerung und der jungen Generation vorhanden ist.

Die JA hat wie die AfD vor allem eine eurokritische Position. Sie fordert die Auflösung des Euroraumes und setzt auf eine neue Währungsordnung, die der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten entsprechen soll, und auf einen Nord-Euro der wirtschaftsstarke EU-Länder. Ihre Parole „Mut zu Deutschland“ orientiert sich an den nationalstaatlichen Interessen eines „Europas der Vaterländer“, die mit bila-

teralen Beziehungen verbunden sind und zusammenarbeiten. Die Ökonomen um den Vorsitzenden *Bernd Lucke* und den ehemaligen BDI-Vorsitzenden *Hans-Olaf Henkel* und deren „Vernunft“ stehen für wirtschaftlichen Liberalismus und einen teilweise chauvinistischen Wettbewerbspopulismus, der mit Verlust- und Bedrohungsängsten der nationalen und kulturellen (nationalen) Identität verbunden ist. Es ist immer das gleiche Muster der rechten Krisenerzählung: Eine Minderheit wird als homogene, feindliche Gruppe dargestellt und mit einem apokalyptischen Bedrohungsszenario versehen. Die Mehrheit wird zum Opfer der Minderheit(en) erklärt und dagegen müsse man sich wehren, vor ihnen müsse man sich schützen. Weil die etablierte Politik (der „Mainstream“) und die links-grün dominierten Medien („Meinungsdiktatur“) die Probleme ignorieren, müsse eine „Alternative“ her. Feindbilder sind unter anderem „die“ Muslime, Flüchtlinge, Hartz-IV-Empfänger, Lesben und Schwule („Homolobby“), Feministinnen und „faule Südländer“. AfD und JA verachten und diskriminieren mit ihrem extremen Neoliberalismus Arme, Schwache und Flüchtlinge auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Dabei wird weniger ein biologischer als ein kulturalistischer Rassismus vertreten, der – so zahlreiche Studien – bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht.

AfD und JA fordern eine strikte Quotierung in der Einwanderungspolitik und setzen gegen den „Bürokratismus“ der EU die Forderung nach „direkter Demokratie“. Rechts vom Mainstream der AfD setzt die JA Akzente in der Bekämpfung des „Feminismus“. Sie ist gegen den von ihr so bezeichneten „Genderwahn“ („Genderismus“), gegen „Gleichmacherei“ und Frauenquote. In den familien- und geschlechterpolitischen Vorstellungen ist die AfD familialistisch-antifeministisch, sie proklamiert den „Familienschutz“ und die Familie als Keimzelle des Staates. Die Parole „Verstand statt Ideologie“ stilisiert die Partei selbstsuggestiv zur Partei des „gesunden Menschenver-

Start Nachrichten Info Bundesvorstand Mitglied werden Kontakt

Nigel Farage kommt zur Jungen Alternative nach Köln

Hans-Joachim

Der jungen Alternative NRW ist es gelungen, Nigel Farage für eine Diskussionsveranstaltung zu gewinnen. Nigel Farage ist Vorsitzender der United Kingdom Independence Party (UKIP) und Mitglied des Europäischen Parlaments und hat sich als EU-Bürger einer neuen Generation. Farage bezieht sich selbst als Brexit. Die Veranstaltung findet am 27. März 2014 im Maritim Hotel, Heumarkt 20, 50667 Köln statt und beginnt um 20 Uhr. Für die nähere Zukunft ist auch eine Veranstaltung mit einem Vertreter der Conservative Party (Conserv) geplant. Alle weiteren Informationen erhalten Sie auf

Die Pressemitteilung zur Veranstaltung mit Nigel Farage finden Sie hier:

News Euro-Bundesverband

14. März 2014

Facebook Twitter LinkedIn

LETZTE BEITRÄGE

Junge Alternative geht gegen Justizminister Heiko Maier (Die Linke) an

Reinigung im Bundesrat

Bernd Lucke tritt zurück

Arns Bundesvorstand legt Protestplakat vor

Nigel Farage kommt zur Jungen Alternative nach Köln

standes“ und der „ökonomischen Vernunft“. In der Bildung beklagen AfD und JA eine Abkehr vom Leistungsprinzip und fordern für die Schulen mehr „Freiheit“ und „Wettbewerb“. Beim Thema innere Sicherheit setzen sie in der Strafverfolgung auf die schnelle, zeitnahe Bestrafung und eine Abkehr von einer unterstellten „Kuschelpädagogik“. AfD und JA werden in rechtskonservativen und rechtsintellektuellen Zeitschriften regelrecht beworben: Die „Junge Freiheit“ berichtet sehr positiv über die AfD, ihre Kommentare sind stets wohlwollend. Der Vorsitzende der JA gab auch schon mal der „Blauen Narzisse“, einem Blatt am „rechten Rand“ aus Chemnitz, ein Interview.

Die AfD – ein Eliteprojekt?

Die Stichworte „rechtskonservativ – nationalliberal – rechtspopulistisch“ oder auch „rechte Mitte“ bzw. „bürgerliche Rechte“ zeigen politik- und sozialwissenschaftliche Versuche, die AfD und JA rechts von den Unionsparteien oder auch als „Scharnier“ und „Brücke“ zwischen wirtschaftsliberal, rechtskonservativ und rechtspopulistisch einzuordnen. Es ist der Versuch, vor allem von ehemaligen Mitgliedern der CDU und der Freien Wähler, unterschiedliche Milieus und diffuse Krisenängste in den Mittelschichten zu binden und in einer „rechtsbürgerlich-schillernden“ Partei und Jugendorganisation zu organisieren. Im Gegensatz zu den „alten“ rechtsextremen Parteien han-

Die CDU Hessen und die AfD

Der ehemalige hessische Kultus- und Justizminister *Christean Wagner*, zuletzt Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag, hält es „für einen taktischen Fehler, jetzt schon eine Zusammenarbeit mit der AfD für unmöglich zu erklären“. In einem Interview mit SPIEGEL-online verwies er nach der Europawahl am 27. Mai darauf, dass viele AfD-Wähler zuvor Union oder FDP gewählt haben. Auch die hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten *Klaus-Peter Willsch* (Rheingau-Taunus-Limburg) und *Erika Steinbach* (Frankfurt) schlossen eine Koalition mit der AfD für die Zukunft nicht aus. Die Schnittmengen mit der AfD seien auf jeden Fall größer als mit der SPD oder den Grünen. Der AfD-Chef *Bernd Lucke* zeigte sich laut SPIEGEL-online erfreut über diese „Lockenübungen gegenüber der AfD“.



delt es sich um ein nationalliberales und wertkonservatives Elitenprojekt aus dem akademischen Lager, das wiederum am rechten Rand „ausfranst“. Die AfD tritt zwar nicht offen rassistisch oder homophob auf, bedient aber Ressentiments, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Die Akteure kommen aus Gruppen und Organisationen der politischen Eliten, mit denen sie unzufrieden sind. Die AfD positioniert sich vor allem eurokritisch und ist zugleich ein Sammelbecken von „Unzufriedenen“ aus allen sozialen Schichten. Gegenüber den moderaten Tönen an der Bundesspitze der „Partei des gesunden Menschenverstandes und der ökonomischen Vernunft“, die auf die Attribute „freiheitlich, sozial und wertorientiert“ setzt (Leitlinien Mai 2014), findet man in den Landesverbänden stärkere nationalistische und rechtspopulistische Akzentuierungen. Als Feindbilder dienen unter anderem die „Islamisierung“ (Bayern) und der Bildungsplan zur sexuellen Vielfalt (Baden-Württemberg). Die AfD unterstützt vor Ort homophob gefärbte Petitionen und Volksabstimmungen über Minarette, fordert Deutschquoten im Radio und einen Förderstopp für „Integrationsfolklore“ (Sachsen).

Die Partei versucht also den Spagat zwischen der „bürgerlichen, rechten Mitte“ (flexibler ökonomischer Wettbewerbspopulismus und Marktradikalismus) und nationalistischen, chauvinistischen Ideologiefragmenten mit autoritärer Innenpolitik (Andere abwerten und Dominanzkultur als politische Ideologie), um ein Bündnis zwischen beiden Strömungen zu konturieren. Der Richtungsstreit zwischen den Parteiflügeln und Gruppen ist noch nicht beendet; er bewegt sich zwischen elitär, konservativ-radikalliberal, rechtspopulistisch und chauvinistisch.

Diesen Spagat versucht auch die JA, die sich als ein „neues“ Politik- und Bil-

dungsangebot für die junge Generation versteht, hier vor allem für Schülerinnen und Schüler und die akademische junge Generation, die für Politik interessiert und gewonnen werden sollen. Vorstandsmitglieder der JA sind mit dem studentischen Verbindungsmilieu verwoben, die Zahl der BWL-Studierenden unter den Mitgliedern wird als „recht hoch“ angegeben. Auch der JA-Vorsitzende *Philipp Ritz* hat Betriebswirtschaft studiert. Damit steht die JA in der Tradition des elitären Denkens bzw. der Elitenreproduktion, die angeblich eine neue politische, auch parteipolitische Heimat sucht. AfD und JA können so als parteipolitische Ausprägung eines sich formierenden Milieus verstanden werden, das sich aus rechtsintellektuellem Denken, Rechtspopulismus und Marktradikalismus speist.

Ob es in der bundesdeutschen Gesellschaft und der jungen Generation solch eine Lücke für eine Jugendorganisation „neurechten Typs“ gibt und ob diese von der JA gefüllt wird bzw. gefüllt werden kann, bleibt abzuwarten, ebenso deren weitere inhaltlich-ideologische und organisatorische Entwicklung. Aktuell zeigen sich Radikalisierungsphänomene und auch erste Konflikte mit der AfD. So hatte die JA des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 27.3.2014 in Köln zu einem Treffen mit dem Gastredner *Nigel Farage* von der ultrarechten britischen *United Kingdom Independence Party* (UKIP) eingeladen. An der Veranstaltung haben auch Mitglieder der AfD und aus dem Vorstand teilgenommen, was zu Auseinandersetzungen innerhalb der AfD geführt hat – ein Hinweis auf den „rechten“ Suchprozess und die Selbstfindung sowohl der Partei als auch der Jugendorganisation in der bundesdeutschen Parteien- und Jugendverbandslandschaft.

Prof. Dr. Benno Hafenerger
Philipps-Universität Marburg



Das „Schwarze Loch“

Nichtwähler werden von der Wahlberichterstattung ignoriert

Der Anstieg der Wahlbeteiligung in Hessen bei der Europawahl am 25. 5. 2014 (2009: 37,9%, 2014: 42,2%) stellt den generellen Trend, dass sich immer weniger Wahlbürger an Wahlen beteiligen, nicht in Frage. HLZ-Leser Konrad Woede, bis 1991 Lehrer an der IGS Wilhelm-Leuschner-Schule in Wiesbaden, befasst sich seit vielen Jahren auf der Grundlage sozialwissen-

schaftlicher Methoden und Erkenntnisse mit den Ursachen und Auswirkungen der sinkenden Wahlbeteiligung. Die HLZ dokumentiert seine Beobachtungen zur jüngsten Europawahl in verkürzter Form. Eine auch für den Unterricht geeignete PDF-Datei mit zahlreichen grafischen Darstellungen kann bei der HLZ-Redaktion angefordert werden (freiling.hlz@t-online.de).

Die stetige Aufwärtsentwicklung der Nichtwähleranteile stellt keine Sonderentwicklung im Land Hessen dar. Dieser Trend ist in allen Ländern, auf Bundesebene wie auch bei Kommunalwahlen zu beobachten. In diesem Beitrag werden methodisch vor allem jene Prozentangaben für die zu vergleichenden Ergebnisse der Parteien herangezogen, die sich auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten beziehen. Diese Prozentzahlen werden hier Mobilisierungsprozente (M%) genannt. Sie beziehen sich nicht auf die abgegebenen gültigen Stimmen! Bei amtlichen Bekanntmachungen und bei Wahlanalysen werden im Allgemeinen jene Prozentzahlen (%) ausgewertet und vermittelt, die die gültigen Stimmen zur Berechnung der Mandate und für die Ergebnisinterpretation nutzen. Die Daten in Tabelle 1 und das Diagramm 1 sollen das Verhältnis dieser M%-Angaben zu den %-Angaben zeigen und vermitteln, wie unterschiedlich die Ergebnisdeutung ausfällt, je nachdem welche Daten herangezogen werden. Vergleicht man die zum Teil gerundeten Zahlen im Diagramm und der Tabelle 1, fällt auf:

- Die Höhe der ersten jeder Doppelsäulen (mit den M%-Daten) nimmt mit der Zeit kontinuierlich ab; vorrangig reduziert sind jeweils der Anteil von CDU und SPD: ein deutliches Zeichen wachsender Distanz vieler Wahlberechtigter gegenüber diesen „Volksparteien“. Die verloren gegangenen Wählermassen können nur in sehr beschränktem Umfang zu anderen Parteien „abgewandert“ sein (1M% in der Graphik steht – je nach Wahltermin – in Hessen für 40.000 bis 45.000 Wahlberechtigte).
- Die Höhe der je zweiten Doppelsäule (mit den %-Daten, die sich auf die gültigen Stimmen beziehen) bleibt konstant. Dass es Nichtwähler in großen Mengen gibt, wird in dieser Wiedergabe der Wahlergebnisse vergessen

gemacht. Wenn nur diese Zahlen in den Medien verbreitet werden, wird die so informierte Öffentlichkeit über einen wesentlichen Aspekt der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Unklaren gelassen (man könnte auch sagen: getäuscht).

Es macht in der Wirkung einen großen Unterschied, ob bei der Berichterstattung über die Ergebnisse einer Wahl die absoluten Zahlen der auf die Parteien verteilten Stimmen (wie das vor den 80er Jahren üblich war), die Mobilisierungsprozente (die fast nie genannt wurden und werden) oder nur der Anteil dieser Stimmen an der Zahl der gültigen Stimmen wiedergegeben werden.

Die SPD erhielt z. B. bei der Europawahl 1979 in Hessen 1.184.069 Stimmen. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten bei dieser Wahl betrug 3.956.722; daher haben im Schnitt 30 (29,9 M%) von 100 Wahlberechtigten dieser Partei ihre Stimme gegeben (1.184.069 : 3.956.722 x 100 = 30 M%). Grundlage der Schlagzeilen in den Medien wurde seitdem der ausschließliche Bezug auf die Gesamtzahl der gültigen Stimmen.

1979 waren das 2.609.880, so dass man für die SPD das „Superergebnis“ von 45,4% vermelden konnte (1.184.069 : 2.609.880 x 100 = 45%). Bis 2014 reduzierte sich dieser Anteil um rund ein Drittel auf 30,3% der abgegebenen Stimmen. Doch erst bei der Nennung der Mobilisierungspunkte wird der dramatische Absturz von 30 M% im Jahr 1979 auf 9 M% im Jahr 2009 (und auf 12,6 M% im Jahr 2014) deutlich. Entsprechendes gilt für die CDU.

Veranschaulichen wir uns das an den Trendlinien dieser Parteien: Das Diagramm 2 zeigt über die Dekaden eine kontinuierliche Abwärts-Tendenz sowohl bei den M%-Werten wie auch bei den %-Werten. War es zu Anfang fast jeder dritte Wahlberechtigte, der die CDU ankreuzte, so war es 2014 nur noch jeder 8. (wie bei der SPD). Die Abwärtstendenz bei den %-Werten verläuft bei der CDU aber etwas weniger steil als bei der SPD, so dass hier eine Spreizung entsteht, die sich zu Ungunsten der SPD auswirkt. Die Höhe der Trendlinien der M%-Werte

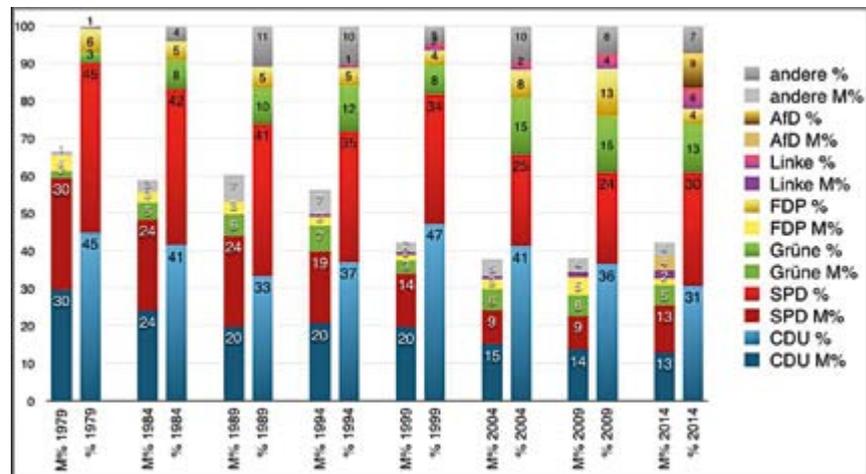
Europawahlen in Hessen 1979 – 2014													
		1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014	Max	WuJd Max	Min	WuJd Min
Wähler	M%	66,5	58,9	60,2	56,4	42,1	37,8	37,9	42,2	91,9	B 1976	37,8	E 2004
Nichtwähler	M%	33,5	41,1	39,8	43,6	57,9	62,2	62,1	57,8	62,2	E 2004	8,1	B 1976
CDU	M%	29,5	24,0	19,8	20,5	19,7	15,1	13,6	12,8	40,9	B 1976	12,8	E 2014
	%	44,8	41,4	33,3	37,0	47,3	41,2	36,4	30,6	48,8	L 2003	30,6	E 2014
SPD	M%	29,9	24,2	24,1	19,4	14,3	9,0	9,1	12,6	44,2	B 1972	9,0	E 2004
	%	45,4	41,8	40,5	34,9	34,5	24,5	24,4	30,3	48,5	B 1972	23,7	L 2009
GRÜNE	M%	1,9	4,5	5,9	6,8	3,3	5,5	5,6	5,4	8,7	B 2009	1,6	B 1980
	%	2,8	7,8	9,9	12,2	8,0	15,0	15,0	12,9	15,0	E 2009	1,8	B 1980
FDP	M%	4,1	2,9	3,3	2,6	1,6	2,8	4,7	1,7	12,0	B 2009	1,6	E 1999
	%	6,2	5,0	5,5	4,7	3,9	7,6	12,6	4,1	16,6	B 2009	3,9	E 1999
LINKE	M%				0,5	0,7	0,8	1,4	2,3	6,2	B 2009	0,3	B 1990
	%				0,8	1,6	2,1	3,9	5,6	8,5	B 2009	0,4	B 1990
AfD	M%								3,8	4,0	B 2013	2,9	L 2013
	%								9,1	9,1	E 2014	4,1	L 2013
Andere	M%	1,1	3,3	7,1	6,7	2,5	4,6	3,5	3,6				
	%	0,8	4,0	10,9	10,4	4,8	9,5	7,6	7,3				

M% = Anteil an der Zahl der Wahlberechtigten
 % = Anteil an der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen
 Max = Maximum seit 1970; WuJdMax = Wahl und Jahr des Maximums
 Min = Minimum seit 1970; WuJdMin = Wahl und Jahr des Minimums
 B = Bundestagswahl; L = Landtagswahl; E = Europaparlaments

täuscht über den großen Vertrauensverlust hinweg, den die Aufwärtsentwicklung der Nichtwählerschaft signalisiert. Die Trendlinie der Nichtwähler verdeutlicht, wie steil die Tendenz zunimmt, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen nicht mehr zu beteiligen. Bei zunehmender Wahlenthaltung aber werden die Differenzen zwischen den M%-Anteilen und den %-Anteilen immer größer. Die Reduktion der Berichterstattung über Wahlergebnisse auf das Nennen des Anteils der Parteien an den gültigen Stimmen bewirkt, dass das Schwinden der demokratischen Legitimität der so gewählten Organe unsichtbar wird. Zugleich vermitteln die auf diese Weise oft mehr als verdoppelten Zahlengrößen den Eindruck einer Zustimmung zu den Parteien, die das wahlberechtigte „Gesamtvolk“ durch sein Wahlverhalten so nicht zum Ausdruck gebracht hat. (z. B. wurden 2014 aus höchst bescheidenen knappen 13 M% bei CDU und SPD beruhigende 31 bzw. 30 Prozent.)

„Das Wandern ist des Müllers Lust“, singt so mancher Mensch, wenn er sich in idyllischer Natur aufgehoben weiß und sich einer tollen Freizeitbeschäftigung widmet. Ob „Wandern“ auch „des Wählers Lust“ ist, sollte zumindest hinterfragt werden. In dem einen Fall bewegen sich Wandernde gern an einen neuen, bisher unbekanntem, anheimelnden Ort. Im anderen Fall ist eine Trennung von einem bisher relativ vertrauten politischen Umfeld nötig und ein Übergang in eine neue, u. U. fremde Sphäre; das macht niemand so ohne weiteres. Allenfalls kommt für die „Auswanderung“ in der Regel ein Umfeld in Betracht, das nicht gar zu fremd scheint.

Aus den absoluten Wählerzahlen und den diese widerspiegelnden Mobilisierungsprozents lässt sich kaum auf umfangreiche „Wechselwähler-Bewegungen“ zwischen SPD und CDU oder zwischen dem „linken Lager“ und dem „rechten (oft bürgerlich genannten) Lager“ schließen. In den Daten finden sich



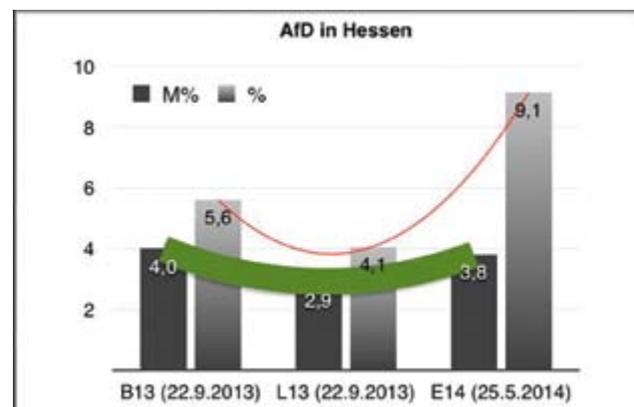
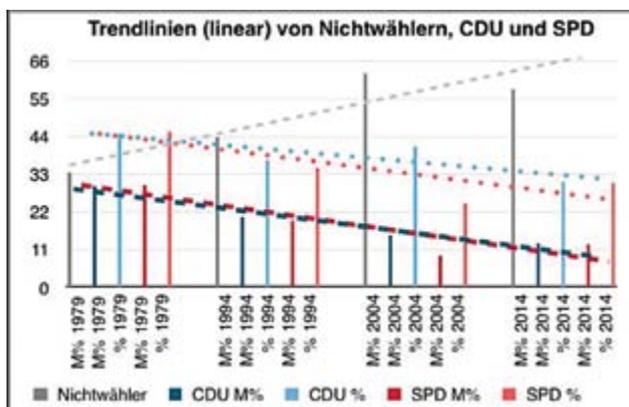
allerdings Hinweise, dass M%-Verlusten bei der SPD M%-Gewinne bei den GRÜNEN (und später bei den LINKEN) gegenüber stehen; gewechselt wurde in größerem Umfang bei den Europawahlen vorrangig nur innerhalb der politischen „Lager“, vor allem im eher „linken“ Segment der politischen „Angebotsskala“. Die meisten Mobilisierungsprozente, die der SPD und der CDU 2014 gegenüber 1979 „fehlen“ (immerhin 17 + 17 = 34 M%), sind weitgehend im „Schwarzen Loch“ der Nichtwähler „verschwunden“.

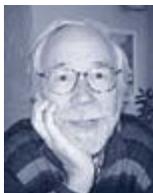
Ein anderes Beispiel dafür, wie irreführend die Reduktion der Wahlberichterstattung auf die Wiedergabe von %-Zahlen sein kann, bietet aktuell die Einschätzung der Stärke der Alternative für Deutschland (AfD). Die Daten im Diagramm 3 zeigen deutlich, wie abhängig der Erfolg von „rechten“ Kräften vom Rückzug vieler Wahlberechtigter zu den Nichtwählern ist. Die absoluten Zahlen für die AfD gingen von der Bundestagswahl 2013 auf die Europawahl 2014 zurück (um knapp 8.000 Stimmen; das ist nur ein geringer Rückgang von 4,0 auf 3,8 M%) und dennoch konnte die AfD ihren Anteil an den abgegebenen Stimmen von 4,1% bei der Landtagswahl von 2013 auf 9,1% steigern. Da nimmt man an, es hätten mehr als doppelt so viele Menschen ihre Stimme

der AfD gegeben. Dabei waren es weniger Wähler! Deren Stimmabgabe brachte jedoch mehr Prozente, weil weniger Wahlberechtigte zur Wahl gingen.

Bei vielen sozial eingestellten Wahlbürgern wächst die Einschätzung, dass sozialstaatliche Reformen durch Wahlen nicht mehr in Gang gesetzt werden können. Wer es dennoch anstrebt, wird oft als „Sozialromantiker“ diskreditiert. Der allgemeine Sozialabbau und die Umformung der parlamentarisch organisierten Demokratie in eine wie auch immer geartete „Post“-Demokratie wird jetzt als „Reform“ verkauft. „Trotz alledem“ lohnt sich ein Blick auf die Geschichte der Wahlergebnisse. Diese haben den Wandlungsprozess von dem einen Reformbegriff zum anderen erst ermöglicht. Welche Folgen resignative Rückzüge ins Private oder in rand- bzw. unpolitische Zirkel der Gesellschaft haben, zeigt sich u. a. im Erstarken rechter und libertärer Politikkonzepte. Auf der Basis von Wahlergebnissen und irreführenden Thesen zur Wählerwanderung wurden viele Reformvorhaben gestoppt. Wenn es gelingt, enttäuschte Nichtwähler zur Stimmabgabe für ihre eigenen Interessen zu bewegen, lassen sich bestehende politische Verhältnisse sehr wohl beeinflussen und eine „Re-Formation“ des bedrohten Sozialstaates ansteuern.

Konrad Woede





Auf dem Kammweg

Begegnungen auf dem Weg vom Erzgebirge nach Thüringen

Der Kammweg führt auf 289 Kilometern von Geising im Ostergebirge nach Blankenstein in Thüringen. Der Kammweg existiert seit Mai 2011 und zählt „zu den besten Weitwanderwegen Deutschlands“. Die Mitgliedschaft in den „Top Trials

of Germany“ unterstreicht das. HLZ-Leser Thomas Adamczak nimmt uns mit auf seine 14-tägige Wanderung, in der Hoffnung, „dass sich auch andere von der Berechtigung dieser Behauptung überzeugen wollen“.

Eine Frau versorgt gerade ihre sechs Schafe auf einer Weide:

„Ein schönes Haus haben Sie!“ „Ja, schon ...“ „Aber?“ „Schön schon, aber es macht halt viel Arbeit. Der Garten, die große Scheune, die Schafe...“

Sie erklärt mir das aufgeregte Blöken der Schafe. Die wollten auf sich aufmerksam machen, möchten auf eine andere Weide, vermutlich passe ihnen das Gras nicht mehr. Oder sich halt ein bisschen wichtig machen. Sie kommt ins Erzählen. Sie sehe es Wandernern an, ob sie Lust hätten auf ein kleines Schwätzchen oder schnell weiter wollten. Ich habe Zeit und höre zu. Sie

zeigt mir den Grenzverlauf zu Tschechien. Auf der tschechischen Seite hätten sie eine andere Rasse von Kühen, das Gras sei aber hüben und drüben dasselbe. Sie kommt auf das Kriegsende zu sprechen. Die sieben Söhne ihres Großvaters. Alle Soldaten. Einer sei nicht zurück gekommen. Vermisst. Großmutter und deren Tochter, ihre Tante, hätten sich bei Kriegsende im Wald versteckt. Nur der Großvater blieb im Haus. Sie deutet auf das ansehnliche Bauernhaus. Ihre Großmutter und deren Tochter fanden ihn, nachdem sie aus dem Versteck im Wald zurück gekommen waren, in der Wohnstube. Er saß in seinem Sessel. Erschossen. Von russischen Soldaten.

Der Nachbar ihres Großvaters wollte Frau und Töchter nicht allein im Wald lassen. In ihrem Versteck wollten sie das Kriegsende gemeinsam abwarten. Der Bauer ließ die Frauen im Versteck zurück, während er nachts in das Dorf gehen wollte, um vom Bruder zu erfahren, ob die Rückkehr schon möglich oder noch zu gefährlich sei. Kaum hatte er sich vom Versteck entfernt, hörte er in unmittelbarer Nähe Schüsse aus der Richtung, aus der er kam. Er befürchtete das Schlimmste. Vom Bruder erfuhr er, dass der Krieg zu Ende sei. Er eilte zum Versteck im Wald, wo er die völlig verängstigten Frauen, die ebenso das Schlimmste befürchtet hatten, nur mit Mühe beruhigen konnte.

Familienschicksal am Kriegsende

Sie erzählt von ihrem Vater, der den Hof übernommen hatte. Zwei Parteimitglieder seien ihm 1962 zwei Tage lang nicht von der Seite gewichen. Sie sah den Vater mit diesen zwei Männern stundenlang über die Felder gehen. Endlich habe der Vater der Übernahme seines Hofes durch die LPG zugestimmt. Am nächsten Tag hätte der Vater gemeint, eigentlich wolle er zum Aussä-

en anspannen, doch er sei ja nicht mehr Herr auf seinem Hof und müsse warten, bis die von der LPG die erforderlichen Maschinen stellten. Ihr Vater, der Bauer, blieb also entgegen bewährter Gewohnheit an diesem Tag im Haus und wartete, eine Woche, zwei Wochen, unablässig den Kopf schüttelnd.

„Die Menschen – das sind die Geschichten, die sie erzählen“ (Günther Lange), kommt mir in den Sinn. Ich höre weiter zu. Sie erzählt von sich, ihrer Ausbildung als Gärtnerin, dass sie dem Vater nach der Wende auf dem Hof geholfen habe. Jetzt arbeite sie als Altenpflegerin.

Viel hat sie zu erzählen, die Frau. Und ihr Vater, er lebt nicht mehr, hätte auch viel zu erzählen gehabt. Und erst der erschossene Großvater! Ob der Großvater des russischen Soldaten, der geschossen hatte, auch von deutschen Soldaten getötet wurde, frage ich mich.

Bedauerlich, dass nicht hüben wie drüben Talkshows mit erschossenen Großvätern stattfinden. Und die Großmütter müssten ebenfalls zu Wort kommen. Die hätten was zu erzählen. Oder statt Talkshows besser Gespräche von getöteten Großvätern und Großmüttern nach der Methode des *Storytelling*, die der israelische Psychologe *Dan Bar-On* einsetzt, wenn er wechselseitiges Erzählen der persönlichen Lebensgeschichte von Palästinensern und Israelis initiiert, um gegenseitiges Verstehen und Einfühlung zu ermöglichen. Kann man nachlesen bei *Ciompi* und *Endert*: Gefühle machen Geschichte. Und dabei sollten die Kinder und Enkelkinder und deren Kinder zuhören, den toten russischen und deutschen Großeltern.

Ich begegne einem Mann unweit der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Er hebt im Garten seines Hauses Äpfel auf. Erzählt von einem Fluchtversuch in unmittelbarer Nähe. Zwei Männern sei es gelungen, einen Teil der Grenzbefestigung zu überwinden, bevor sie



Auf den Kolonnenwegen liegen Betonplatten mit eingestanzten Löchern. Das zwischen den Betonplatten sprießende Gras gibt sich alle erdenkliche Mühe, den Beton zu überwuchern. Welcher Unterschied zum Waldboden! Jeder Schritt erinnert eindrücklich daran, wofür diese Betonplatten verlegt wurden. Die Härte des Bodens weckt Assoziationen an schwere Zeiten der jüngsten Vergangenheit. (Foto: D. Möbus)

entdeckt wurden. Der eine sei, durch eine der Selbstschussanlagen verletzt, liegen geblieben und kurz danach von Grenzsoldaten abtransportiert worden. Nach dem zweiten wurde stundenlang gesucht. Dann sei ein Hubschrauber dicht über den Wald geflogen. Der dadurch bewirkte Druck habe den Flüchtigen gezwungen, sein Versteck in einer Baumkrone zu verlassen: „Der ist regelrecht heruntergefallen.“ Fremde hätten sich, so erzählt der Mann weiter, „ganz beiläufig“ bei Einheimischen nach dem Grenzverlauf erkundigt. Natürlich habe man denen nichts gesagt, sondern den „Vorfall“ umgehend gemeldet. Sonst sei man dran gewesen. Spitzel also. Er erinnert sich an einzeln stehende Bauernhäuser und ganze Dörfer, die wegen des Grenzverlaufs niedergewalzt wurden. Zwangsumsiedlungen. Zwei Gespräche von mehreren, die sich auf meiner vierzehntägigen Wanderung ergaben - einfach so.

An der innerdeutschen Grenze

Am dritten Tag der Wanderung habe ich den Einfall: Deutschland, das Land der Dichter, Denker und Lehrer. Grob geschätzt bleibe ich auf dieser Fernwanderung vor 200 bis 250 Informationstafeln stehen, lese sie mehr oder weniger aufmerksam, mache mir bei einigen Notizen. Am Tag zwischen 14 und 20 Tafeln! Jede Informationstafel ist für sich genommen durchaus lesenswert, aber was zu viel ist, ist zu viel. Schließlich droht dem Wanderer am Ende der Wanderung keine Prüfung: Motto:

„Was haben Sie unterwegs gelernt? Wir testen nicht nur Ihre Lesekompetenz, sondern auch, was Sie behalten haben. Zielsetzung: Deutschland soll schlauer werden.“

Witzig das Schild, das sich an „Entschilderer“ wendet:

„Liebe Entschilderer, bitte gebt Bescheid, wenn ihr auch diesen Hinweis wieder abgerissen habt. Danke.“

Auf dem Teilstück der Wanderung vom Hirtstein zum Bärenstein stoße ich im Wald auf ein Schild mit dem Namen *Christian Langer*, der an dieser Stelle im Jahre 1700 bei Waldarbeiten verunglückte. Im Totenbuch von Kühnheide steht: Im Dezember

„in dem Wald, da er eine Buche wollte umhauen, von einem argen Püchel (...) am Kopfe getroffen, dergestalt, dass er (...) drei Stunden darauf verschieden.“



Die Schwarze Pockau im Naturschutzgebiet Schwarzwassertal entspringt in einem Hochmoorgebiet an der Grenze zwischen Böhmen und Sachsen. Eine Informationstafel verspricht, dass im Tal Gebirgsstelzen, das Große Mausohr, Hasenlattich und Platanenhasenfuß zu entdecken sind. Die bizarren Felsformationen heißen Katzenstein, Nonnenfelsen und Teufelsmauer. Die Vorfahren werden sich was gedacht haben, und vielleicht haben sie dabei geschmunzelt. (Foto: E. Czech)

Das Grüne Band

Ungleich wichtiger dagegen die vielen Tafeln, die auf die ehemalige Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik verweisen. Ihr verdanken wir das Grüne Band. Drei Prozent des ehemaligen Grenzstreifens zwischen beiden deutschen Ländern liegen in Sachsen, das sind 42 km von 1.378 km Gesamtlänge. Schon einen Monat nach Öffnung der Grenze trafen sich 406 Naturschützer aus Ost und West, um ein grenzübergreifendes Naturschutzabkommen vorzubereiten. Diese Leute verdienen das Bundesverdienstkreuz oder eine vergleichbare Auszeichnung, rufe ich aus, als ich das lese. Und bin zeitweise auf dem Kammweg so euphorisch, dass ich dessen Organisatoren am liebsten auch dafür vorschlagen würde.

Stichwort Euphorie beim Wandern. Wenn alles passt, das Wetter, die Tagesform, die Einzigartigkeit der Landschaft, die Faszination durch die Pflanzenwelt, als ich Pfaffenhütchen entdeckte, und wirkliche Begegnungen mit Menschen, dann, siehe oben!

So ein Anflug von Euphorie verschwindet von ganz allein, als die Route für etliche Kilometer auf dem „Kolonnenweg“ weiter führt. Die Kolonnenwege wurden entlang der DDR-Grenze angelegt, um von Militärfahrzeugen aus die Grenzanlagen kontrollieren und überwachen zu können (Foto). Ich notiere mir bei einer Informationstafel die „Maßnahmen“, die ergriffen wurden, um die innerdeutsche Grenze zu „sichern“: „Signalzaunstreifen, Kolonnenweg, Spurensicherungsstreifen, KFZ-Sperrgraben, Streckmetallzaun, Minenstreifen“

Und dazu noch 600 Wachtürme, 1.000 Erdbunker, 95 Lichtsperrungen und jede Menge Selbstschussanlagen entlang der gesamten Grenze. Das ernüchternde Realitätsprinzip dominiert vollends, als ich Mödlareuth erreiche, von den Amerikanern *Little Berlin* genannt, ein 50-Einwohnerdorf, berühmt und berüchtigt als Symbol der deutschen Trennung, 1966 mit einer 3,40 Meter hohen Betonmauer zweigeteilt: Das thüringische Mödlareuth-Ost gehörte zum Territorium der DDR, das bayrische Mödlareuth-West zur Bundesrepublik.

Im Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth sehe ich einen Film zur Geschichte des Ortes. Heute erinnern Museum und Gedenkstätte an die Geschichte der deutschen Teilung.

An der ehemaligen innerdeutschen Grenze trifft der Wanderer auf die großen Linien der Geschichte und auf folgenreiche Ereignisse der Lokalgeschichte. Preßnitz und Ramoldsreuth mussten einem Stausee weichen: An Ramoldsreuth erinnert gerade mal ein Schild „Abbruch 1967“. Die Reste verschwanden im Stausee Dröda. In der Hirtsteinbaude (Baujahr 1927) finde ich den faszinierenden Bildband „Preßnitz, versunken, aber nicht vergessen“, der die alltägliche Lebendigkeit dieses sudetendeutschen Städtchens an der ehemaligen sächsisch-böhmischen, heute deutsch-tschechischen Grenze in Bild und Text zeigt. Die deutsche Bevölkerung wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen. Danach zerfiel die Stadt, bevor sie 1973 endgültig in der Talsperre Preßnitz verschwand.

Thomas Adamczak

Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Schulverwaltung

CDU und GRÜNE haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Anfang 2013 neu errichtete Landesschulamt (LSA) wieder aufzulösen. Das Hessische Kultusministerium (HKM) versicherte gegenüber dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL), dass die Staatlichen Schulämter „unverzichtbare Anker“ in der Fläche seien und nicht zur Disposition stünden. Für das Amt für Lehrerbildung (AFL) und das Institut für Qualitätsentwicklung, die in das LSA eingegliedert wurden, stehe man noch am Anfang der Überlegungen. Der HPRLL bekräftigte seine Forderung, dass alle 15 Schulämter für Serviceleistungen und die Unterstützung der Schulen als eigenständige und gleichberechtigte Organisationseinheiten erhalten bleiben. Die Einsparziele für die Bildungsverwaltung will das HKM unter anderem durch „Synergieeffekte“ erreichen. Jeweils zwei bis vier Schulämter sollen bei Erhalt der Eigenständigkeit Kooperationsverbände bilden und Aufgaben bündeln. Als Beispiel für eine solche „Bündelung“ nannte das HKM die regionale Fortbildung mit der Folge, dass in einem solchen Kooperationsverbund möglicherweise nur noch eine Person für Fortbildung zuständig sein könnte statt bisher zwei bis vier Dezernentinnen und Dezernenten. Dies lässt den HPRLL befürchten, dass im Zuge der „Ressourcenoptimierung“ letztlich doch die Unterstützungsleistung für die Schulen geringer wird. Einsparpotenziale sieht der HPRLL bei den Stellen für die Schulinspektion.

Verordnung über die Aufsicht

Die novellierte Verordnung über die Aufsicht über Schülerinnen und Schüler (Amtsblatt 1/2014) wird dem HPRLL erneut vorgelegt, da sie aufgrund vieler Proteste aus den Schulen überarbeitet werden soll. Dabei geht es um die Aufsicht an Haltestellen, im Sportunterricht und bei sogenannten Risikosportarten. Auch nach Auffassung des HPRLL ging die Verordnung an der Schulrealität vor. Die Ausweitung der Aufsichten sei nur mit einer Anrechnung auf die Pflichtstunden umzusetzen.

Stellenzuweisung für 2014/15

Das HKM sicherte zu, dass im Schulbereich keine Stelle abgebaut werde und der Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung von 4% bzw. 5% an Selbstständigen Schulen erhalten bleibe. Der HPRLL forderte, durch die Umstellung auf G9 und den rechnerischen Schülerrückgang frei werdende Stellen nicht nur für Deutsch-Fördermaßnahmen, Sozialindex, Ganztagsangebote und inklusive Maßnahmen zu verwenden, sondern auch für die Erhöhung der Schuldeputate, um die Kollegien zu entlasten.

Der HPRLL forderte das HKM auf, die bisherigen Zusagen zur Versorgung mit Förderschullehrkräften in den „Modellregionen Inklusion“ zu konkretisieren. Es dürfe nicht bei der Festschreibung der Stellen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung bleiben. Vielmehr seien zusätzliche Zuweisungen für besonderen Förderbedarf erforderlich mit dem Ziel einer sonderpädagogischen Grundausstattung aller Schulen. Diese Zuweisung müsse für alle Schulen und Schulämter transparent und strukturell nach gleichen Kriterien erfolgen.

Beim Sozialindex will das HKM an dem grundsätzlichen Verteilungssystem festhalten, die Datenlage jedoch verbessern. Die Anrechnung der Förderstunden für Deutsch als Zweitsprache sei „zu hoch“ ausgefallen, soll jedoch nicht ganz fallengelassen werden.

Da das „Lebensarbeitszeitkonto“ befristet beschäftigter Lehrkräfte nicht vor Eintritt in den Ruhestand ausgeglichen werden kann, erhielten diese bis 2012 am Ende des Vertrags einen finanziellen Ausgleich. Seitdem soll die Schule einen „Ausgleich in Zeit“ organisieren, ohne dass dies in der Stellenzuweisung berücksichtigt wird. Der HPRLL fordert, dass die Beschäftigten bei voller Stelle von Beginn an weniger unterrichten sollen. Das HKM lehnte dies wegen „finanzieller Probleme“ ab, will aber über einen sinnvollen Ausgleich der Lasten nachdenken.

Weil die „Schwerbehindertenquote“ im letzten Schuljahr nicht erfüllt wurde, will das HKM eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von HPRLL, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretung einrichten.

Teilzeitarbeit im Referendariat

Das neue Hessische Beamtenengesetz sieht vor, dass auch Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst einen Antrag auf Teilzeitarbeit aus familiären Gründen mit mindestens der Hälfte der regulären Arbeitszeit stellen können, „soweit die Struktur der Ausbildung nicht entgegensteht und den unverzichtbaren Erfordernissen der Ausbildung Rechnung getragen wird“ (§ 63 Abs.2).

Die Umsetzung für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) ist in Vorbereitung. Aufgrund der inhaltlichen und organisatorischen Festlegungen für das Referendariat wollen HKM und LSA diese Möglichkeit auf das 1. und 2. Hauptsemester begrenzen. Im Prüfungssemester soll eine Teilzeitarbeit nicht möglich sein. Der HPRLL schlägt vor, die Ausbildungsinhalte der beiden Hauptsemester bei einem Teilzeitumfang von einer halben Stelle oder von zwei Drittel auf drei oder vier Semester zu verteilen. Weitere Fragen betreffen die Unterrichtsverpflichtung, die Anrechnung an den Schulen und die Besoldung, so dass der Einstieg wohl erst zum 1.2. 2015 möglich wird. Zudem müssten auch noch die Schulleitungen überzeugt werden, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der reduzierten Unterrichtsverpflichtung und bei der Anrechnung der LiV befürchten. Hier sind auch die Personalräte gefragt.

Qualifizierung von Schulleitern

Das HKM arbeitet an einer Konzeption zur Optimierung der Qualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern, die vor Übernahme des Amtes verbindlich sein soll, stärker systematisiert und perspektivisch auch auf Schulleitungsteams ausgeweitet werden soll. Der Entwurf sieht vier Phasen in der Qualifizierung vor: die Phase der Klärung und Orientierung, der Voramtqualifizierung von Bewerberinnen und Bewerbern, die Einführung ins Amt während der ersten drei Jahre und die berufsbegleitende Qualifizierung. Der HPRLL befasst sich derzeit vor allem mit dem Bild von Schulleitung, das der Konzeption zugrunde liegt und sich durchaus von dem Verständnis des HPRLL unterscheidet.

Befristete Verträge

Die HLZ hat in den letzten Monaten wiederholt und ausführlich über das Elend der befristeten Verträge in Schulen und Hochschulen berichtet, über die Auseinandersetzungen mit den Staatlichen Schulämtern und vor den Arbeitsgerichten und über die Kampagne der GEW gegen das Befristungsvertragswesen. Zahlreiche Klagen im Rahmen des Rechtsschutzes der GEW führten inzwischen zur Entfristung der Arbeitsverträge betroffener GEW-Mitglieder, sei es auf Grund von Urteilen der Arbeitsgerichte, sei es durch außergerichtliche Einigungen. Wiederholt lenken die Staatlichen Schulämter bereits bei einer Klageandrohung durch die DGB Rechtsschutz GmbH ein und entfristeten den betroffenen Arbeitsvertrag, andere Verfahren werden erst nach zähen Prozessen durch ein Urteil entschieden.

Die Urteile der Arbeitsgerichte orientieren sich an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, aber auch an einem von der GEW erstrittenen Urteil des Arbeitsgerichts Gießen vom März 2013. Das Gericht hatte das Land Hessen verurteilt, das Arbeitsverhältnis einer Lehrerin zu entfristen, die zehn Jahre lang mit insgesamt 14 befristeten Verträgen von Jahr zu Jahr hingehalten wurde. Jeder einzelne Arbeitsvertrag sei zwar nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) durch einen zulässigen Sachgrund der Vertretung abgedeckt gewesen, doch konstatierte das Gericht einen „institutionellen Rechtsmissbrauch durch das beklagte Land“, der „auf der sehr langen Gesamtdauer der Befristung“ und „der außergewöhnlich hohen Anzahl der aufeinander folgenden befristeten Arbeitsverhältnisse mit demselben Arbeitgeber“ beruht. In dieser Zeit seien „die wirtschaftliche und existenzielle Abhängigkeit der Arbeitnehmerin“ ständig gewachsen und ihre „Persönlichkeitsrechte erheblich eingeschränkt“ worden, so dass die „Grundsätze von Treu und Glauben“ verletzt wurden.

In den folgenden Verfahren schärfen die Gerichte auch die Rechtsprechung bezüglich der im Arbeitsvertrag genannten Befristungsgründe. Da die Staatlichen Schulämter teilweise nicht in der Lage waren, die Vertretungskette nachzuweisen, wurde auch in die-

sen Fällen die Befristung für unwirksam erklärt.

In Folge dieser Rechtsprechung gingen die Staatlichen Schulämter dazu über, Beschäftigten mit einer langjährigen Kette von Verträgen kein neues Angebot zu machen. Initiativen von Schulleitungen, Personalräten, Eltern und örtlichen GEW-Gruppen führten auch hier in vielen Fällen zu einem Einlenken. Wirksam war auch die Ankündigung von Schulpersonalräten, dass sie neuen befristeten Verträgen nicht zustimmen werden, wenn langfristig Beschäftigten „der Stuhl vor die Tür gestellt“ wird, um eine erfolgreiche Entfristungsklage in einem oder zwei Jahren zu verhindern. Eine einheitliche offizielle Weisung des Landesschulamts, dass ab einer bestimmten Zahl von Jahren kein neues Vertragsangebot gemacht werden soll, gibt es nicht.

Zeit drängt – Fristen beachten!

Für die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt am Ende des Schuljahres nach längerer Befristungsdauer keinen neuen Vertrag bekommen sollen, drängt die Zeit. Dazu verweist die GEW Hessen auf die Fristen zur Anrufung des Arbeitsgerichtes nach § 17 TzBfG:

„Will der Arbeitnehmer geltend machen, dass die Befristung eines Arbeitsvertrages rechtsunwirksam ist, so muss er inner-

halb von drei Wochen nach dem vereinbarten Ende des befristeten Arbeitsvertrages Klage beim Arbeitsgericht auf Feststellung erheben, dass das Arbeitsverhältnis auf Grund der Befristung nicht beendet ist.“

Das heißt: Wenn ein Arbeitsvertrag bereits am letzten Schultag vor den Sommerferien am 25. Juli 2014 endet und kein Anschlussvertrag folgt, endet die Frist am 15. August 2014. Endet das Arbeitsverhältnis am 31. Juli 2014, endet die Klagefrist am 21. August 2014, in jedem Fall mitten in den Sommerferien. Lehrkräfte, deren Vertrag erst unmittelbar vor dem Unterrichtsbeginn am 9. September endet, können abwarten, ob ein neuer Vertrag folgt. Für sie läuft die Dreiwochenfrist erst Ende September ab.

Wichtig ist auch noch der folgende Hinweis: Wer einen neuen befristeten Arbeitsvertrag mit einer geringeren Stundenzahl ohne Vorbehalt unterschreibt, verwirkt für den bisherigen Vertrag das Recht auf eine Entfristungsklage im Volumen der bisherigen Beschäftigung, da er sich mit einem neuen befristeten Vertrag einverstanden erklärt.

GEW-Mitglieder haben Anspruch auf Beratung durch die Landesrechtsstelle der GEW und die ehrenamtlichen Rechtsberaterinnen und Rechtsberater in den Kreis- und Bezirksverbänden.

Schließzeiten der GEW-Rechtsstelle in den Ferien

In der Zeit vom 11. August bis zum 22. August 2014 ist die Landesrechtsstelle der GEW Hessen geschlossen. Ab dem 4. August 2014 bis zum Ende der Schließzeit erfolgt die Rechtsvertretung unmittelbar durch die Juristinnen und Juristen der DGB Rechtsschutz GmbH. Die Mitgliedschaft bei der GEW ist entsprechend nachzuweisen. Zur Bearbeitung ist erforderlich, dass eine Mappe mit den folgenden Unterlagen eingereicht wird: Datenblatt, Übersicht über die Arbeitsverträge, vollständige Kopien aller Arbeitsverträge, aktueller Vertrag obenauf. Alle aktuellen Informationen und eine Übersicht über die Unterlagen, die für eine Rechtsberatung und Klageerhe-

bung erforderlich sind, findet man unter www.gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich > Kettenverträge.

Die Mappe mit den Unterlagen ist notwendig, damit eine fristgerechte Klageerhebung erfolgen kann. Zur Beratung bezüglich der Erfolgsaussichten und für Fragen zu den einzelnen Dokumenten steht die Landesrechtsstelle der GEW bis zur Schließzeit und ab dem 25. August wieder zur Verfügung. Wir möchten Sie bitten, alle Fragen mit der GEW-Landesrechtsstelle noch vor den Sommerferien zu klären.

• *Ansprechpartner und Geschäftszeiten der DGB Rechtsschutz GmbH findet man unter: www.dgb-rechtsschutz.de > Vor Ort*

Wir gratulieren im Juli und August ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Gisela Agel, Wetzlar
 Bernd Albert, Marburg
 Dr. Graziella Auburtin, Frankfurt
 Peter Barthelmes, Aschaffenburg
 Gerold Becker, Flörsheim
 Jürgen Benz, Marburg
 Dorothee Bruchhäuser, Neu-Isenburg
 Hannelore Buchtaleck, Buseck
 Wolfgang Bulian, Hanau
 Thomas Deckert, Niestetal
 Inge Elbrecht-Wagner, Kassel
 Gerhild Ensgraber, Marburg
 Richard Friedrich-Gottschling,
 Limburg
 Jürgen Fries, Wiesbaden
 Elke Geist, Wiesbaden
 Martin Geist, Wiesbaden
 Dr. Hans Glock, Frankfurt
 Dagmar Hauck-Saam, Frankfurt
 Christel Helder, Frankfurt
 Ulrich Hinz, Neu-Anspach
 Hartmut Hofmann, Viernheim
 Rainer Kaufmann, Frankfurt
 Jutta Kessler, Frankfurt
 Günter Kohlhaas, Marburg
 Elvira Limmeroth, Dautphetal
 Amelie Methner, Marburg
 Ursula Pfister, Eschwege
 Andreas Pötz, Limburg
 Erika Scheider, Bruchköbel
 Dorothea Schilke, Frankfurt
 Herbert Schmitt, Eppstein
 Jochen Schmitt-Blindenhöfer,
 Oberursel (Taunus)
 Heinz Schneider, Angelburg
 Ute Schneider, Breidenbach
 Heidemarie Scholz, Hanau
 Christa Seip, Marburg
 Carola Sennfelder, Frankfurt
 Michael Tettenborn, Frankfurt
 Bernd Thiele, Darmstadt
 Meike Timm-Habram, Frankfurt
 Christiane Treffert, Frankfurt
 Manfred Truß, Staufenberg
 Rolf Wagner, Frankfurt
 Birgit Wetter-Schiebe, Allendorf
 Rudi Zmudzinski, Frankfurt

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Wilfried Böhm, Runkel
 Bernd Dietrich, Seeheim-Jugenheim
 Prof. Stephan Freiger, Kassel
 Reinhard Henric Huth, Friedberg
 Christine Joerg, Lauterbach
 Barbara Krause-Rüdiger, Runkel
 Winfried Lange,
 Bad Soden-Salmünster
 Helmut Müller, Reichelsheim
 Uwe Rademer, Bad Endbach
 Albert Rücker, Hammersbach
 Horst Schad, Flieden
 Georg Schneider, Wiesbaden
 Karl Schüler, Fulda
 Claudia Schulmerich, Frankfurt
 Karl-Peter Schulz, Weilburg
 Peter Suppa, Neu-Anspach
 Dr. Karl-Hermann Tjaden, Kassel

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Siegfried Dunitza, Ebersburg
 Hans Eigelsheimer, Butzbach
 Dietrich Geldmacher, Schlangenbad
 Margret Hahn, Fränkisch-Crumbach
 Joachim Keysser, Norden

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Dr. Günther Hrabe-De-Angelis,
 Limburg

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Werner Crecelius, Pohlheim
 Ursula Richter, Fritzlar
 ... zum 75. Geburtstag:
 Gisela Adamietz, Wetzlar
 Gerhild Alwazir-Wittner, Offenbach
 Margareta Bock, Groß-Bieberau
 Dieter Brostmeyer, Spangenberg
 Wite Fiebig, Frankfurt
 Wolfgang Finus, Rodgau
 Dieter Geise, Bromskirchen
 Alfred Gramann, Niederaula
 Hermann Herchenröther, Spangenberg

Heinrich Kaulen, Wiesbaden
 Prof. Dr. Hilde Kipp, Kassel
 Josef Lach, Rodgau
 Franz Mann, Langen
 Mahmud Moghaddam, Frankfurt
 Franz Josef Plümpe, Melsungen

Walter Poerschke, Helsa
 Roselind Richter, Griesheim
 Ute Rohland, Hattersheim
 Hannelore Rohmig, Pfungstadt
 Herbert Schnell, Frankfurt
 Ernst Schönauer, Gladenbach
 Leni Schwing, Offenbach
 Ingrid Simmich, Hanau
 Ingrid Sitta, Frankfurt
 Hermann Söhngen, Braunfels
 Diethard Störmer, Neu-Anspach
 Klaus Thies, Wiesbaden
 Hermann Tilp, Gründau
 Winfried Trabert, Kassel
 Dr. Mechthild von Lutgau, Kassel
 Dr. Heide Wunder, Bad Nauheim
 Hilde Zelder, Schauenburg

... zum 80. Geburtstag:

Jochen Dietrich, Ebsdorfergrund
 Kurt Drolsbach, Heuchelheim
 Adelheid Gess, Kassel
 Heinz Kunzendorf, Egenhausen
 Barbara Laspeyres, Kassel
 Kurt Schmucker, Schlangenbad
 Wolfgang Waßmuth, Spangenberg
 Alfred Weiler, Weilburg
 Günther Zerbe, Braunfels

... zum 85. Geburtstag:

Helga Bernsdorff, Marburg
 Hubert Schnell, Kassel
 Inge Schwiede, Bad Karlshafen

... zum 90. Geburtstag:

Werner Crecelius, Pohlheim
 Gerhard Klöcker, Hainburg
 Erika Peters, Groß-Umstadt
 Dr. Helga Timm, Darmstadt
 Anneliese Weber, Haiger

... zum 91. Geburtstag:

Gerhard Happel, Frankfurt
 Karl Manderla, Konstanz
 Lili Sturmfels, Darmstadt

... zum 92. Geburtstag:

Hermann Pohlmann, Bad Arolsen
 Hans Schmidt, Rimbach

... zum 93. Geburtstag:

Lorenz Knorr, Frankfurt

Wissenswert in hr-iNFO

Radiosendungen für die Schule

Die 15-Minuten-Beiträge der Reihe „Wissenswert“ werden samstags und sonntags um 20.15 Uhr in hr-iNFO ausgestrahlt. Eine 30-Minuten-Sendung mit zwei Wissenswert-Beiträgen wird sonntags um 7.35 Uhr gesendet und sonntags um 15.35 und montags um 21.35 Uhr wiederholt. Eine aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte findet man unter www.wissen.hr-online.de. Podcast-Angebote „Wissenswert“ findet man unter www.hr-inforadio.de.

Geschichte

- Streiter für Recht: Hans Kramer und die NS-Justiz (10.8., 20.15 Uhr)
- 100 Jahre Panamakanal (10.8., 7.35 Uhr)

Natur und Technik

- Urbane Gärten (dreiteilige Serie am 12., 13. und 19.7., 20.15 Uhr)
- Chinas Transplantationssystem und der Westen (13.7., 7.35 Uhr)
- Senckenberg und der Frankfurter Botanische Garten (20.7., 20.15 Uhr)
- Zaubern mit Zahlen – mit Albrecht Beutelspacher (27.7., 7.35 Uhr)
- 100 Jahre Hirnforschung: Interviews mit Erin Schuman (3.8., 7.35 Uhr) und Wolf Singer (17.8., 7.35 Uhr)

Psychologische Schlüsselbegriffe

- Transformation (26.7., 20.15 Uhr)
- Selbststeuerung (27.7., 20.15 Uhr)

Literatur und Sprache

- Bedrohte Sprachen: Wie das Gedächtnis der Menschheit stirbt (2.8., 20.15 Uhr), Wie Forscher die kulturelle Vielfalt retten (3.8., 20.15 Uhr)
- Härtlings kleine Literaturgeschichte (samstags und sonntags, 20.15 Uhr, vom 16.8. bis 7.9.)

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Sendungen für die Schule

Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 30-minütige Sendestrecke, die nach § 47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genauer hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite www.wissen.hr-online.de.

Sozialkunde

- Mummenschanz - Das phantastische Maskentheater (vierteilig, 14. und 15.7.)
- Kinder kämpfen für eine bessere Welt (vierteilig, 16. und 17.7.)
- Die Klimaschützer (18.7.)

Jüdische Geschichte

- Jüdisches Museum in Berlin (21.7.)
- Die Kinder der Villa Emma - Eine wunderbare Rettung im Krieg (22.7.)
- Mein Himmel ist voller Musik - Die israelische Komponistin Ella Milch-Sheriff (23.7.)
- Ich stand auf Schindlers Liste (24.7.)
- Das Wunder von Trani (25.7.)

Musik

- Leidenschaft Neue Musik: Das Ensemble Modern (28.7.)
- Heißer Jazz im Kalten Krieg - Benny Goodman in der Sowjetunion (29.7.)
- Geschichte der Frauenbands (30.7.)
- Das Jugendsinfonieorchester (31.7.)
- Mozart in Mannheim - Musikalischer Reiseführer (1.8.)

Mathematik

- GRIPS (zehnteilige Reihe zu mathematischen Begriffen und Sätzen, 18. bis 22.8.)

Resilienz, die unterschätzte Kraft

Schulsituationen sind zu multikomplexen Anforderungen geworden. Belastungen für Pädagogen ähneln denen im Zehnkampf. Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler begegnen sich oft in einem magischen Dreieck von Anklage, Vorwurf und Opfererwartung. Im Kollegium gilt es in einem multikomplexen Alltag kompetent und souverän zu handeln. Ein neuer Methodenworkshop für Schulleitungen und Funktionsstelleninhaber findet am 7. und 8. November 2014 in Breuberg im Odenwald statt. Ein erfahrener Supervisor präsentiert das Thema Resilienz und die Wirkung innerer Bilder in schwierigen Alltagssituationen.

- *Info und Anmeldung bei Dieter Loboda (info@learnline-loboda.de, Im Flürchen 13, 56112 Lahnstein, Tel. 02621-62186)*

Islam, Islamismus und Demokratie

Ein Filmpaket „Wie wollen wir leben?“ des Vereins ufuq.de und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg bietet Materialien zu den Themen Islam und Alltag, religiöse Werte und Geschlechterrollen, Islamfeindlichkeit und Rassismus, Islamismus im Internet, Demokratie und Salafismus. Das Projekt „Islam, Islamismus und Demokratie“ wurde vom Bundesfamilienministerium gefördert und in über 300 Workshops in Schulen und Jugendeinrichtungen erprobt. Ziel der Materialien ist es, Jugendliche über Fragen von Religion und Identität ins Gespräch zu bringen, ihre Medienkompetenz zu stärken, sie für Feind- und Schwarzweißbilder zu sensibilisieren und sie sprechfähig zu machen gegenüber fundamentalistischen Versprechungen.

- *Weitere Infos: <http://ufuq.de/filmpaket>*

GEW Ziegenhain: Vorsicht Rechtsextremismus

„Vorsicht Rechtsextremismus“ war der Titel einer Veranstaltung des GEW-Kreisverbands Ziegenhain, bei der *Stephan Bürger* (Foto: rechts) als Projektleiter im Fachbereich Jugend und Familie des Schwalm-Eder-Kreises und der Soziologe *Helge von Horn* (Foto: links) aufzeigten, wie Rechtsextremismus auch im Schwalm-Eder-Kreis unsere Demokratie gefährdet. Mit einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ loten Rechtsextremisten die komplette Bandbreite jugendlicher Bedürfnisse aus. Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen

sollten in der Lage sein, rechtsextreme Musik, szenetypische Kleidung, eigene Symbolik und natürlich das Internet zu erkennen und richtig zu deuten. Auch wenn die Polizeistatistik im Schwalm-Eder-Kreis als „ruhig“ einzustufen ist, heißt es wachsam zu sein. Ein Projekt mit drei Säulen soll die Aufmerksamkeit der Bevölkerung im Schwalm-Eder-Kreis wecken, Jugendliche in Schulen und Betrieben vor der Einflussnahme rechtsextremer Gruppierungen schützen und eine Kultur der Demokratieförderung wachsen lassen.



Foto: Günter Brandt (GEW)

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

LONDON 

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



Spuren...

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.
Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe. Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

www.tdh.de

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

BARCELONA 

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

Die nächste



erscheint am
8. September 2014.

Beachten
Sie bitte den Anzeigenschluss
am
1. August 2014.

**Für Segelfahrten in Holland
schauen Sie ...**



Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND
Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

www.segeln.nl

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

 **AGARIA TOURS**
Fachveranstalter für Pragueisen

Prag? Nur mit uns!
Keine Vorkasse: Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt.



PRAHA

das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Ihre Jubiläums- oder Projektbroschüren

Komplett gestaltet durch uns –
auch ohne Kosten für Ihre Schule!

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 944,
61289 Bad Homburg, Email: mlverlag@wsth.de, Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen / Akademikerdarlehen

4,50% effektiver Jahreszins* Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Solzins (fest gebunden) 4,4%, Lzf. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt · Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Kleine Anzeige

Große Wirkung

Diese Anzeige kostet nur
90,- EUR zzgl. MwSt.

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

ROM

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPAß!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

**Von hier an geht
es aufwärts!**

HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom
Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Neuaufgabe Dienst- und Schulrecht!

Das Standardwerk auf CD:

Mt allen im Schulalltag wichtigen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlassen: Alles auf aktuellem Stand!

Für GEW-Mitglieder nur 28,- statt 38,- EUR!

Hiermit bestelle ich

___ Expl. DuS-CD à 28,- EUR zzgl. Versand

___ Expl. DuS-CD à 38,- EUR zzgl. Versand

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____



Sofort bedienbar,
intuitive Benutzerführung.

Dokumente können
ausgedruckt und in die
Textverarbeitung
übernommen werden.

Analog zur Papierausgabe
jährliche Aktualisierungen.

Bestellungen an: Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 1944, 61289 Bad Homburg

Fax: 06172 - 958321, Email: mlverlag@wsth.de



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs | 24-08 bis 30-08-2014, Český Krumlov |

Radreise im Böhmerwald und Moldautal | 30-08 bis 06-09-2014, Moldautal |

Maschinenschein Holzverarbeitung - intensiv | 09-09, 16-09, 23-09, 30-09, 07-10 u. 14-10-2014, Fürth |

Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein | 11-09-2014, Kassel |

Diagnostikverfahren und Fördermöglichkeiten im Anfangsunterricht | 16-09 u. 23-09-2014, Frankfurt |

Rechenschwäche? - Prävention und fördernde Maßnahmen | 17-09-2014, Marburg |

Waldkindergarten-Pädagogik - Für Neugierige & Fortgeschrittene | 17-09-2014, Wehrheim-Pfaffenwiesbach |

Der 1. Weltkrieg im Film | 17-09-2014, Frankfurt |

Ökologie an der Schule: Schulhof-Schulgarten-Aktionstage | 18-09-2014, Bad Soden-Salmünster |

Finanzkrise, Wirtschaftskrise - das aktuelle Gesicht der heutigen Globalisierung | 22-09-2014, Frankfurt |

Atelier-Arbeit mit Kindern unter drei Jahren | 22-09-2014, Frankfurt |

Hartz IV im Überblick für Lehrkräfte | 23-09-2014, Frankfurt |

Von Avatar bis Zocken - Fortbildung zu Computerspielen | 24-09-2014, Gießen |

Schriftspracherwerb im 2. Schuljahr | 24-09-2014, Darmstadt |

Elternmitwirkung in der Schule | 24-09-2014, Kassel |

Aktiv werden in der GEW Hessen | 24-09-2014, Frankfurt |

Die Stimme in den Griff bekommen | 25-09-2014, Frankfurt |

Einsatz interaktiver Whiteboards im Unterricht | 25-09 u. 09-10-2014, Oberursel |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main